



MASTER THESIS

Titel der Master Thesis / Title of the Master's Thesis

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Armut am Beispiel von Irland

verfasst von / submitted by

Eva Kaller MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of European Studies (M.E.S.)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
Postgraduate programme code as it appears on
the student record sheet:

A 992 959

Universitätslehrgang lt. Studienblatt /
Postgraduate programme as it appears on
the student record sheet:

Europäische Studien / European Studies

Betreut von / Supervisor:

Mag^a Drⁱⁿ Bettina Haidinger

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Inhaltsverzeichnis..... | 2 |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 3 |
| 1 Einleitung | 1 |
| 1.1 Problemstellung und Relevanz..... | 1 |
| 1.2 Fragestellungen | 2 |
| 1.3 Methodik und Vorgehensweise..... | 2 |
| 1.4 Gliederung | 2 |
| 2 Begriffsdefinition Armut | 3 |
| 2.1 Definition von Armut..... | 3 |
| 2.2 Armut und Globalisierung | 5 |
| 2.2.1 Globalisierung reduziert Armut | 5 |
| 2.2.2 Globalisierung bedingt oder erhöht Armut | 7 |
| 3 Wirtschaftskrise in Irland | 9 |
| 3.1 Ausgangsbedingungen..... | 9 |
| 3.2 Verlauf der Krise | 10 |
| 4 Lösungskonzepte zur Bewältigung der Krise | 11 |
| 4.1 Universal Social Charge..... | 12 |
| 4.2 One Parent Family Payment Reform..... | 13 |
| 4.3 Lohnkürzungen, Arbeitsplatzverluste und Reformen im öffentlichen Dienst..... | 14 |
| 4.4 Senkung des Mindestlohns | 16 |
| 4.5 Arbeitslosenunterstützung | 17 |
| 4.6 Budgetkürzungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit..... | 18 |
| 4.7 Argumente für die vorgenommenen Anpassungsprogramme..... | 20 |
| 5 Entwicklung makroökonomischer Indikatoren..... | 21 |
| 5.1 Bruttoinlandsprodukt | 23 |
| 5.2 Exporte und Importe..... | 26 |
| 5.3 Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte..... | 29 |
| 5.4 Binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte | 32 |
| 5.5 Haushaltsdefizit / -überschuss..... | 36 |
| 5.6 Zusammenfassung makroökonomische Indikatoren..... | 38 |
| 6 Entwicklung sozio-ökonomischer Indikatoren | 39 |
| 6.1 At risk of poverty or social exclusion..... | 39 |
| 6.2 Arbeitslosigkeit | 46 |
| 6.3 Migrationsströme..... | 51 |
| 6.4 Gini-Koeffizient..... | 56 |
| 6.5 Zusammenfassung sozio-ökonomische Indikatoren | 58 |
| 7 Am Stärksten betroffene Bevölkerungsgruppen..... | 59 |
| 7.1 Jugendliche..... | 59 |
| 7.2 Kinder..... | 62 |
| 7.3 Alleinerziehende..... | 64 |
| 7.4 Frauen..... | 65 |
| 8 Zusammenhänge zwischen Strukturanpassungsprogrammen und Armut | 68 |
| 8.1 Haushaltskonsolidierung steigert Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit | 69 |
| 8.2 Zusammenhang nicht nachweisbar, Zusammensetzung ausschlaggebend | 70 |
| 8.3 Lösungskonzepte wirken sich positiv aus | 71 |
| 9 Zusammenfassung | 74 |
| 10 Abstract..... | 77 |
| Literaturverzeichnis | 79 |
| Abbildungsverzeichnis..... | 85 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|--|
| AROPE | At risk of poverty or social exclusion (Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung) |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| EU | Europäische Union |
| ILO | Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| KMU | Klein- und Mittelunternehmen |
| NEET's | Nichterwerbstätige Jugendliche, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen |
| OECD | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| USC | Universal Social Charge |

1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Relevanz

Irland ist eines der EU-Länder, das mit am Stärksten von der Wirtschaftskrise getroffen wurde. Ab dem Jahr 2010 wurden Reformen in Irland durchgeführt, um eine wirtschaftliche Erholung herbeizuführen. In den Jahren 2014 und 2015 hat Irland das größte Wirtschaftswachstum aller EU-Mitgliedsländer erzielt. Irland wird von der Europäischen Union daher als Musterschüler in der Bewältigung der Krise propagiert und soll anderen Krisenländern als Beispiel gelten (Europäische Kommission 2016a, 1). Die Entwicklung makroökonomischer Indikatoren deutet tatsächlich darauf hin, dass Irland die Krise gut überwunden hat (Eurostat 2016a, online). Diese Indikatoren lassen jedoch kaum Rückschluss darauf zu, wie sich die Situation für die Bevölkerung in Irland entwickelt hat. Die Jahre der Krise waren in Irland durch hohe Arbeitslosenraten von bis zu 15 % sowie steigende Armutsgefährdung gekennzeichnet. Die Betroffenheit der irischen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und Armut reduzierte sich zwar seit dem Jahr 2013, die entsprechenden Kennzahlen liegen jedoch trotz des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs immer noch deutlich über den Werten der Jahre vor der Krise (Eurostat 2016b, online).

Armut wird in dieser Arbeit als ein mehrdimensionaler Indikator angesehen, der neben geringen Einkommen auch die Fähigkeit, wichtige Grundbedürfnisse zu befriedigen sowie die Erwerbsintensität der Haushalte berücksichtigt (Europäische Kommission 2014, online). Bei der Betrachtung von Armutsgefährdung, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit wird ersichtlich, dass einzelne Bevölkerungsgruppen in Irland besonders stark durch die Krise betroffen sind.

Ziel dieser Arbeit ist es aufzuzeigen, wie sich ausgewählte wirtschaftliche sowie sozioökonomische Indikatoren in Irland während der Krise entwickelt haben. Des Weiteren wird gezeigt, welche Lösungskonzepte die irische Regierung gewählt hat, um die Krise zu bewältigen. Es ist **nicht** das Ziel dieser Arbeit, einen kausalen Zusammenhang zwischen den Strukturanpassungsprogrammen, zu denen sich der irische Staat zur Bewältigung der Krise entschieden hat, und der Entwicklung von Armut und Ungleichheit herzustellen. Es werden jedoch unterschiedliche Ansichten aus der einschlägigen Literatur zu diesem Zusammenhang aufgezeigt.

1.2 Fragestellungen

Insbesondere wird die vorliegende Arbeit den folgenden Fragen nachgehen:

1. Welche Lösungskonzepte hat Irland zur Bewältigung der Wirtschaftskrise herangezogen?
2. Wie haben sich ausgewählte makroökonomische Indikatoren des Scoreboards in Irland entwickelt?
3. Wie haben sich ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren entwickelt? Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders stark von Armut betroffen?
4. Wie werden die Zusammenhänge zwischen den Lösungskonzepten und der Entwicklung der ausgewählten sozio-ökonomischen Indikatoren in der einschlägigen Literatur beurteilt?

1.3 Methodik und Vorgehensweise

Zur Beantwortung der Fragestellungen wird eine umfangreiche Literaturrecherche durchgeführt. Um einen möglichst allumfassenden Zugang zu den Themen zu erreichen, werden Bücher, Artikel sowie wissenschaftliche Beiträge herangezogen. Auch Internetquellen werden verwendet, um aussagekräftige aktuelle Daten und Meinungen zu erhalten. Des Weiteren wird auf Berichte der EU, des IWF sowie der OECD verwiesen, die sich mit den Themen Wirtschaftskrise und Armut beschäftigen. Die relevante Literatur wird sowohl aus Bibliotheken als auch aus Online-Datenbanken bezogen. Mit Hilfe der Literaturrecherche werden die Forschungsfragen 1 und 4 beantwortet. Da zu Forschungsfrage 4 sehr unterschiedliche Sichtweisen vorherrschen, wird bei der Recherche besonders darauf geachtet, sowohl marktbeurteilende Argumente (der Europäischen Kommission) als auch kritische Stimmen zu diesen Argumenten abzudecken. Zur Beantwortung der Forschungsfragen 2 und 3 werden statistische Daten herangezogen, um die Entwicklung der ausgewählten Indikatoren im Zeitverlauf aufzeigen zu können. Die statistischen Daten werden von der europäischen Statistikbehörde Eurostat, als auch vom irischen Central Statistics Office bezogen.

1.4 Gliederung

Kapitel 2 definiert den Begriff der Armut für die vorliegende Arbeit und zeigt unterschiedliche Ansichten zum Zusammenhang zwischen Armut und Globalisierung sowie Armut und Wirtschaftswachstum auf. Dies ist von besonderer Relevanz, da die EU in ihrer Ar-

gumentation auf Konzepte angebotsseitiger Wirtschaftspolitik zurückgreift, die die Reduktion von Armut der Förderung freihandelsbasierter und deregulierter Ökonomie zuschreiben. Kapitel 3 geht auf die Ausgangsbedingungen sowie den Verlauf der Krise in Irland ein, um aufzuzeigen, warum die weltweite Finanzkrise Irland besonders stark getroffen hat. In Kapitel 4 werden ausgewählte Lösungskonzepte Irlands zur Bewältigung der Krise dargestellt. Es handelt sich dabei sowohl um fiskalpolitische Maßnahmen, als auch um Strukturreformen. Kapitel 5 zeigt auf, wie sich ausgewählte makroökonomische Indikatoren des Scoreboards der EU in Irland entwickelt haben. Auch kritische Stimmen zum wirtschaftlichen Aufschwung Irlands seit 2013 werden dargelegt. Da die makroökonomischen Indikatoren nur wenig Aufschluss über Armut und Ungleichheit zulassen, werden in Kapitel 6 ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren deskriptiv analysiert. Ausgehend von dieser Darstellung wird in Kapitel 7 aufgezeigt, welche Bevölkerungsgruppen besonders negative Entwicklungen aufweisen. Da ein kausaler Zusammenhang zwischen den Lösungskonzepten zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer Folgen in Irland und der Entwicklung von Armut und Ungleichheit nicht hergestellt werden kann, werden in Kapitel 8 unterschiedliche Sichtweisen aus der einschlägigen Literatur dazu dargestellt.

2 Begriffsdefinition Armut

Um die Entwicklung von Armut in Irland analysieren zu können wird zuerst eine Definition für die vorliegende Arbeit gefunden. In der Literatur gibt es zahlreiche unterschiedliche Definitionen von Armut. Einige davon werden in Kapitel 2.1 besprochen und eine für die vorliegende Arbeit sinnvolle Definition wird gefunden. In Anschluss daran wird diskutiert, welche theoretischen Zusammenhänge zwischen Armut, Globalisierung und Wirtschaftswachstum hergestellt werden können. Auf diese Argumentation wird in Kapitel 4 zurückgegriffen, um die Begründung und Rechtfertigung für die vom irischen Staat gewählten Lösungskonzepte zur Bewältigung der Krise nachzuvollziehen.

2.1 Definition von Armut

Die wohl bekannteste Definition von Armut stammt von der **Weltbank**. Demnach sind jene Menschen von extremer (oder absoluter) Armut betroffen, die über weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag verfügen können. Derzeit wären weltweit 702 Millionen Menschen von

dieser extremen Armut betroffen. Armut wird bei dieser Definition rein durch das Vorhandensein eines geringen Einkommens gekennzeichnet (United Nations 2015, 2ff; Die Welt 2015, online).

Nach dieser Definition der Weltbank gäbe es in Wohlstandsgesellschaften praktisch kaum Armut. Die **Europäische Union** findet daher für ihre Mitgliedsländer eine eigene Definition. Nach dieser Definition steht Armut immer im Bezug zum jeweiligen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft. Als arm gilt in der EU, wer weniger als 60 % des jeweiligen mittleren Einkommens (Medianeinkommens) verdient. Sozialtransferleistungen werden in dieser Definition als Einkommen mitgerechnet. Ohne die Sozialleistungen des jeweiligen Mitgliedstaates wäre die Armutsquote in der EU wesentlich höher. Diese Definition wird auch als relative Armut bezeichnet. Von relativer Armut spricht man in Wohlstandsgesellschaften, in denen es keine extreme Armut gibt, sehr wohl jedoch eine arme Unterschicht (Schröder 2013, 5).

Darüber hinaus wird von der EU seit einigen Jahren noch ein weiterer Indikator berücksichtigt, unter dem der Begriff der Armutsgefährdung weiter gefasst wird. Die EU-Kommission spricht nun von einer **Bedrohung von Armut oder sozialer Ausgrenzung**. Der Indikator wird "AROPE" genannt (At Risk Of Poverty or social Exclusion). Dieser Indikator berücksichtigt, dass Armut ein mehrdimensionales Phänomen ist. Als gefährdet gilt eine Person, wenn sie eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllt:

1. Die Person ist relativ einkommensarm (verfügt also über weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens)
2. Der Haushalt, in dem die Person lebt, kann aus finanziellen Gründen eine Reihe wichtiger Grundbedürfnisse nicht befriedigen (zum Beispiel Besitz einer Waschmaschine, eines Telefons oder eines Autos oder auch die regelmäßige Bezahlung von Heizung und Strom). Dieser Punkt wird auch materielle Deprivation genannt.
3. Im Haushalt leben zwar Personen im erwerbsfähigen Alter, diese sind jedoch insgesamt nur in geringem Maße erwerbstätig (Europäische Kommission 2014, online).

Die Armutsdefinition der Weltbank scheidet für diese Arbeit aus, da dieser Indikator für Irland nicht relevant ist. Aus diesem Grund, und weil im weiteren Verlauf dieser Arbeit auf

Statistiken von Eurostat zurückgegriffen wird, findet die Armutsdefinition der EU Anwendung. Jedoch gibt es auch bezüglich dieser Definition kritische Stimmen. Die EU-Mitgliedsstaaten werden bei Statistiken von Eurostat hinsichtlich der Armutsgefährdung auf Basis des 60 %-Schwellenwertes miteinander verglichen. Hierbei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass die Medianeinkommen und die Kaufkraft in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind. So können etwa Personen, die in Luxemburg unter dem Schwellenwert liegen 7,5-mal mehr Güter und Dienstleistungen erwerben als Personen, die in Rumänien unter der 60 %-Durchschnittsgrenze liegen (Darvas et al. 2014, 42). Nachdem jedoch in der vorliegenden Arbeit nur die zeitliche Entwicklung des Indikators ausschließlich für Irland, und nicht im Vergleich zu anderen Ländern dargestellt wird, ist diese Kritik nicht relevant. Zudem wird auch auf den zweiten Indikator der Bedrohung von Armut oder sozialer Ausgrenzung zurückgegriffen, der ohnehin mehrere Dimensionen berücksichtigt.

Nach der Klärung des Begriffes von Armut wird im folgenden Unterkapitel kurz auf den theoretischen Zusammenhang zwischen Armut und Globalisierung eingegangen. Dieser Zusammenhang beziehungsweise einzelne Sichtweisen dazu werden in den folgenden Kapiteln der Arbeit noch relevant.

2.2 Armut und Globalisierung

Auf Globalisierung wird in dieser Arbeit als ökonomische Globalisierung fokussiert, im Sinne einer Zunahme und Intensivierung von internationalem Handel. Bezüglich dem theoretischen Zusammenhang zwischen Armut und Globalisierung herrschen in der Literatur sehr unterschiedliche Ansichten vor. Nach intensiver Recherche werden die Ansichten im Folgenden in zwei Gruppen geteilt:

2.2.1 Globalisierung reduziert Armut

Einerseits wird argumentiert, dass Globalisierung und Freihandel Armut reduzieren können. Aus der Perspektive der Freihandelsbefürworter und Marktliberalen kann Armut durch Wirtschaftswachstum und eine Öffnung der Ökonomien zu mehr Freihandel bekämpft werden. Armut resultiert aus der Knappheit von Gütern, die durch marktwirtschaftliche Initiativen überwunden werden kann (Kohl 2003, 13f; Brodbeck 2005, 66ff).

Im Zentrum der Bekämpfung von Armut steht in dieser Sichtweise die Erhöhung des Angebotes. Die Wirtschaftsleistung soll durch angebotsseitige Maßnahmen erhöht werden.

Als Erfolgsrezepte dafür werden unter anderem die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Steuererleichterungen für Unternehmen, eine Reduktion von Sozialleistungen und damit verbunden ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme sowie eine Reduktion von Bürokratie propagiert. Durch diese Maßnahmen kommt es zu einer wirtschaftlichen Aufschwung, das Warenangebot erhöht sich und das Einkommen der Bevölkerung steigt. Der freie internationale Handel wird dabei als zentral für den Erfolg einer Marktwirtschaft angesehen. Jedes Land produziert in diesem Modell nur jene Güter, bei denen es einen relativen Vorteil gegenüber anderen Ländern hat. Alle anderen Güter werden von den internationalen Handelspartnern bezogen. Dadurch profitiert die Allgemeinheit, weil Kosten gespart werden und die Gewinne steigen. Sollte es in diesem Modell Verlierer geben, werden diese Verluste von den höheren Gewinnen locker kompensiert (Chang 2007, 3ff).

Nachdem sich die Märkte über Angebot und Nachfrage selbst regeln, muss bei Güterknappheit das Angebot gesteigert werden, damit die Preise folglich sinken. Das Angebot kann am besten und einfachsten gesteigert werden durch einen Abbau von Marktschranken. Diese Marktschranken können Zölle bei grenzüberschreitendem Handel, aber auch Eingriffe der Nationalstaaten in die Märkte durch Gesetze und Regelungen sein. Sobald diese Marktschranken abgebaut sind, kann das Angebot gesteigert werden, die Preise sinken und Arme können sich infolge dessen mehr leisten. Die Knappheit von Gütern sinkt und demnach sinkt auch die Armut. Das Vertrauen auf das Wirken der Marktkräfte erscheint dieser Logik folgend als das Patentrezept zur Überwindung von Armut. Daher sehen marktbehaftete Wirtschaftspolitiker im Abbau von Marktschranken die wirksamste Armutspolitik (Kohl 2003, 13f; Brodbeck 2005, 66ff).

Reichtum wird dabei als das Ergebnis individueller Anstrengung oder Leistung angesehen. Bei ungenügender individueller Leistung bleibt der Reichtum aus und Armut wird reproduziert. Armut ist somit im Wesentlichen selbstverschuldet. Störungen des Marktes werden von Marktliberalen zwar anerkannt, sind jedoch auf exogene Faktoren zurückzuführen. Als wichtigster exogener Störfaktor werden staatliche Regelungen genannt. Aber auch Naturkatastrophen, Krankheiten oder religiöse Auseinandersetzungen können das Funktionieren der Märkte beeinträchtigen. Als Folge dieser externen Störungen erlahmt die wirtschaftliche Aktivität, wodurch sich die Einkommenssituation für Viele verschlechtert. Die entstandene Armut ist somit kausal auf exogene Faktoren zurückzuführen. Die Märkte reichen die exogenen Störungen durch Preise oder Güterknappheit nur an den

Endverbraucher weiter, sie sind jedoch nicht der Grund für die dadurch bedingte Verarmung (Brodbeck 2005, 66ff).

2.2.2 Globalisierung bedingt oder erhöht Armut

Demgegenüber steht eine marktkritische Denkschule. Viele ihrer ProponentInnen berufen sich auf die kapitalismuskritische Analyse von Karl Marx. Seiner Ansicht nach ist Reichtum (genauer gesagt Gewinn oder Profit aus Kapital) das Ergebnis von Ausbeutung von Lohnarbeit. Die Ausbeutung von Arbeitskräften stellt somit eine Bedingung des Reichtums dar. In dieser Ausbeutung geht das Kapital rücksichtslos gegen die Interessen der Armen vor (Brodbeck 2005, 68).

Der indische Ökonom Amartya Sen, der auch an der Entwicklung des Human Development Index mitgearbeitet hat, stellt den Mangel an Verwirklichungschancen in den Vordergrund. Er hat weltweite Hungersnöte analysiert und kam zu dem Ergebnis, dass diese bislang kaum jemals durch eine absolute Nahrungsknappheit ausgelöst wurden, sondern vielmehr durch einen Mangel an Verwirklichungschancen bedingt waren. Die Verwirklichungschancen beziehen sich auf den Zugang der Bevölkerung zu Lebensmitteln. Sen kommt zu dem Ergebnis, dass nicht ein Rückgang in der Nahrungsversorgung, sondern eine Veränderung in den berechtigten Ansprüchen Armer die Ursache für den Hunger war. Es gab demnach nicht weniger Angebot an Nahrung, sondern die Armen konnten auf diese Nahrung nicht mehr zugreifen. Dies kann verschiedene Gründe haben wie Krieg, Unterdrückung, sinkende Einkommen oder stark steigende Preise. Auch Gesetzesänderungen können zu dieser Veränderung der Ansprüche führen. Das Argument der Güterknappheit der Marktliberalisten wird somit im Falle der Hungersnöte widerlegt (Brodbeck 2005, 72).

Kritiker des Marktliberalismus argumentieren, dass der Markt soziale Ausgrenzung befördert. Ohne Güter nachfragen zu können oder seine Arbeitskraft anbieten zu können, besitzt man keine Eintrittskarte in das globale Spiel der Märkte. Nicht erwerbsfähige Personen scheinen somit auch in keiner ökonomischen Einkommens- oder Armutsrechnung auf. Die nichtmarktfähigen Leistungen, Güter und Ressourcen wie Hausarbeit, Kinderbetreuung oder ehrenamtliches Engagement erscheinen in keiner Statistik und spielen in den Analysen der Ökonomen keine Rolle.

Zudem gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Abbau von Marktschranken, zum Beispiel in Bezug auf internationalen Handel, und der Erhöhung gleicher Chancen für Alle. Demnach haben vor allem Industrieländer, sowie einige wenige Schwellenländer, in den letzten Jahren von der Globalisierung profitiert. In vielen Entwicklungsländern haben sich die Hoffnungen, die mit der ökonomischen Globalisierung verbunden waren, Großteils nicht erfüllt. Die Erlöse aus dem Handel kommen meist nur einer kleinen Elite zugute und nicht der breiten Masse. Die Industrieländer waren bereits zu Beginn der Globalisierung in einer besseren Ausgangsposition als die Entwicklungsländer. Dies war bedingt durch die starke wirtschaftliche Basis der Industrieländer, ihres Reichtums an Kapital und Fachkenntnissen sowie ihrer technologischen Führungsposition. Diesen Vorsprung konnten die Entwicklungsländer bis heute nicht aufholen. Das Argument der Marktbefürworter der gleichen Chancen für Alle scheint damit widerlegt (Brodbeck 2005, 77f; Bundeszentrale für politische Bildung 2008, online).

Der internationale Freihandel, der allen voran vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation propagiert wird, soll gleiche Ausgangsbedingungen und Chancen für alle Teilnehmer sicherstellen. Im Gegensatz zu den Industrieländern starten die Entwicklungsländer jedoch von gänzlich anderen Ausgangspositionen. Ihre Industrien sind noch nicht so weit entwickelt, um mit jenen der Industrieländer konkurrieren zu können. Sie befinden sich noch in einem Stadium der Kindheit, in dem sie auf Schutzmechanismen des Staates angewiesen sind um überleben und wachsen zu können. Diese Schutzmechanismen wie Subventionen des Staates, Zölle bei der Einfuhr von Substituten aus anderen Ländern oder Steuern auf eingeführte Waren werden jedoch von der Welthandelsorganisation verboten. Dadurch haben die Industrien in den Entwicklungsländern sehr begrenzte Überlebenschancen, es kommt zu Schließungen und somit zu erhöhter Arbeitslosigkeit in den Ländern. Zusätzlich sinken durch das Verbot von höheren Steuern auf eingeführte Produkte die Einnahmen der Staaten. Freihandel ist demnach für Entwicklungsländer nicht automatisch profitabel (Chang 2007, 49ff).

Globale Ungleichheiten zeigen sich zudem im Einkommensgefälle zwischen den Ärmsten und den Reichsten. Die Armutslücke zwischen Arm und Reich hat sich demnach in den letzten Jahren global nicht verringert, sondern vielmehr vertieft. Im OECD-Durchschnitt war in den OECD-Ländern das Einkommen der reichsten 10 % der Bevölkerung im Jahr 2013 ungefähr 9,6-mal so hoch wie das der ärmsten 10 % der Bevölkerung (OECD 2015,

online). Als eine wesentliche Ursache für diese Spannweite wird die unterschiedliche Entwicklung der Löhne und Gehälter angesehen. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich allerdings nicht nur innerhalb der Nationalstaaten vertieft. Auch die Schere zwischen den reichen und den armen Ländern hat sich vergrößert (Bundeszentrale für politische Bildung 2010, online).

3 Wirtschaftskrise in Irland

Nach der Klärung des Begriffes der Armut sowie der Darstellung kontroverser Ansichten zum Zusammenhang zwischen Armut und Globalisierung wird in diesem Kapitel näher auf die Wirtschaftskrise in Irland eingegangen. Um analysieren zu können, wie sich ausgewählte Indikatoren in Irland während der Wirtschaftskrise entwickelt haben, ist es notwendig zuerst die Krise zu verstehen. Daher werden in diesem Kapitel die Ausgangsbedingungen, die zur Krise geführt haben, als auch der zeitliche Verlauf der Krise erläutert.

3.1 Ausgangsbedingungen

Vor dem Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise erzielte die irische Wirtschaft hohe Wachstumsraten. Vor allem die Jahre 1993 bis 2000 gingen als sogenannte Ära des „Celtic Tiger“ in die Geschichte ein. Durch Steuererleichterungen für Firmen und deren Exporte aus Irland haben ab den 1960er Jahren zahlreiche Unternehmen aus Großbritannien, den USA aber auch Deutschland oder Japan ihren Sitz nach Irland verlegt. Ab dem Jahr 1993 kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und hohen Beschäftigungsraten in Irland. Auch EU-Förderungen für Strukturprogramme in schwächeren Regionen haben dazu beigetragen, dass die Jahre vor 2000 für Irland äußerst erfolgreich waren. Durch hohe Direktinvestitionen, vor allem aus den USA, war Irland jedoch stark abhängig von der wirtschaftlichen Situation im Ausland. Zudem haben sich die Wachstumsraten in Irland auf wenige Sektoren, wie etwa Informationstechnologie oder Finanzdienstleistungen, beschränkt. Sowohl Exporte aus Irland, als auch die inländische Nachfrage sind gestiegen. Durch niedrige Zinsen kam es zu einer erhöhten Verschuldung der privaten Haushalte (Drudy, Collins 2011, 339ff).

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung Irlands und durch den Ausbau des Binnenmarktes kam es verstärkt zu Einwanderungen nach Irland. In den Jahren 2000 bis 2008 lag die Netto-Migration nach Irland bei 400.000 Menschen, Großteils aus den neuen

Mitgliedstaaten der EU (Drudy, Collins 2011, 342). Diese Entwicklung, als auch die steigenden Löhne und Gehälter, führten zu einer stark erhöhten Nachfrage nach Immobilien. Durch den erleichterten Zugriff irischer Banken auf internationale Gelder konnten historisch niedrige Zinssätze vergeben werden. Zudem haben die irischen Banken zu dieser Zeit auf eine umfassende Überprüfung der Kreditfähigkeit von Schuldnerinnen und Schuldnern verzichtet. Durch die erhöhte Nachfrage nach Häusern kam es zu einem Boom der Baubranche sowie zu steigenden Immobilienpreisen in Irland. So haben sich die Hauspreise zwischen 1996 und 2007 vervierfacht. Die Baubranche war vor allem für die Einwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ein wichtiger Arbeitgeber. Im Jahr 2007 waren 13,3 % der gesamten Beschäftigten in Irland in der Baubranche tätig. Die irische Regierung hat den Immobilien-Boom durch das Fehlen einer Grundsteuer sowie Steueranreize für Investoren und geringe Hypothekensteuern noch weiter vorangetrieben. Warnungen der irischen Zentralbank bezüglich den hohen Direktinvestitionen aus dem Ausland, der Konzentration auf wenige Wirtschaftssektoren sowie die steigende Verschuldung des privaten Sektors wurden von der irischen Regierung ignoriert (Whelan 2014, 427ff; Drudy, Collins 2011, 341f).

3.2 Verlauf der Krise

Die Finanzkrise, die im Jahr 2008 in den USA ihren Ursprung nahm, hat rasch auch die irische Wirtschaft getroffen und zu einer starken Rezession geführt. In Folge kam es zu einem Zusammenbruch der Baubranche und damit verbunden zu sehr hohen Arbeitslosigkeitsraten. Daraus folgten große Verluste an Einkommensteuern für den irischen Staat und zugleich ein Anstieg an sozialen Transferleistungen. Nach jahrelangen Budget-Überschüssen kam es rasch zu einer Finanzierungslücke (Whelan 2014, 429). Verschärft wurde die Situation zusätzlich durch die entstandene Bankenkrise in Irland. Den zahlreichen Krediten, die von irischen Banken vergeben wurden, standen nicht genug Aktiva gegenüber. Somit mussten sich die Banken am internationalen Finanzmarkt Kapital leihen. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise kam es rasch dazu, dass die irischen Banken ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Die irische Regierung musste daher einspringen und die Banken retten. Trotz einer Reihe von Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen musste die irische Regierung im Jahr 2010 feststellen, dass finanzielle Hilfe seitens der EU und des IWF (internationaler Währungsfonds) unabdingbar war. Ende 2010 wurde ein Rettungspaket in der Höhe von 67,5 Milliarden Euro abgeschlossen (Whelan 2014, 433).

Im Gegenzug für die finanzielle Hilfe musste die irische Regierung ein Anpassungsprogramm vorlegen und aufzeigen, durch welche Maßnahmen die Schulden reduziert werden sollten sowie wie die Schwellenwerte der von der EU vorgegebenen makroökonomischen Indikatoren erreicht werden sollten. Der Fokus des Programmes lag in den drei Bereichen Fiskalpolitik, Reform des Finanzsektors sowie Strukturreformen. Das Ausmaß der im Plan enthaltenen Austeritätsmaßnahmen für die Jahre 2008 bis 2015 betrug insgesamt 19,5 % des Bruttoinlandproduktes. Irland musste sich zu Reformen, Steuererhöhungen, Sparmaßnahmen sowie die Reduktion von Sozialleistungen verpflichten (Drudy, Collins 2011, 352). Welche Lösungskonzepte in Irland herangezogen wurden, um die Krise zu überwinden, wird im folgenden Kapitel 4 beispielhaft dargestellt.

In den Jahren 2011 bis 2013 ist es Irland gelungen, die mit den internationalen Geldgebern (allen voran EU und IWF) vereinbarten Finanzziele sogar überzuerfüllen. Im Jahr 2014 konnte Irland daher als erstes Krisenland den Rettungsschirm verlassen und als eigenständiger Akteur auf den internationalen Finanzmarkt zurückkehren. Aufgrund der positiven Entwicklung ausgewählter makroökonomischer Indikatoren wird Irland seitens der EU als Musterbeispiel für „erfolgreiche Sparpolitik“ angepriesen (Europäische Kommission 2013, 5ff). Gemäß dem Länderbericht 2016 für Irland hat das Land den wirtschaftlichen Umschwung gemeistert, die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit hat zu erhöhten Exporten geführt. Dennoch weist auch die EU-Kommission auf weiterhin bestehende Problemfelder wie Kinderarmut oder den fehlenden Zugang zu qualitativ hochwertigen und leistbaren Vollzeit-Betreuungsplätzen für Kinder hin (Europäische Kommission 2016a, 1ff).

4 Lösungskonzepte zur Bewältigung der Krise

Um die aus der Wirtschafts- und Bankenkrise in Irland entstandenen Schulden abbauen zu können, wurden vor Allem in den Jahren 2008 bis 2014 zahlreiche Anpassungsprogramme durchgeführt. Im Jahr 2010 wurde der sogenannte *National Recovery Plan* für die Jahre 2011 bis 2014 von der irischen Regierung erstellt. Der Plan hatte das Ziel, das Defizit in dieser Zeitspanne um weitere 15 Milliarden Euro zu reduzieren, was 9,7 % des BIP entsprach. Die 15 Milliarden Euro sollten sich aus 10 Milliarden Euro Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben, sowie 5 Milliarden Euro an erhöhten Steuereinnahmen zusammensetzen (Drudy, Collins 2011, 346).

Die Anpassungsprogramme zielten vor Allem auf den Abbau von Staatsschulden sowie die Stabilisierung der irischen Banken ab. Nachdem sowohl der Arbeitsmarkt als auch der Produktmarkt in Irland bereits zu einem hohen Anteil dereguliert waren, kam es in diesen Bereichen zu keinen weiteren nennenswerten Änderungen (Hermann 2015, 27ff; Whelan 2014, 436). Ab dem Jahr 2014 hat die irische Regierung erkannt, dass einige der Anpassungsprogramme sich stark negativ auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen ausgewirkt haben (dazu mehr in Kapitel 7). Daher kam es ab dem Budget 2014 zu einigen Änderungen beziehungsweise wurden Entscheidungen aus den Jahren 2008 bis 2012 revidiert. Im folgenden Abschnitt wird auf die Anpassungen in den Bereichen Steuern, Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende, Reformen im öffentlichen Dienst, Sozialleistungen und Einsparungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit näher eingegangen und auch der zeitliche Verlauf aufgezeigt. Die ausgewählten Anpassungsprogramme beziehen sich auf jene Bereiche, die für die Bevölkerung die größten Veränderungen gebracht haben. Zum Abschluss dieses Kapitels wird zudem darauf eingegangen, welche Argumente zu den durchgeführten Anpassungsprogrammen geführt haben.

4.1 Universal Social Charge

Die *Universal Social Charge* (USC) ist eine Einkommensteuer, die im Jahr 2011 von der irischen Regierung neu eingeführt wurde. Die Steuer ist abhängig vom Bruttoeinkommen zu entrichten. Im Jahr 2011 waren nur jene Personen steuerbefreit, deren jährliches Einkommen unter 4.004,- Euro lag. Je nach jährlichem Einkommen betrug die USC im Jahr 2011 zwischen 2 % und 7 %. Kritisiert wurde vor Allem, dass der Höchststeuersatz von 7 % bereits ab einem Einkommen von über 16.017,- Euro jährlich fällig war. Diese Grenze entsprach im Jahr 2011 in etwa dem nationalen festgelegten Mindestlohn. Somit wurden geringe Einkommen (knapp über dem Mindestlohn) mit dem gleichen Prozentsatz besteuert wie hohe Einkommen (Barry 2014, 92).

Aufgrund der dadurch steigenden Ungleichheit wurden die Schwellenwerte und Ausnahmen in den folgenden Jahren schrittweise angepasst. So wurde das für den Mindeststeuersatz geltende jährliche Einkommen von 10.036,- Euro auf 12.012,- Euro erhöht. Der Mindeststeuersatz wird somit derzeit für jährliche Einkommen zwischen 4.005,- und 12.012,- Euro herangezogen. Auch der Steuersatz für die geringste Belastung wurde von 2 % zuerst auf 1,5 % und im Jahr 2016 auf 1,0 % reduziert. Zudem wurden in den letzten

Jahren auch Ausnahmen für ältere Personen über 70 Jahre als auch für Sozialhilfeempfänger eingeführt (Revenue 2016, online).

Bei der Universal Social Charge handelt es sich um eine für die irische Regierung einfach abzuwickelnde Steuer, die mit wenigen Ausnahmen fast alle Bürgerinnen und Bürger trifft. Die Einnahmen aus dieser zusätzlichen Steuer betragen rund 4,5 Milliarden Euro pro Jahr (Independent.ie 2014, online). Trotz der Änderungen in den letzten Jahren werden auch mit den Schwellenwerten von 2016 mittlere Einkommen überproportional stark besteuert im Vergleich zu sehr hohen Einkommen.

4.2 One Parent Family Payment Reform

Beim *One Parent Family Payment* (OFP) handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung für Männer und Frauen unter 66 Jahren, die ein oder mehrere Kind(er) alleine großziehen. Um die Unterstützung zu erhalten, darf das Einkommen 425,- Euro pro Woche nicht überschreiten. Diese Einkommensgrenze wurde im Social Welfare and Pensions Act 2008 festgelegt. Die Unterstützung geht an Eltern, Stiefeltern oder Adoptiveltern, die alleine mit dem Kind in einem Haushalt leben. Die Höhe der Unterstützung ist gestaffelt nach Einkommen und beträgt maximal 188,- Euro pro Woche. Zusätzlich besteht Anspruch auf 29,80 Euro pro Kind, das die Kriterien erfüllt. Das Kind muss unter einer bestimmten gesetzlich festgelegten Altersgrenze liegen, um sich für die Zahlung zu qualifizieren. Diese Altersgrenze wurde seit dem Jahr 2012 schrittweise reduziert. Im Jahr 2008 lag die Altersgrenze noch bei 14 Jahren, im Social Welfare and Pensions Act 2012 wurde jedoch eine schrittweise Reduktion auf 7 Jahre ab dem Jahr 2015 festgelegt (Irische Regierung 2008, 7; Irische Regierung 2012, 6).

Durch die Senkung der Altersgrenze des Kindes kam es zu einer Reduktion an Zahlungen des One Parent Family Payments. Während es im Jahr 2010 noch über 92.300 Bezieherinnen und Bezieher gab, ist diese Zahl im Jahr 2015 auf rund 42.100 gesunken (onefamily.ie 2016, online). Das irische Sozialministerium hat im Jahr 2015 darauf hingewiesen, dass zwar über 29.000 Bezugsberechtigte den Anspruch durch die Reduktion der Altersgrenze verlieren würden, sie jedoch in andere Unterstützungsprogramme fallen würden und ihnen somit kein finanzieller Nachteil entstehen würde. Das Ziel der Reform sei es, Armut und soziale Ausgliederung zu reduzieren und Alleinerziehende durch Training und Bildung zu unterstützen (The Irish Times 2016, online). Kritische Stimmen sagen

jedoch, dass sich die Situation für Alleinerziehende durch die Reformen weiter verschlechtert hat. Demnach hätten alleinerziehende Personen, die 20 Stunden pro Woche zum Mindestlohn arbeiten, seit 2012 rund 108,- Euro pro Woche weniger an finanziellen Mitteln zur Verfügung haben (The Irish Times 2016, online). Durch die im Jahr 2015 vorgenommene Änderung im OFP kommt es dazu, dass Alleinerziehende, deren Kind über 7 Jahre ist, Arbeitslosenunterstützung erhalten können bis ihr Kind 14 Jahre alt ist. Auch hier kommt es jedoch zu einem Rückgang von bis zu 53,- Euro wöchentlich, wenn die alleinerziehende Person nebenbei zum Mindestlohn arbeitet (Independent.ie 2015, online). Zur gesamten Höhe der Einsparungen für die irische Regierung aus dieser Reform konnten leider keine Daten gefunden werden.

4.3 Lohnkürzungen, Arbeitsplatzverluste und Reformen im öffentlichen Dienst

Der öffentliche Dienst war in Irland in den letzten Jahren besonders stark von den Sparprogrammen betroffen. In den Jahren 2008 bis 2012 wurden insgesamt 28.000 Stellen im öffentlichen Dienst in Irland gestrichen. Dies entspricht einer Reduktion von 8,8 % des gesamten Personals im öffentlichen Dienst. Die meisten Jobs wurden dabei in den Bereichen Bildung und Gesundheit eingespart (Hermann, Hinrichs, Brosig 2012, 5f). Nachdem diese beiden Bereiche wichtige Arbeitgeber für irische Frauen darstellen ist anzunehmen, dass diese Gruppe besonders stark von den Arbeitsplatzverlusten betroffen war (Barry 2014, 90). Es konnten jedoch keine konkreten Daten gefunden werden, die diese Vermutung unterstützen.

In Irland wurden seit 1987 die Lohnbedingungen für den öffentlichen Dienst sozialpartnerschaftlich verhandelt. Im Februar 2009 wollte die irische Regierung ein neues Abkommen mit den Gewerkschaften verhandeln, um Einsparungen zu erzielen. Es kam jedoch zu keinem gemeinsamen Ergebnis, weshalb die Regierung für das Jahr 2010 eigenmächtig beschlossen hat Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen. Der öffentliche Dienst war demnach nicht nur von Stellenabbau, sondern auch von beträchtlichen Lohnkürzungen getroffen. Konkret wurden ab 01.01.2010 folgende Kürzungen vorgenommen: 5 % für die ersten 30.000,- Euro an jährlichem Einkommen, 7,5 % für die nächsten 40.000,- Euro und 10 % Kürzung für die nächsten 55.000,- Euro. Für jährliche Einkommen von über 125.000,- Euro kam es zu einer Kürzung von 8 %, für über 165.000,- von 12 % und Einkommen von über 200.000,- Euro wurden sogar um 15 % reduziert (Labour

Research Department 2012, 21ff). Durchschnittlich betrug die Lohnreduktion im öffentlichen Dienst zwischen 2008 und 2011 nominell 5,2 %. Eine allgemeine Preisreduktion in Irland führte jedoch dazu, dass der reale Verlust nur bei 3,8 % lag. Für einzelne Berufsgruppen kam es jedoch zu sehr großen Einschnitten. So mussten Lehrerinnen und Lehrer durchschnittlich ein Minus von 12,5 % hinnehmen, Krankenpflegepersonal ein Minus von 10,5 %. Diese Zahlen spiegeln die Einsparungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit wieder (Hermann, Hinrichs, Brosig 2012, 8).

Zusätzlich zu den Arbeitsplatzverlusten und Lohnreduktionen wurde von der irischen Regierung im Jahr 2010 eine durchschnittliche Erhöhung der Pensionsbeiträge öffentlich Bediensteter von 7,5 % eingeführt. Auch hier waren die Prozentsätze gestaffelt nach jährlichem Einkommen, wobei die Belastung zwischen 3 und 9 % lag. Bezüglich den Pensionen wurde zudem die Berechnung des Pensionsbetrages umgestellt vom letzten Verdienst auf den Durchschnittsverdienst der gesamten Vertragslaufzeit als Basis (Labour Research Department 2012, 22).

Im Juni 2010 haben die sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen zwischen der irischen Regierung und dem Committee of the Irish Congress of Trade Unions zur Unterzeichnung des sogenannten *Croke Park Agreement* geführt. Man hat sich auf eine weitreichende Reform des öffentlichen Dienstes geeinigt, um die Flexibilität des Einsatzes der Belegschaft zu erhöhen. Umstrukturierungen, die Versetzung von Bediensteten in andere Bereiche sowie ein freiwilliger Abbau von Personal sollten zu Kostenreduktionen führen. Die Gewerkschaften haben sich auf dieses Abkommen eingelassen, da schriftlich festgehalten wurde, dass die Kostenreduktionen die Gewährleistung der reibungslosen Zurverfügungstellung öffentlicher Güter für die Bevölkerung nicht widersprechen dürfen. Somit konnten die Gewerkschaften zumindest einen gewissen Bestand an Arbeitsplätzen sichern, da unter dieser Grenze das reibungslose Funktionieren nicht mehr sichergestellt wäre. Im Juni 2013 wurde ein zweites Croke Park Abkommen unterzeichnet. Dieses Abkommen beinhaltete weitere Lohnkürzungen in Höhe von 5,5 % für öffentlich Bedienstete mit einem jährlichen Einkommen von über 65.000,- Euro. Durch diese zusätzliche Maßnahme konnte bis zum Jahr 2016 eine Milliarde Euro eingespart werden (Robbins, Lapsley 2014, 94). Im Zuge des ersten Croke Park Agreements wurde eine eigene Abteilung eingeführt, um die Implementierung der festgelegten Reformen zu gewährleisten und die Produktivität zu erhöhen. Die Arbeit des *Department of Public Expenditure and Reform*

basiert auf einem neuen Fokus auf Kundenservice, der durch neue und innovative Vertriebskanäle trotz Kosteneinsparungen verbessert werden soll (Robbins, Lapsley 2014, 95).

4.4 Senkung des Mindestlohns

Die irische Regierung wollte erreichen, dass auch die Löhne in der Privatwirtschaft sinken, um die Wettbewerbsfähigkeit von Irland zu erhöhen. Im Jahr 2010 hat die Regierung daher beschlossen, den nationalen Mindestlohn um 12 % zu reduzieren. Dies entsprach einer Reduktion von vormals 8,65 Euro auf 7,60 Euro pro Stunde. Diese Maßnahme war jedoch in der Bevölkerung äußerst unpopulär. Bei den Wahlen im Jahr 2011 wurde eine neue Regierung gewählt, welche die Maßnahme sofort wieder rückgängig machte (Hermann, Hinrichs, Brosig 2012, 10). In der irischen Privatwirtschaft finden Kollektivverhandlungen hauptsächlich auf betrieblicher Ebene statt, mit wenigen Ausnahmen wie der Baubranche oder dem Einzelhandel, wo es branchenweite Vereinbarungen gibt. Die Entwicklung der Lohnstückkosten in Irland zeigt deutlich, dass es ab dem Jahr 2009 zu einer drastischen Reduktion gekommen ist. Die folgende Grafik zeigt den Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten zu anderen Krisenländern:

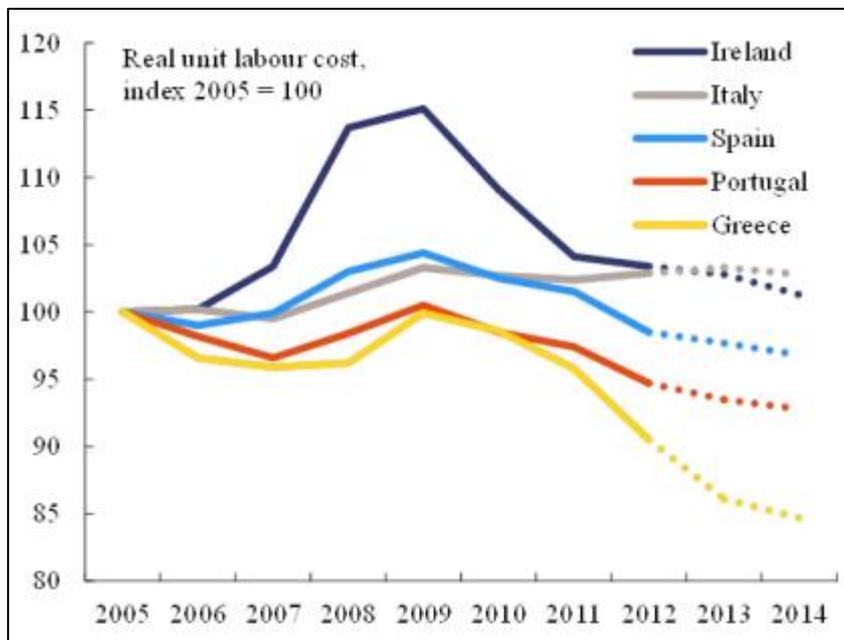


Abbildung 1: Entwicklung Lohnstückkosten in Krisenländern 2005-2014
Quelle: Europäische Kommission 2013, 11

Basis für diese Grafik stellen die Lohnstückkosten des Jahres 2005 im jeweiligen Land dar. Die Entwicklung zeigt deutlich, dass in Irland die Lohnstückkosten bis zum Jahr 2008 stark gestiegen sind. Vor Allem im Jahr 2007 konnte ein sprunghafter Anstieg verzeichnet

werden. In den anderen Krisenländern war die Entwicklung der Lohnstückkosten zwischen 2005 und 2008 nur mäßig (wie zum Beispiel in Spanien) oder sogar rückläufig (in Griechenland und Portugal). Die Entwicklung der Jahre 2009 bis 2011 zeigt deutlich, dass die Steigerungsraten der Lohnstückkosten in Irland drastisch zurückgegangen sind. Die Entwicklung der Reallöhne zwischen 2008 und 2012 liegt in Irland bei einem Minus von 6,6 % (Hermann, Hinrichs, Brosig 2012, 12).

4.5 Arbeitslosenunterstützung

Auch die Unterstützung für Arbeitslose wurde in Irland in den letzten Jahren reformiert. Das wöchentliche Maximum an Arbeitslosenunterstützung wurde vor dem Jahr 2009 jährlich erhöht, seitdem jedoch reduziert bzw. seit 2011 nicht mehr angepasst. Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Entwicklung des wöchentlichen Maximalbetrages:



Abbildung 2: Entwicklung der wöchentlichen Arbeitslosenunterstützung (Maximum)
Quelle: Eigene Darstellung nach Redmond 2013, 7

Zusätzlich gibt es in Irland unterschiedliche Maximalgrenzen der Arbeitslosenunterstützung für verschiedene Altersgruppen. Für 18 bis 24-Jährige liegt das Maximum bei 100,- Euro pro Woche, für 25-Jährige bei 144,- Euro pro Woche. Erst ab 26 Jahren besteht Anspruch auf das Maximum von 188,- pro Woche. Für qualifiziertes Personal gibt es jedoch unter bestimmten Voraussetzungen erhöhte Maximalbeträge (Department of Social Protection 2016, online).

Das Budget 2013 brachte eine Kürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosenunterstützung um drei Monate. Je nach Vordienstzeiten wurde die Anspruchsdauer von 12 auf 9 Monate beziehungsweise von 9 auf 6 Monate verkürzt (Redmond 2013, 10).

4.6 Budgetkürzungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit

Im **Bildungsbereich** wurden vor Allem ab dem Jahr 2010 Sparmaßnahmen durchgeführt. Einsparungen wurden erzielt durch eine Erhöhung der Schüler-Lehrer-Relation. Es sollten also weniger Lehrer für mehr Schüler zuständig sein und dadurch Stellen gestrichen werden. Zudem wurden Förderungen für Erwachsenen-Kurse gestrichen und Stipendien für Studierende wurden reduziert. Auch die Förderungen für Studierende mit Behinderung wurden verringert (Robbins, Lapsley 2014, 96). Die Anzahl der Schüler pro Klasse wurde sowohl im Primär- als auch im Sekundärbereich schrittweise erhöht. Zudem kam es dazu, dass neue Lehrerinnen und Lehrer in den letzten Jahren zu schlechteren Bedingungen in den öffentlichen Dienst einsteigen mussten als ihre Kolleginnen und Kollegen mit älteren Dienstverträgen. Vor Allem die Bezahlung und Pensionsansprüche liegt um bis zu 30 % unter jenen der älteren Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer (Barry 2014, 90; ClareDaly TD 2012, online). Mit dem Budget 2016 wurde versucht, die negativen Effekte der Einsparungen im Bildungsbereich wieder auszumerzen. So wurden 2.260 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer bewilligt, um vor Allem in der Primärbildung die Schüler-Lehrer-Relation wieder zu erhöhen. Klassen mit über 30 Schülern sollen in Zukunft vermieden werden. Zusätzlich soll es für jedes Kind in Irland die Möglichkeit geben, ab drei Jahren die Vorschule zu besuchen bis zum Zeitpunkt des regulären Eintritts in das Schulsystem. Bisher war nur ein Jahr Vorschule für die Kinder vorgesehen (Irish Examiner 2015, online).

Auch der **Gesundheitsbereich** war stark von Budgetkürzungen betroffen, bis zum Jahr 2014 wurden 10.000 Stellen gestrichen. In der Gesundheitsreform wurde festgelegt, dass der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen verbessert werden soll, jedoch mit geringeren finanziellen Mitteln. Zwischen 2008 und 2014 wurden im Gesundheitsbereich circa 2,3 Milliarden Euro eingespart, dies entspricht einem Minus von 12 % im Vergleich zum Budget 2008. Bedingt durch die steigende Arbeitslosigkeit während der Krise und geringere Einzahlungen in private Gesundheitsvorsorgen ist die Anzahl der Personen, die vom öffentlichen Gesundheitssektor abhängig sind, jedoch in den letzten Jahren gestiegen. Somit stehen im Gesundheitsbereich weniger Gelder einer immer größer werdenden

Nachfrage gegenüber. Durch Effizienzsteigerungen und die forcierte Verschreibung von Generika konnten zwar Kosten reduziert werden, ein Großteil der Einsparungen ist jedoch auf Stellenstreichungen und die Reduktion der Gehälter zurückzuführen (Burke et al. 2014, 276ff). Die steigenden Kosten werden daher in den letzten Jahren immer stärker auf die Haushalte übertragen. Durch höhere Einkommensgrenzen für eine Rezeptbefreiung bis hin zu höheren Behandlungsgebühren, die von den Patientinnen und Patienten selbst übernommen werden müssen, steigen die Kosten für die privaten Haushalte. Zusätzlich wurden die Zugangsvoraussetzungen zur sogenannten *Medical Card* erschwert. Es handelt sich dabei um eine Karte, die Personen mit sehr geringem Einkommen den Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht (Thomas, Burke, Barry 2014, 1545). Die Entwicklung der Übertragung der Kosten auf die privaten Haushalte wird in der folgenden Abbildung aufgezeigt:

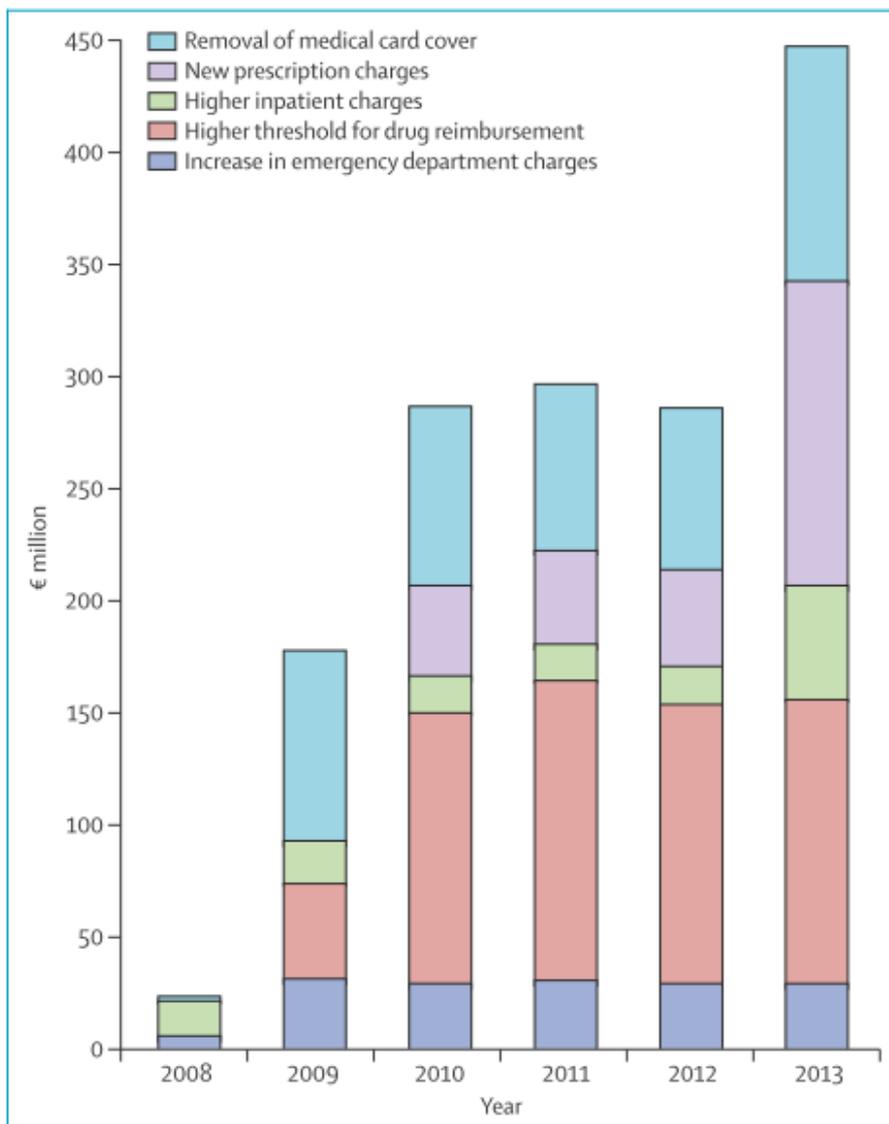


Abbildung 3: Kosten, die im Gesundheitsbereich auf die Haushalte übertragen werden.
Quelle: Thomas, Burke, Barry 2014, 1545

4.7 Argumente für die vorgenommenen Anpassungsprogramme

Alle vorab erläuterten Anpassungsprogramme dienen dem vorwiegenden Zweck, das Haushaltsdefizit Irlands zu verringern. Dies kann durch eine Erhöhung der Einnahmen (wie etwa durch die Einführung der Universal Social Charge) oder durch eine Senkung von Kosten (wie etwa die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung oder Einsparungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung) erreicht werden.

Darüber hinaus werden Strukturreformen in allen Krisenländern der EU forciert, da sie in der Theorie die Flexibilität von Löhnen und Preisen erhöhen sowie die Heterogenität zwischen den EU-Ländern senken. Oberste Priorität hat dabei die Funktionsfähigkeit der Europäischen Währungsunion. Strukturreformen führen zu offeneren Märkten, was die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern erhöht und damit zu Wirtschaftswachstum führt. Ein möglichst deregulierter Arbeitsmarkt führt in der Theorie dazu, dass Unternehmen flexibler auf Nachfrageschwankungen reagieren können, da sie zum Beispiel kürzere Kündigungsfristen einhalten müssen (Matthes 2015, 106ff).

Die Senkung von Arbeitslosenunterstützung wird in der Theorie als Anreiz für Arbeitslose gesehen, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Es soll möglichst unlukrativ sein, von staatlichen Sozialtransfers abhängig zu sein. Häufig zielen Strukturanpassungsprogramme auch darauf ab, den Unternehmen mehr Handlungsspielraum bezüglich Gehaltsverhandlungen und Kündigungen zu geben. Damit können Unternehmen wiederum schneller auf wirtschaftliche Änderungen reagieren. Ein Fehlen von branchenweiten Kollektivverträgen führt dazu, dass Unternehmen geringere Löhne und Gehälter festsetzen können und somit mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen können. Geringe Lohnkosten führen in dieser Überlegung also zu höheren Beschäftigungsraten. Zudem kann ein niedriges Lohnniveau dazu beitragen Firmen aus dem Ausland in das eigene Land zu holen. Dadurch werden wiederum Arbeitsplätze geschaffen und Wirtschaftswachstum entsteht. In Verbindung mit der Senkung von Arbeitslosenunterstützung haben geringe Löhne somit einen positiven Effekt auf die Arbeitslosenraten (Darvas et al. 2014, 26).

Die Europäische Kommission geht davon aus, dass ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit durch hochgradig deregulierte Produkt- und Arbeitsmärkte verbessern kann. Der Staat soll dabei möglichst wenig in die Arbeit der Privatunternehmen eingreifen. Die positiven

Effekte für die Wirtschaft, und somit letzten Endes auch für die Bevölkerung, würden sich dann quasi von selbst ergeben. Eine steigende Wettbewerbsfähigkeit durch die Senkung von Personalkosten führt demnach zu geringeren Preisen für Güter und Dienstleistungen, was wiederum die Exporte des Landes erhöht. Dadurch entstehen Wirtschaftswachstum und Bilanzüberschüsse können erzielt werden. Im Gegensatz dazu führt eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zu teureren Gütern und Dienstleistungen und somit einer Reduktion der Exportnachfrage, wodurch Bilanzdefizite entstehen (Regan 2016, 2ff).

Die Argumentation der EU und der irischen Regierung richtet sich nach den Überlegungen des Marktliberalismus und exportorientierten Wirtschaftswachstums. Darauf wurde in Kapitel 2.2 bereits näher eingegangen und der theoretische Zusammenhang zwischen Globalisierung, Wirtschaftswachstum und Armut wurde aufgezeigt. Jene Vertreter gehen davon aus, dass Globalisierung Wirtschaftswachstum antreibt und Armut reduziert, weil Güter und Dienstleistungen durch weltweiten Handel günstiger werden und die Bevölkerung damit mehr konsumieren kann. Die folgenden Kapitel 5 und 6 sollen anhand der Entwicklung ausgewählter Indikatoren zeigen, ob sich diese Argumentation bewahrheitet hat. In Kapitel 5 werden die Entwicklungen des Bruttoinlandprodukts, der Exporte und Importe sowie ausgewählter außen- und binnenwirtschaftlicher Ungleichgewichte dargestellt. Dadurch soll aufgezeigt werden, wie sich jene Indikatoren, die von der EU als Früherkennungsmechanismus für wirtschaftliche Störungen festgelegt wurden, entwickelt haben. Da diese Indikatoren jedoch wenig Rückschluss auf die Entwicklung von Armut und Ungleichheit in Irland zulassen, werden in Kapitel 6 ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren analysiert.

5 Entwicklung makroökonomischer Indikatoren

In diesem Kapitel werden ausgewählte makroökonomische Indikatoren des Scoreboards der Europäischen Union zur Feststellung von gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten im Zeitverlauf analysiert. Das Scoreboard ist Teil des sogenannten Europäischen Semesters, das im Jahr 2010 als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise von der EU eingeführt wurde, um Gefahren, die von makroökonomischen Ungleichgewichten für die Europäische Wirtschaft ausgehen, frühzeitig erkennen und bekämpfen zu können. Das Europäische Semester startet mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichtes der Europäischen Kommission im November für das Folgejahr. Der Jahreswachstumsbericht für 2016 enthält folgende drei Prioritäten: Die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, das

Vorantreiben von Strukturreformen zur Modernisierung der Volkswirtschaften der EU sowie eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Zusätzlich wird auch ein Warnmechanismus-Bericht der Kommission vorgelegt. In diesem Bericht ist festgelegt, in welchen Ländern eine eingehende Überprüfung stattfinden wird. Die EU-Mitgliedstaaten werden dabei in drei Kategorien eingeteilt: Länder mit übermäßigen Ungleichgewichten, Länder mit Ungleichgewichten oder Länder, in denen keine Ungleichgewichte vorliegen. Irland wurde von der Europäischen Kommission in der zweiten Gruppe eingestuft, also als Land mit Ungleichgewichten. Im Februar jeden Jahres werden Länderberichte veröffentlicht, welche Empfehlungen der Kommission enthalten. Die Mitgliedstaaten haben dann bis April Zeit, ein Reformprogramm (beziehungsweise Stabilitätsprogramm für Länder der Eurozone) vorzulegen. In den Monaten März und April kommt es zu bilateralen Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Kommission sowie der Mitgliedstaaten. Die nationalen Reform- und Stabilitätsprogramme bilden sodann die Grundlage für die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2016a, online).

Damit die Kommission feststellen kann, ob ein Mitgliedstaat gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte aufweist, wurde das Scoreboard entwickelt. Es enthält mittlerweile 14 Indikatoren, die mit Schwellenwerten hinterlegt sind. Wenn ein Land einen oder mehrere Schwellenwerte überschreitet, kommt es zu einer Überprüfung durch die Kommission. Die folgende Tabelle gibt einen kurzen Überblick über alle Indikatoren, die derzeit berücksichtigt werden:

| Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und Wettbewerbsfähigkeit | |
|---|---|
| Leistungsbilanzsaldo (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) in % des BIP | Schwellenwert zwischen +6,0 und -4,0 % |
| Nettoauslandsvermögensstatus in % des BIP | Schwellenwert -35,0 % |
| Exportmarktanteil in % an weltweiten Exporten (5-Jahres-Veränderung) | Schwellenwert -6,0 % |
| Nominale Lohnstückkosten (3-Jahres-Veränderung in %) | Schwellenwert +9,0 % (für Länder des Euro-Raumes) |
| Realer effektiver Wechselkurs (3-Jahres-Veränderung in %) | Schwellenwert zwischen -5,0 und +5,0 % |

| Binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte | |
|--|-----------------------|
| Schuldenstand des privaten Sektors in % des BIP | Schwellenwert 133,0 % |
| Kreditstrom des privaten Sektors in % des BIP | Schwellenwert 14,0 % |
| Öffentlicher Schuldenstand in % des BIP | Schwellenwert 60,0 % |
| Verbindlichkeiten des Finanzsektors (jährliches Wachstum) | Schwellenwert 16,5 % |
| Jährliche Veränderung der Immobilienpreise (Hauspreisindex) | Schwellenwert 6,0 % |
| Arbeitslosenrate (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) | Schwellenwert 10,0 % |
| Neue Indikatoren (Beschäftigung) | |
| Erwerbsquote (in % der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 64) | Schwellenwert -0,2 % |
| Langzeitarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 74) | Schwellenwert +0,5 % |
| Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 24) | Schwellenwert +2,0 % |

Tabelle 1: Übersicht der makroökonomischen Ungleichgewichte

Quelle: Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2016b, online

Im Folgenden werden das Bruttoinlandsprodukt, die Exporte und Importe sowie ausgewählte außen- und binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte für Irland im Zeitverlauf (jeweils von 2006 bis 2015) näher analysiert. Da zahlreiche Indikatoren des Scoreboards in % des BIP gemessen werden, wird zuerst die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Irland aufgezeigt.

5.1 Bruttoinlandsprodukt

Das BIP gibt den Gesamtwert aller erzeugten Waren und erbrachten Dienstleistungen innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen an. Die Veränderung des BIP wird als Indikator für Wirtschaftswachstum angesehen. Der Indikator wird in der Literatur jedoch auch kritisch angesehen, weil Faktoren wie unbezahlte Arbeit oder Selbstversorgung nicht berücksichtigt werden. Kritikern zufolge ist die Aussagekraft des BIP bezüglich

der tatsächlichen Wirtschaftsleistung somit begrenzt (Lexikon der Nachhaltigkeit 2015, online). Dennoch stellt das Bruttoinlandsprodukt einen wichtigen Indikator für das Scoreboard im Zuge des Europäischen Semesters dar. Gemäß Eurostat liefern das BIP und seine Komponenten wichtige Einblicke in die Entwicklung der Wirtschaften der einzelnen Mitgliedstaaten und bilden somit die Grundlage für die Konzeption und Überwachung politischer Maßnahmen der EU (Eurostat 2015, online).

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des BIP in den Jahren 2006 bis 2015 in Irland auf:

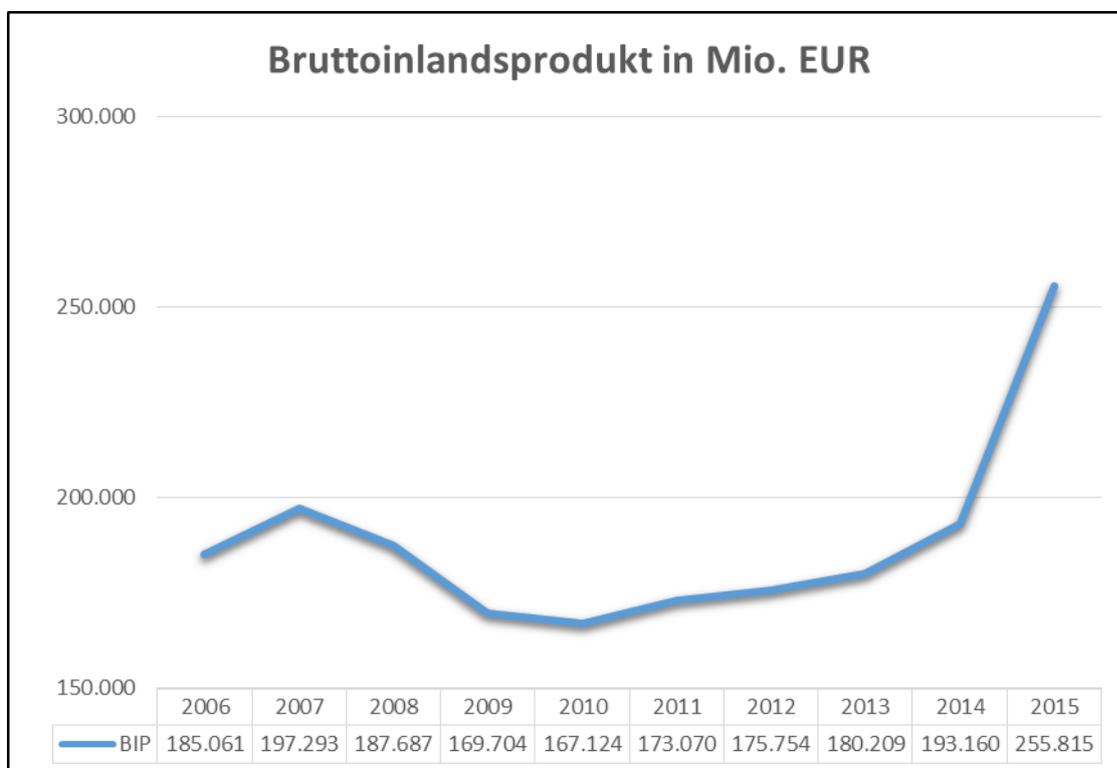


Abbildung 4: Entwicklung des BIP in Mio. Euro (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Entwicklung zeigt deutlich den durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bedingten Einbruch des BIP in den Jahren 2008 bis 2010. Ab dem Jahr 2011 konnten wieder Steigerungsraten erzielt werden, im Jahr 2015 hat das BIP erstmals deutlich jenes Niveau von vor der Krise übertroffen. Die Jahre 2008 bis 2010 wiesen einen Rückgang des nominalen BIP im Vergleich zum Vorjahr auf. Im Jahr 2015 konnte das irische BIP einen Rekordwert von über 255,8 Milliarden Euro erzielen, was einer realen Wachstumsrate im Vergleich zum Vorjahr von 7,8 % entspricht (Europäische Kommission 2016c, 79). Bei dieser Betrachtung des Wirtschaftswachstums in Irland ist es daher kein Wunder, dass die EU

seit 2013 Irland als mustergültiges Beispiel für erfolgreiche Reformen und Strukturanpassungen in der Vergangenheit ansieht. Um erkennen zu können, worauf der außergewöhnliche Anstieg vor Allem des Jahres 2014 auf 2015 zurückzuführen ist, werden in Folge einzelne Komponenten des Bruttoinlandproduktes näher analysiert.

Die Verwendungsrechnung des BIP gibt Aufschluss über die Nachfrageseite. Sie bestimmt demnach die Verwendung der produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen. Dabei errechnet sich das Bruttoinlandsprodukt wie folgt: Private Konsumausgaben + Konsumausgaben des Staates + Investitionen + Nettoexporte (Exporte – Importe) = BIP (Gabler Wirtschaftslexikon o.J., online). Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Verwendungsrechnung im Zeitverlauf:

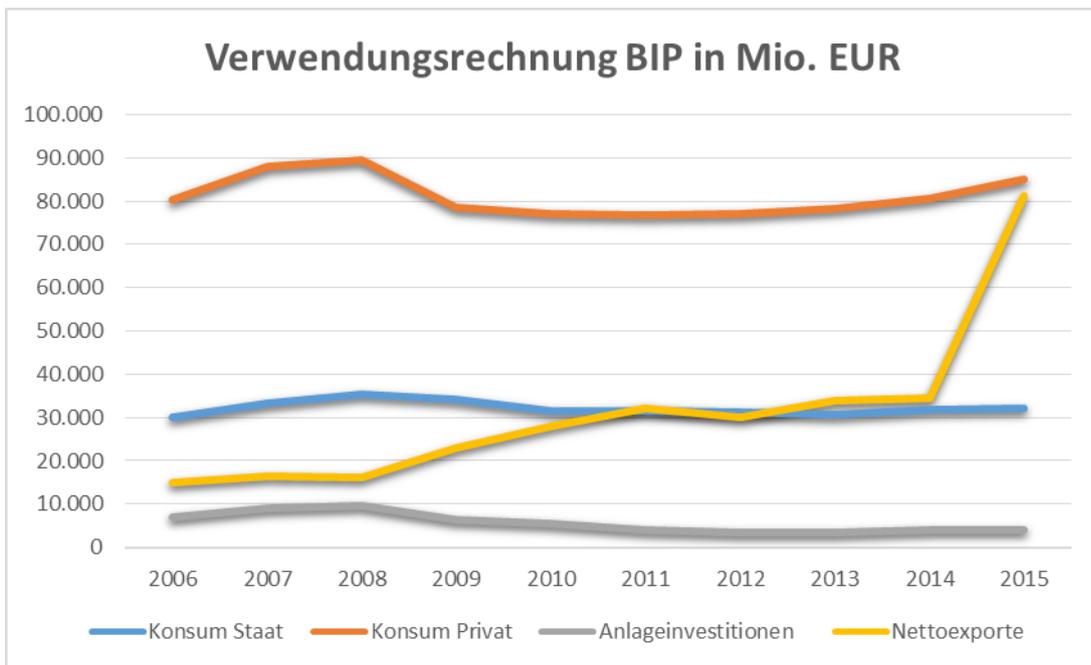


Abbildung 5: Verwendungsrechnung BIP in Mio. Euro (2006-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Verwendungsrechnung des BIP zeigt deutlich, dass die größten Steigerungen in den letzten Jahren bei den Nettoexporten erzielt wurden. Sowohl die Konsumausgaben der Privaten als auch jene des Staates haben sich seit dem Jahr 2009 kaum verändert. Lediglich im Jahr 2015 kam es zu einem leichten Anstieg des privaten Konsums. Die Nettoexporte hingegen verzeichneten vor Allem im Jahr 2015 einen sehr starken Anstieg. Auch in den Jahren 2008 bis 2011 sind die Nettoexporte bereits kontinuierlich gestiegen, jedoch nicht in so starkem Ausmaß wie 2015. Als nächsten Schritt werden daher die Exporte und Importe näher analysiert.

5.2 Exporte und Importe

Die Nettoexporte aus Abbildung 5 ergeben sich aus der Summe aller Exporte eines Jahres abzüglich der Summe aller Importe. Die Entwicklung der Nettoexporte zeigt, dass in den Jahren 2006 bis 2015 in Summe immer mehr exportiert als importiert wurde. Die nachstehende Abbildung zeigt die Entwicklung der Exporte und Importe im Zeitverlauf auf:

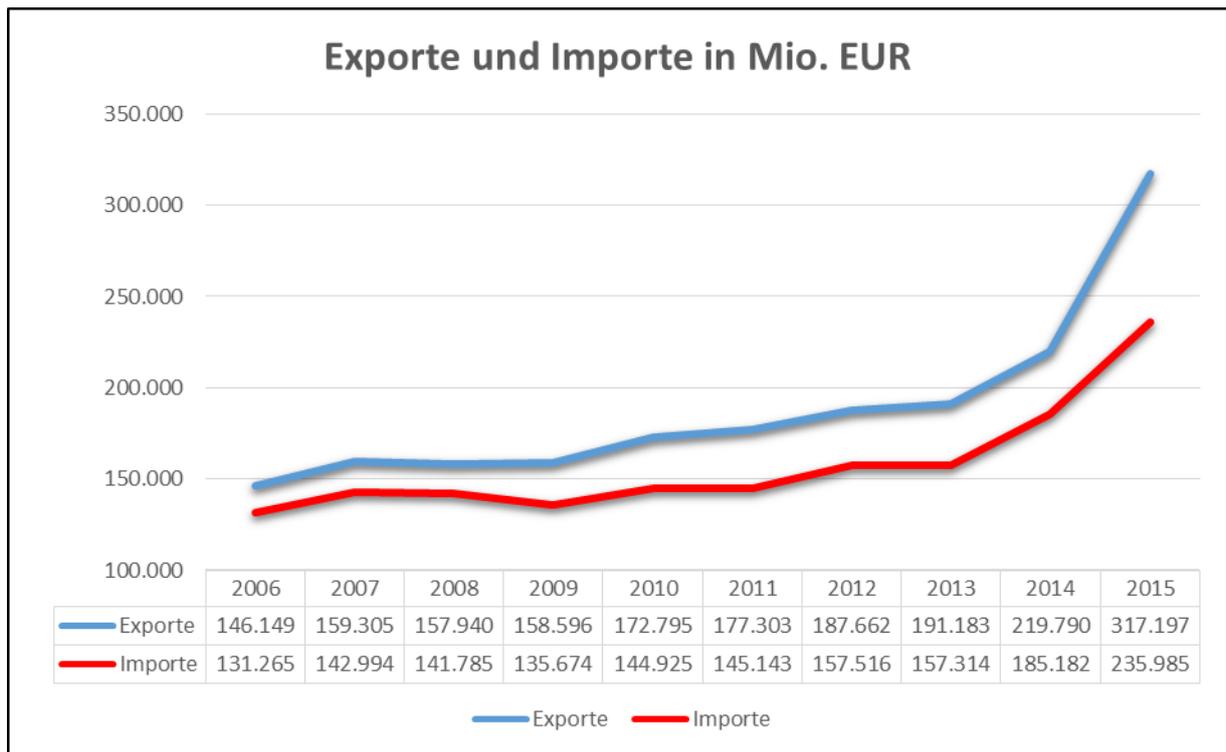


Abbildung 6: Exporte und Importe in Mio. Euro (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Exporte lagen in den Jahren 2006 bis 2015 immer über dem Niveau der Importe, der Abstand hat sich jedoch seit dem Jahr 2010 vergrößert. Von 2014 auf 2015 haben sowohl die Importe als auch die Exporte nominal stark zugenommen. Die Exporte sind seit dem Jahr 2010 kontinuierlich gestiegen und haben 2015 ein Rekordhoch von über 317 Milliarden Euro erreicht. Die realen Steigerungsraten der Exporte im Vergleich zum Vorjahr betragen in den Jahren 2014 12,1 % und 2015 sogar 13,8 %. Auch bei den Importen lässt sich ein ähnlicher Trend erkennen. Die realen Steigerungsraten lagen bei 14,7 % im Jahr 2014 beziehungsweise 16,4 % im Jahr 2015 (Europäische Kommission 2016c, 79). Ob die Steigerungen in den beiden Bereichen auf die Ein- beziehungsweise Ausfuhr von Gütern oder Dienstleistungen zurückzuführen sind, lässt sich aus dieser Abbildung nicht sagen. Die nächste Grafik zeigt daher diese Entwicklung auf:

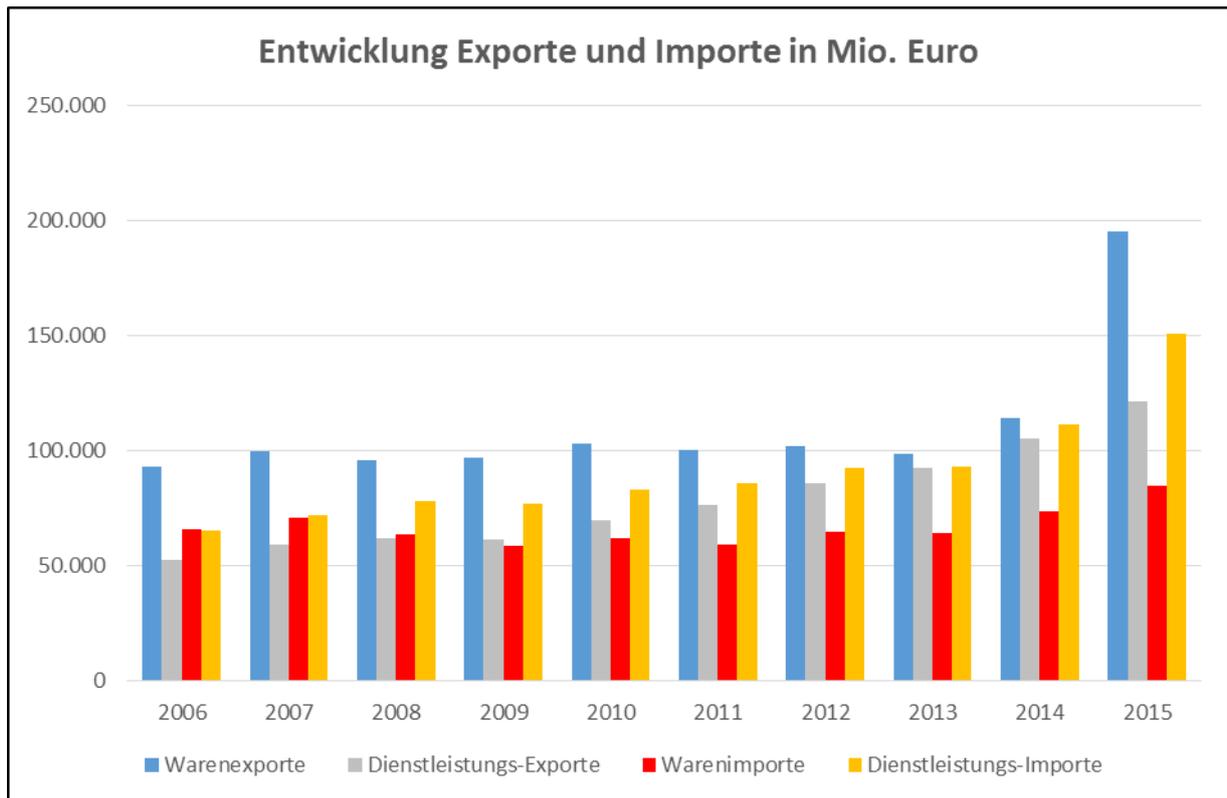


Abbildung 7: Exporte und Importe getrennt in Güter und Dienstleistungen in Mio. Euro (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Bei den Exporten wird ersichtlich, dass die Warenexporte immer über den Dienstleistungsexporten lagen, der Abstand zwischen den beiden variiert im Zeitverlauf jedoch erheblich. Während in den Jahren 2006 bis 2010 weit mehr Güter als Dienstleistungen exportiert wurden, haben die Dienstleistungen in den folgenden Jahren bis 2014 stark aufgeholt. Im Jahr 2015 haben vor Allem die Warenexporte jedoch stark zugenommen, während die Exporte von Dienstleistungen nur einen geringen Anstieg verzeichnen konnten. Die Steigerung der Warenexporte von 2014 auf 2015 betrug fast 71 %, während die Dienstleistungs-Exporte ein Plus von 15,5 % aufwiesen.

Bei den Importen lagen die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in den Jahren 2006 und 2007 nahezu auf demselben Niveau. In den folgenden Jahren sind jedoch die Einfuhren von Dienstleistungen stärker gestiegen als jene von Gütern. Seit dem Jahr 2009 sind die Importe von Dienstleistungen kontinuierlich gestiegen, der stärkste Anstieg wurde im Jahr 2015 erzielt mit einem Plus von über 35 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Importe von Gütern sind ab dem Jahr 2008 gesunken und konnten erst im Jahr 2014 das Niveau von 2007 wieder übersteigen.

Bei einer näheren Betrachtung der Ein- und Ausfuhren von Waren fällt auf, dass die Exporte das Niveau der Importe in all den Jahren deutlich überstiegen haben. Ab dem Jahr 2012 hat sich der Abstand etwas verringert, im Jahr 2015 jedoch um ein vielfaches erhöht. Bei den Dienstleistungen lagen die Exporte zumeist hinter den Importen zurück. In den Jahren 2012 bis 2014 erreichten sie jedoch ein ähnlich hohes Niveau wie die Importe. Im Jahr 2015 sind sowohl die Importe als auch die Exporte von Dienstleistungen gestiegen, es wurden jedoch deutlich mehr Dienstleistungen importiert als exportiert. Insgesamt zeigt die Entwicklung, dass Irland Waren exportiert und Dienstleistungen importiert, wobei das Niveau der Exporte jenes der Import stets übersteigt. Irland weist also einen Handelsbilanz-Überschuss auf.

Die außerordentlich hohen Warenexporte des Jahres 2015 beinhalten eine Steigerung der Ausfuhren von medizinischen und pharmazeutischen Produkten in Höhe von 36 % im Vergleich zum Vorjahr. Diese Produktkategorie stellt 27 % der gesamten Warenexporte Irlands im Jahr 2015 dar. An zweiter Stelle der am häufigsten exportierten Güter stehen organische Chemikalien mit einem Anteil von knapp über 19 % (Central Statistics Office 2016, online). Mehr als 53 % der Warenexporte des Jahres 2015 gingen an EU-Mitgliedstaaten. In der EU stellen Belgien und Großbritannien die wichtigsten Abnehmer dar. Außerhalb der EU sind die USA mit Abstand die größten Abnehmer irischer Güter, mit einem Anteil von fast 24 % an den gesamten Warenexporten. Im Jahr 2015 sind die Exporte von Lebensmitteln und lebenden Tieren sowie Getränken und Tabak in die USA im Vorjahresvergleich um 51 % gestiegen (Central Statistics Office 2016, online). Beim Import von Dienstleistungen entfiel im Jahr 2014 fast die Hälfte des Volumens auf Lizenzgebühren, gefolgt von handelsrelevanten Dienstleistungen. Bei den exportierten Dienstleistungen entfällt fast die Hälfte auf computerbasierte Dienstleistungen (zum Beispiel die Wartung von Rechenzentren), gefolgt von Finanzdienstleistungen. Für das Jahr 2015 liegen leider noch keine Detail-Daten vor (Central Statistics Office 2015a, online).

Zusammengefasst lässt sich erkennen, dass die außerordentlich hohe Steigerung des irischen Bruttoinlandproduktes im Jahr 2015 zu einem Großteil auf die Steigerung der Warenexporte zurückzuführen ist. Diese Entwicklung birgt jedoch laut Kritikern auch einige Gefahren. Der Aufschwung der irischen Wirtschaft ist nicht durch eine gesteigerte inländische Nachfrage zu erklären, sondern Großteils durch eine Steigerung der Exporte. Irland hat es geschafft durch niedrige Lohnkosten sowie hochgradig deregulierte Arbeits-

und Produktmärkte die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zu erhöhen. Durch den hohen Anteil der Exporte ist der wirtschaftliche Aufschwung jedoch stark abhängig von der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens sowie der USA und der gesamten EU. Bei einem Einbruch der weltweiten Wirtschaft wäre Irland somit wieder sehr stark betroffen. Zudem stellen die größten Exporteure Irlands multinationale Konzerne dar, die von der irischen Regierung durch sehr geringe Unternehmenssteuern angelockt wurden. Die irische „flat tax“ von 12,5 % für Unternehmen stellt EU-weit den niedrigsten Unternehmenssteuersatz dar. Dadurch konnten in den letzten Jahren global tätige Unternehmen wie Google, Facebook oder Amazon nach Irland gebracht werden. Die Überlegung der irischen Regierung, dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, hat sich zwar bewahrheitet. Jedoch haben die international tätigen Konzerne ihr Personal vielfach aus anderen EU-Mitgliedstaaten rekrutiert. Der Effekt für die irischen Arbeitslosen war somit gering (Regan 2016, 2ff).

Nach der erfolgten Analyse des Bruttoinlandproduktes sowie der Exporte und Importe Irlands werden nun im Folgenden die Entwicklungen ausgewählter Indikatoren des Scoreboards der EU aufgezeigt.

5.3 Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Der **Leistungsbilanzsaldo** stellt für die EU einen wichtigen Indikator für außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes dar. Die Leistungsbilanz ist ein Teil der Zahlungsbilanz. Sie setzt sich zusammen aus der Handelsbilanz, der Dienstleistungsbilanz, der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der Bilanz der laufenden Übertragungen. Der Leistungsbilanzsaldo gibt Aufschluss über die Transaktionen eines Landes mit dem Ausland. Der Scoreboard-Indikator von Eurostat gibt den durchschnittlichen Leistungsbilanzsaldo der letzten drei Jahre, berechnet in % des BIP an. Der Schwellenwert für diesen Indikator liegt zwischen -4,0 und +6,0 % (Eurostat 2016a, online). Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des irischen Leistungsbilanzsaldos der Jahre 2006 bis 2015 auf:

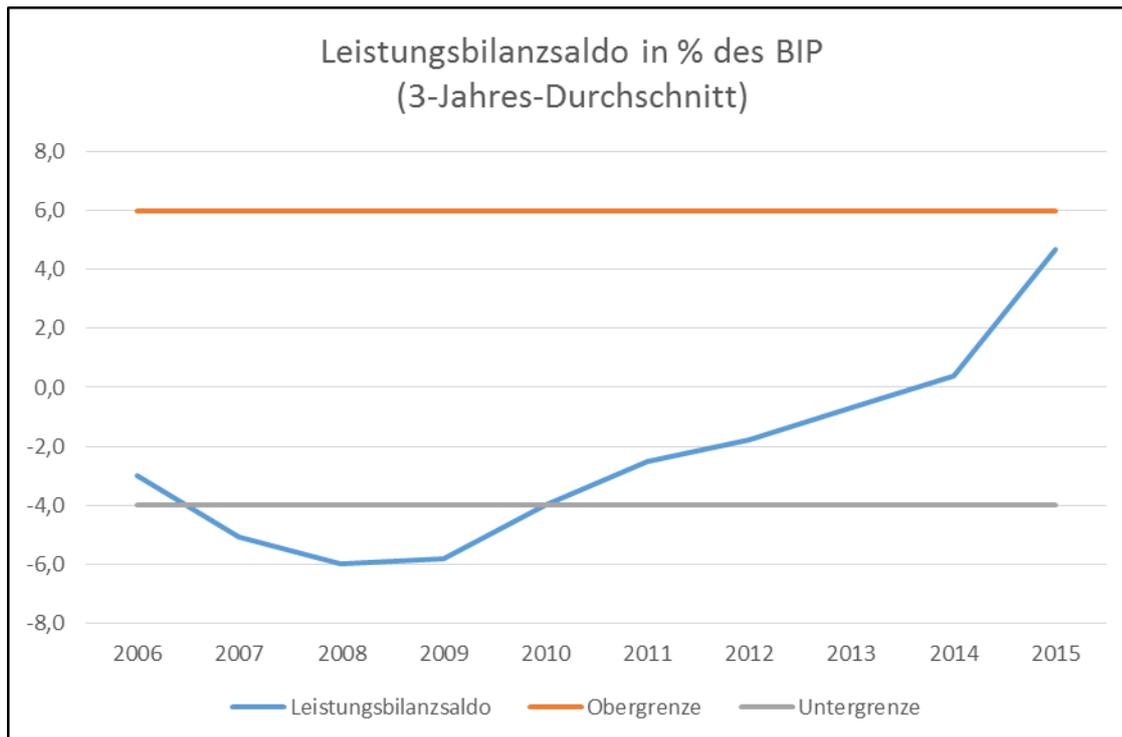


Abbildung 8: Leistungsbilanzsaldo in % des BIP (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016a online

Der Leistungsbilanzsaldo lag im Jahr 2006 noch knapp oberhalb der 2010 eingeführten Untergrenze, in den Jahren 2007 bis 2009 ist er jedoch weiter gesunken. Ab dem Jahr 2010 kam es wieder zu einem Anstieg des Leistungsbilanzsaldos, seitdem liegt der Wert innerhalb der festgelegten Grenzwerte. Im Jahr 2015 ist der Indikator stark angestiegen und erreichte einen Höchstwert von 4,7 % des BIP. Dieser Anstieg zeigt ein ähnliches Bild wie der Anstieg der Exporte. Auch diese Entwicklung ist demnach Großteils mit den gesteigerten Exportraten zu erklären.

Ein weiterer Indikator, der von der EU für die Erkennung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte herangezogen wird, ist der **Nettoauslandsvermögensstatus** in % des BIP. Der Indikator berechnet sich aus den Forderungen abzüglich aller Verbindlichkeiten eines Landes gegenüber dem Ausland. Auch dieser Indikator wird in % des BIP angegeben, der von der EU vorgegebene Schwellenwert liegt bei -35,0 %. Liegt der Nettoauslandsvermögensstatus darunter, liegt gemäß Definition der Kommission ein Ungleichgewicht vor (Eurostat 2016a, online). Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Indikators auf:

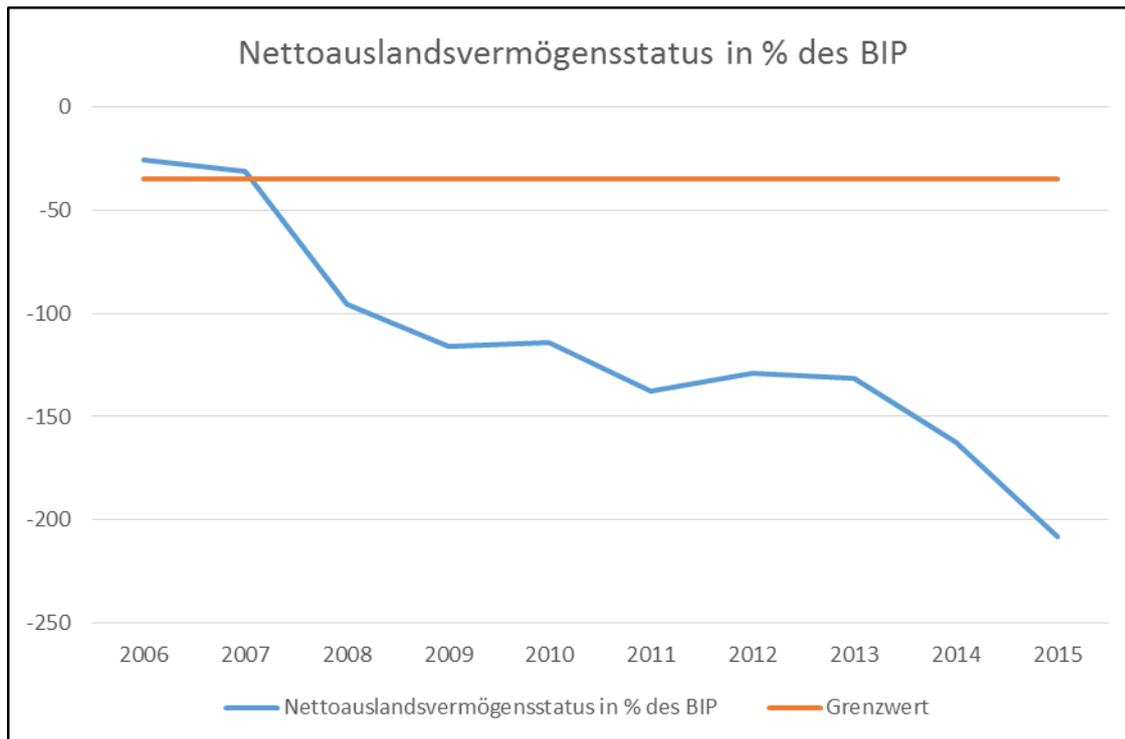


Abbildung 9: Nettoauslandsvermögensstatus in % des BIP (2006-2015)
 Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016a online

Der Nettoauslandsvermögensstatus von Irland liegt seit dem Jahr 2008 deutlich unterhalb des Grenzwertes und hat sich in den letzten Jahren weiterhin verschlechtert. Sehr hohen Verbindlichkeiten an das Ausland stehen nur geringe Forderungen gegenüber, dadurch entsteht ein gefährliches Ungleichgewicht. Gründe für diese negative Entwicklung könnten die irische Bankenkrise sein (beziehungsweise die dadurch notwendigen Rettungspakete seitens der EU und des IWF) sowie hohe ausländische Direktinvestitionen nach Irland.

Ein dritter Indikator für außenwirtschaftliche Ungleichgewichte als auch für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist die Entwicklung der **nominalen Lohnstückkosten**. Das Lohnniveau eines Landes stellt eine große Bedeutung für die Attraktivität des Standortes sowie für die Preise von erzeugten Gütern und Dienstleistungen dar. Die Lohnstückkosten spiegeln das Verhältnis der Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität wieder. Bei diesem Indikator wird im Scoreboard die 3-Jahres-Veränderung in % wiedergegeben, der Schwellenwert liegt bei +9,0 % (Eurostat 2016a, online). Eine Veränderung von unter 9,0 % wird von der EU-Kommission als positiv angesehen, da dies theoretisch positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes haben kann. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung dieses Indikators in den Jahren 2006 bis 2015 an:

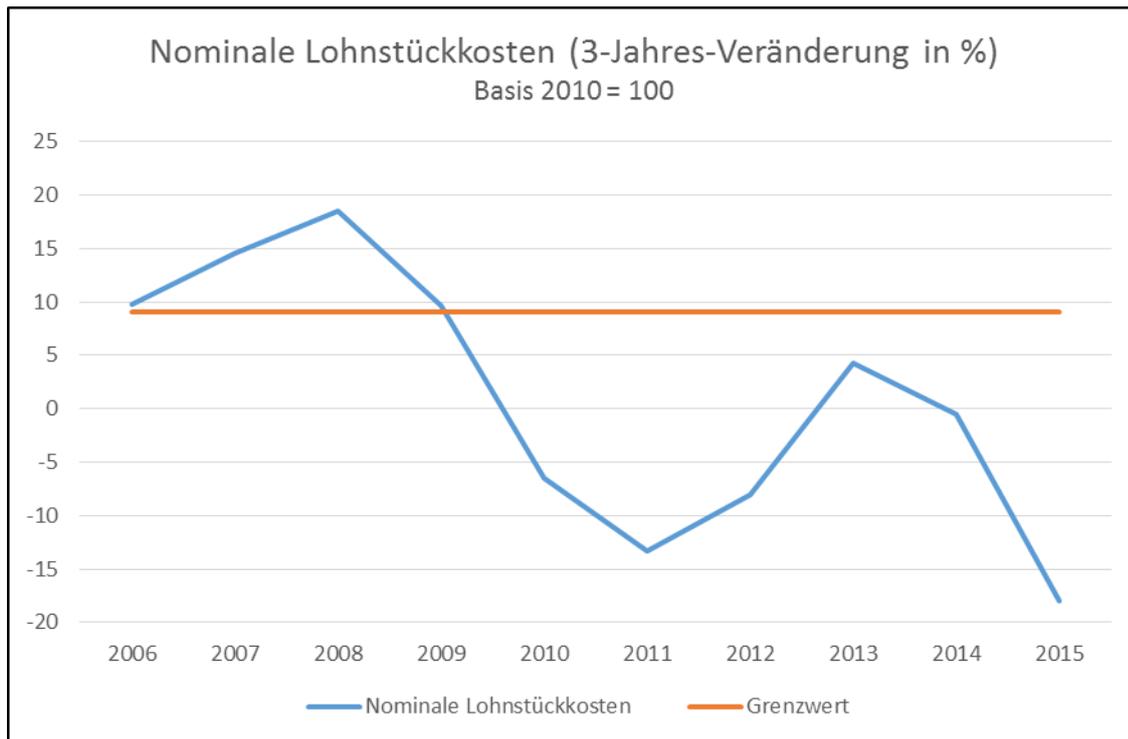


Abbildung 10: Nominale Lohnstückkosten 3-Jahres-Veränderung in % (2006-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016a online

Die Entwicklung zeigt deutlich, dass die Lohnstückkosten in Irland vor der Krise gestiegen sind. Seit dem Jahr 2010 liegt die Linie unterhalb des vorgegebenen Schwellenwertes und stellt somit für die EU eine positive Entwicklung dar. Im Jahr 2013 kam es zu einer positiven Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten, in den Folgejahren sind sie jedoch wieder stark gesunken. Vor Allem das Jahr 2015 weist im Vergleich zu 2014 einen deutlichen Rückgang auf.

Bei den Indikatoren zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten konnte Irland im Jahr 2015 nicht alle Schwellenwerte einhalten. Im Folgenden werden nun ausgewählte Indikatoren der binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte analysiert.

5.4 Binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Bei den binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichten des Scoreboards liegt das Hauptaugenmerk auf der Verschuldung. Sowohl der Schuldenstand des privaten Sektors, als auch jener der öffentlichen Hand beziehungsweise die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Finanzsektors werden von der EU-Kommission jährlich beobachtet.

Der **Schuldenstand des privaten Sektors** umfasst alle Verbindlichkeiten der privaten Haushalte, nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und aller Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Verbindlichkeiten umfassen dabei sowohl Kredite als auch Schuldverschreibungen. Der Indikator wird in % des BIP berechnet, der Schwellenwert liegt bei 133,0 % (Eurostat 2016a, online). Liegt der Indikator über diesem Grenzwert, so konstatiert die EU-Kommission ein Ungleichgewicht. Die nachstehende Grafik zeigt die Entwicklung des Schuldenstandes des Privatsektors auf:

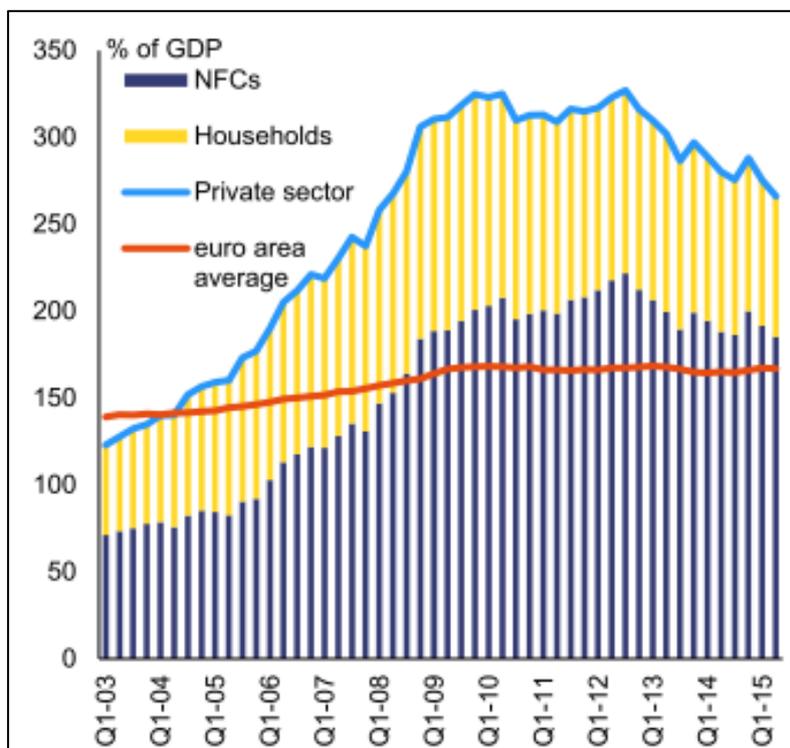


Abbildung 11: Schuldenstand des Privatsektors in % des BIP (Q1 2003 - Q1 2015)
Quelle: Europäische Kommission 2016a, 14

Die Entwicklung zeigt deutlich, dass der Schuldenstand des Privatsektors in Irland in all den betrachteten Jahren oberhalb des Schwellenwertes von 133 % lag und somit ein Ungleichgewicht besteht. Die dunkelblauen Balken stellen die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften dar, die gelben Balken die Haushalte. Die blaue Linie stellt die Entwicklung des gesamten Schuldenstandes des Privatsektors dar. In den Jahren vor der Wirtschaftskrise hat sich der Schuldenstand der Privaten in Irland vor Allem aufgrund des Häuserbooms stark erhöht. Im Jahr 2010 kam es zwar zu einer kurzzeitigen Verringerung des privaten Schuldenstandes, dieser hat sich jedoch im Jahr 2011 wieder erhöht und liegt seitdem auf einem sehr hohen Niveau. In den Jahren 2012 bis 2015 kam es zwar zu einer

Verringerung des Schuldenstandes des privaten Sektors, jedoch nur in geringem Ausmaß. Der Wert für das 1. Quartal 2015 liegt immer noch weit über dem EU-Durchschnitt.

Auch der **Schuldenstand des öffentlichen Sektors** ist im Scoreboard enthalten, der Schwellenwert der öffentlichen Verbindlichkeiten liegt bei 60 % des Bruttoinlandproduktes. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Schuldenstandes im öffentlichen Sektor auf:

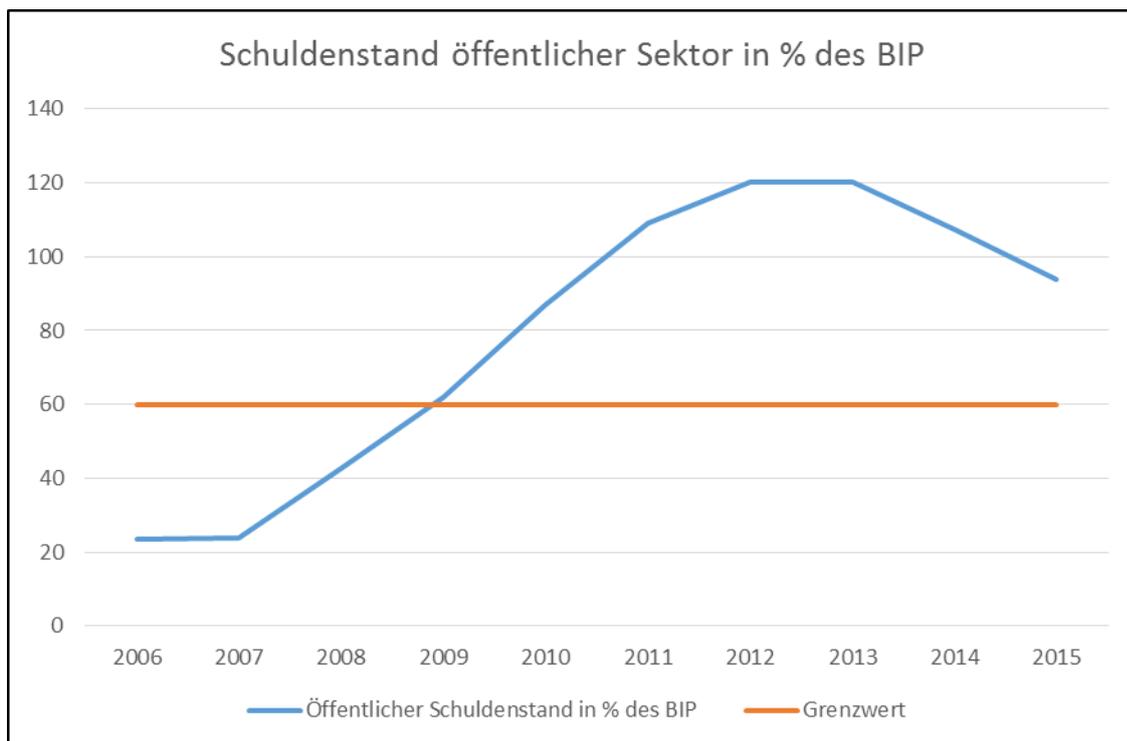


Abbildung 12: Schuldenstand des öffentlichen Sektors in % des BIP (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016a online

Der Schuldenstand des öffentlichen Sektors in % des BIP lag in den Jahren vor der Krise deutlich unter dem Niveau von 60,0 %. In den Jahren 2009 bis 2012 kam es jedoch bedingt durch die Bankenrettung und die Wirtschaftskrise zu einem deutlichen Anstieg des Schuldenstandes. Erst seit dem Jahr 2013 konnte Irland die hohen Schulden sukzessive wieder abbauen. Das Niveau 2015 liegt jedoch weiterhin mit 93,8 % deutlich über dem Grenzwert von 60,0 %. Sowohl der Schuldenstand des öffentlichen Sektors, als auch jener des privaten Sektors stellen somit aus EU-Sicht Probleme für Irland dar.

Bedingt durch die Finanzkrise wird auch ein Indikator des Finanzsektors im Scoreboard überwacht. Dabei wird die Entwicklung der **Gesamtverbindlichkeiten des Finanzsektors** und deren jährliches Wachstum beobachtet. Der Schwellenwert liegt hierbei bei einer Steigerungsrate von 16,5 %. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung dieses Indikators auf:

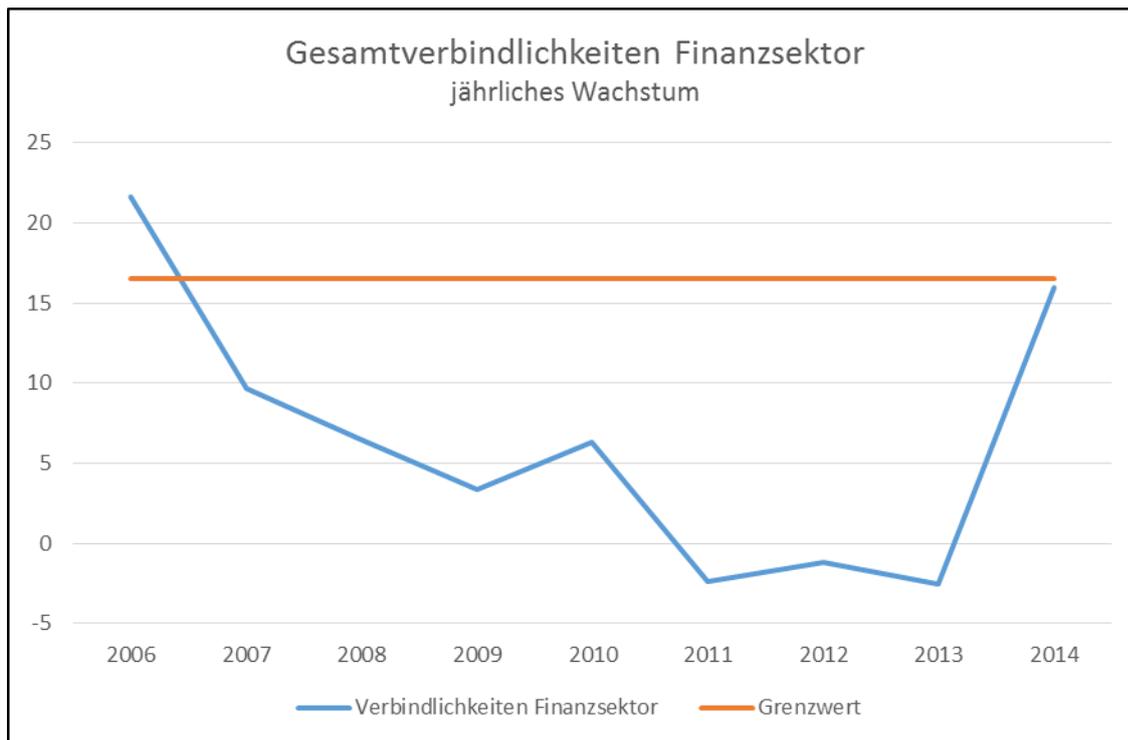


Abbildung 13: Verbindlichkeiten des Finanzsektors (2006-2014)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016a online

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Finanzsektors zeigen, dass die jährliche Entwicklung seit dem Jahr 2007 unterhalb des Schwellenwertes liegt. Zu einem Rückgang der Verbindlichkeiten kam es aber nur in den Jahren 2011 bis 2013, in denen Irland im Rettungsschirm der Euro-Zone war und nicht selbständig am Finanzmarkt agieren konnte. Zwischen 2013 und 2014 kam es zu einer Steigerungsrate von 16,0 % im Vergleich zum Vorjahr, was fast dem Grenzwert entspricht. Für das Jahr 2015 liegen leider noch keine Daten vor.

Zusammengefasst zeigen die binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte mehrere Probleme der irischen Wirtschaft auf. Die größten Abweichungen zu den von der EU-Kommis-

sion vorgegebenen Grenzwerten liegen dabei im Bereich der Schulden des privaten Sektors vor. Auch die weitere Entwicklung der Verbindlichkeiten des Finanzsektors wird von der EU kritisch überwacht.

5.5 Haushaltsdefizit / -überschuss

Das Haushaltsdefizit beziehungsweise der Haushaltsüberschuss eines Landes ist zwar nicht bei den Indikatoren des Scoreboards enthalten, stellt aber dennoch eine wichtige Größe dar, für die es von der EU vorgegebene Grenzwerte gibt. Dieser Indikator ist Teil der sogenannten Konvergenzkriterien, welche aus insgesamt vier wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen bestehen. Diese Kriterien müssen von jenen EU-Ländern erfüllt werden, die den Euro einführen möchten. Die vier Bedingungen betreffen die Preisstabilität, die Finanzlage der öffentlichen Hand, Wechselkursstabilität sowie die Konvergenz der Zinssätze. Betreffend der Finanzlage der öffentlichen Hand ist festgelegt, dass das Defizit eines Staates 3,0 % des BIP und die Staatsverschuldung 60,0 % des BIP nicht übersteigen dürfen. Dadurch sollen stabile öffentliche Finanzen sichergestellt werden (EUR-Lex 2015, online). Die folgende Grafik zeigt, wie sich das Haushaltsdefizit Irlands in den letzten Jahren entwickelt hat:

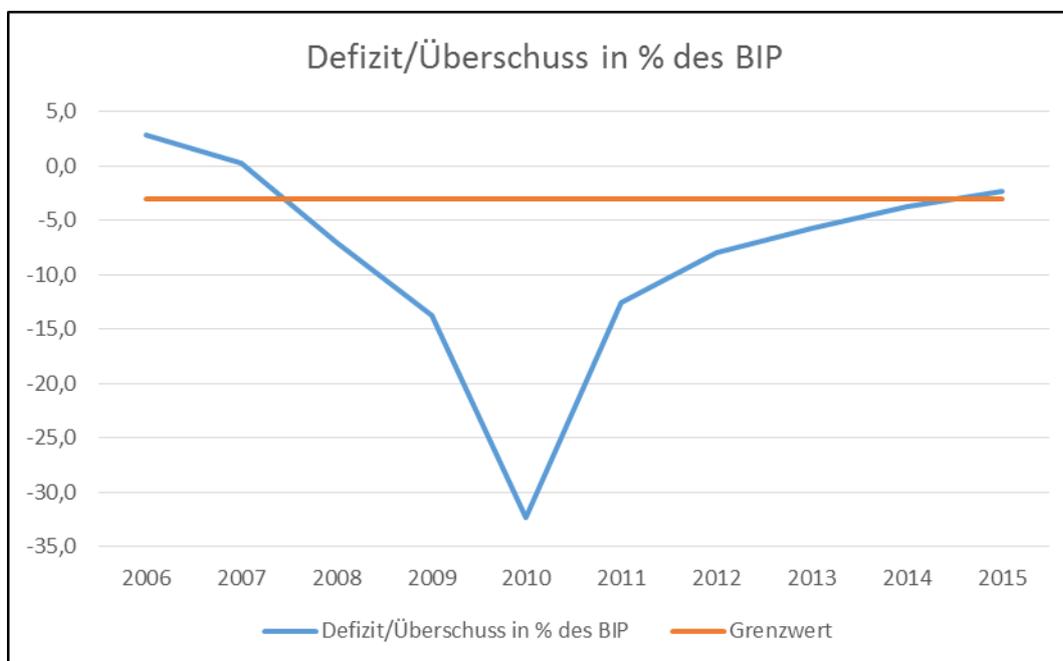


Abbildung 14: Haushaltsdefizit/-überschuss in % des BIP (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Entwicklung zeigt deutlich, dass Irland in den Jahren vor der Krise Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet hat. In den Jahren 2008 bis 2010 ist das Haushaltsdefizit stark

gestiegen und hat im Jahr 2010 einen Tiefpunkt von -32,3 % des Bruttoinlandproduktes erreicht. In den Folgejahren konnte das Defizit zwar wieder reduziert werden, auch im Jahr 2015 verzeichnete das irische Budget jedoch immer noch ein Defizit in Höhe von -2,3 % des BIP. Dieser Wert liegt aber erstmals seit dem Jahr 2007 wieder über dem von der EU vorgegebenen Grenzwert von 3,0 % des BIP. Die Entwicklung des öffentlichen Haushalts zeigt, dass Irland von der Wirtschaftskrise hart getroffen wurde. Es ist jedoch nicht ersichtlich, ob die Staatseinnahmen gesunken sind oder die Staatsausgaben gestiegen sind. Die nachfolgende Grafik gibt nähere Aufschlüsse dazu:

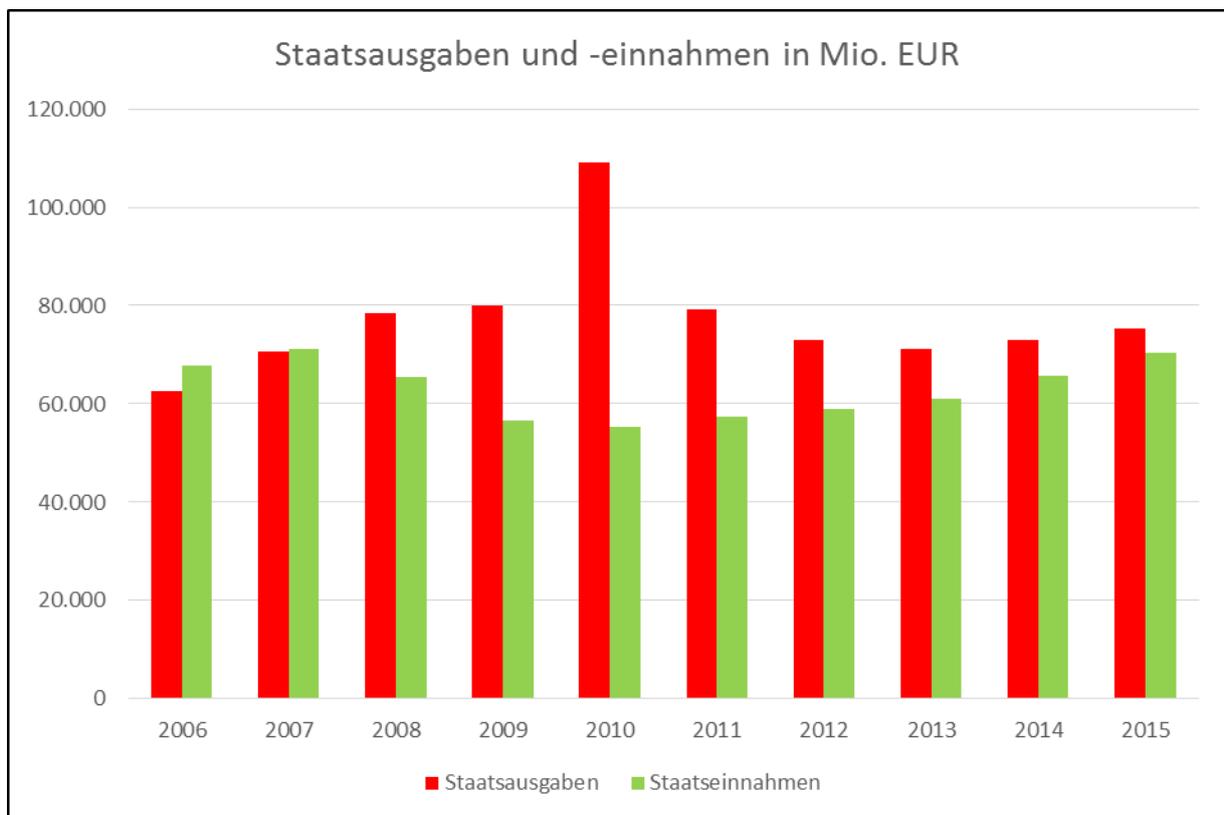


Abbildung 15: Staatsausgaben und –einnahmen in Mio. Euro (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Staatsausgaben haben im Jahr 2010 einen Höhepunkt von über 109 Milliarden Euro erreicht. Die Staatseinnahmen haben sich in diesem Jahr jedoch kaum verändert, sondern blieben konstant niedrig, da in wirtschaftlichen Krisenzeiten weniger Steuereinnahmen lukriert werden. Daraus ist ein Rekorddefizit von über 53,6 Milliarden Euro entstanden. Die Staatsausgaben haben sich in den Folgejahren zwar wieder deutlich verringert, liegen jedoch immer noch auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise. Die Staatseinnahmen waren in den Jahren 2008 bis 2010 rückläufig und konnten erst ab dem

Jahr 2011 wieder Steigerungsraten verzeichnen. Im Jahr 2015 lagen die Staatseinnahmen wieder fast auf jenem Niveau von 2007.

5.6 Zusammenfassung makroökonomische Indikatoren

Die Entwicklung der ausgewählten makroökonomischen Indikatoren des Scoreboards zeigen, dass Irland von der Wirtschaftskrise hart getroffen wurde. Vor Allem in den Jahren 2008 bis 2010 wiesen zahlreiche Indikatoren Ungleichgewichte auf. Seit dem Jahr 2011 hat Irland es jedoch geschafft, einige der Grenzwerte der EU wieder einzuhalten. Vor Allem die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes hat die Prognosen sogar übertroffen. Nach näherer Analyse hat sich jedoch gezeigt, dass der Wirtschaftsaufschwung zu einem großen Teil auf gestiegene Exporte zurückzuführen ist. Dadurch ist Irlands Wirtschaftsleistung stark abhängig von der wirtschaftlichen Lage der EU sowie der USA. Die nominalen Lohnstückkosten sind in den letzten Jahren gesunken, was von der EU-Kommission als positiv für die Wettbewerbsfähigkeit und somit die irische Wirtschaft angesehen wird. Bei den binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichten liegen jedoch die Schuldenstände in % des BIP sowohl des privaten als auch des öffentlichen Sektors deutlich über den vorgegebenen Grenzwerten. Irland fällt deshalb auch im Jahr 2016 für die EU-Kommission unter die Gruppe der Länder mit Ungleichgewichten, die einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Die Zusammensetzung des Scoreboards der EU wird jedoch in der Literatur auch kritisch gesehen. Für Kritiker steht die Wettbewerbsfähigkeit zu stark im Fokus der Indikatoren, während andere Aspekte wie Verteilungsprobleme zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen verschiedenen EU-Ländern ausgeblendet werden. Zusätzlich besteht das Problem, dass die Indikatoren vergangenheitsbezogen sind und wenig Aufschluss über die zukünftige Entwicklung geben können. Bevor das Scoreboard um die neuen Beschäftigungsindikatoren erweitert wurde, wurde zudem kritisiert, dass die Arbeitslosenquote die einzige Größe war, die das Beschäftigungssystem adressierte. Vor Allem die marktliberalen Überlegungen der EU hinsichtlich der Lohnzurückhaltung und dadurch verbesserte Wettbewerbsfähigkeit wird kritisch gesehen. Wenn demnach alle Euro-Länder auf sinkende Löhne setzen würden, würde sich der Vorteil neutralisieren, und im Gegenteil die Nachfrage einbrechen. Die Wirtschaftspolitik, die von der EU verfolgt wird, würde zudem die Interessen der Unternehmensseite bevorzugen und Aspekte wie Ungleichheit

oder Ressourcenverbrauch in den Hintergrund drängen. Auch die wirtschaftlichen Aufschwünge einiger Länder (wie zum Beispiel Irland), die Großteils auf gesteigerten Exporten basieren, werden kritisiert. Demnach stehen Überschüsse eines Landes immer Defiziten anderer Länder gegenüber und stellen somit für die gesamte EU nicht unbedingt eine Verbesserung dar, sondern ein Ungleichgewicht (Schweighofer 2012, 60ff).

Die makroökonomischen Indikatoren weisen Großteils auf eine Verbesserung der Situation in Irland in den letzten Jahren hin. Ob sich diese Verbesserung jedoch auch auf die Bevölkerung auswirkt, wird im nächsten Kapitel analysiert.

6 Entwicklung sozio-ökonomischer Indikatoren

In diesem Kapitel werden ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren analysiert, die einen Rückschluss auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die irische Bevölkerung ermöglichen. Dafür wird sowohl der „At Risk Of Poverty or social Exclusion“-Indikator der EU herangezogen, als auch die Arbeitslosenquote und der Gini-Koeffizient als Messgröße für Ungleichheit. Sowohl die AROPE als auch die Arbeitslosenquote werden getrennt nach Geschlecht und nach Altersgruppen genauer analysiert um herauszufinden, ob bestimmte demografische Gruppen besonders stark von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote werden zudem die Migrationsströme nach und aus Irland aufgezeigt, um mögliche Zusammenhänge zu veranschaulichen.

6.1 At risk of poverty or social exclusion

Wie bereits in Kapitel 2.1 definiert fasst dieser Indikator den Armutsbegriff weiter und beinhaltet somit nicht nur das Einkommen unter 60 % des Medianeinkommens, sondern auch die materielle Deprivation sowie die Arbeitsintensität der im Haushalt lebenden Erwerbsfähigen. Wenn einer dieser drei Punkte gegeben ist, wird die betroffene Person als armutsgefährdet oder durch soziale Ausgrenzung gefährdet angesehen. Die folgende Grafik gibt einen Überblick darüber, wie sich der AROPE-Indikator und dessen einzelne Komponenten in Irland insgesamt in den Jahren 2006 bis 2015 entwickelt haben:

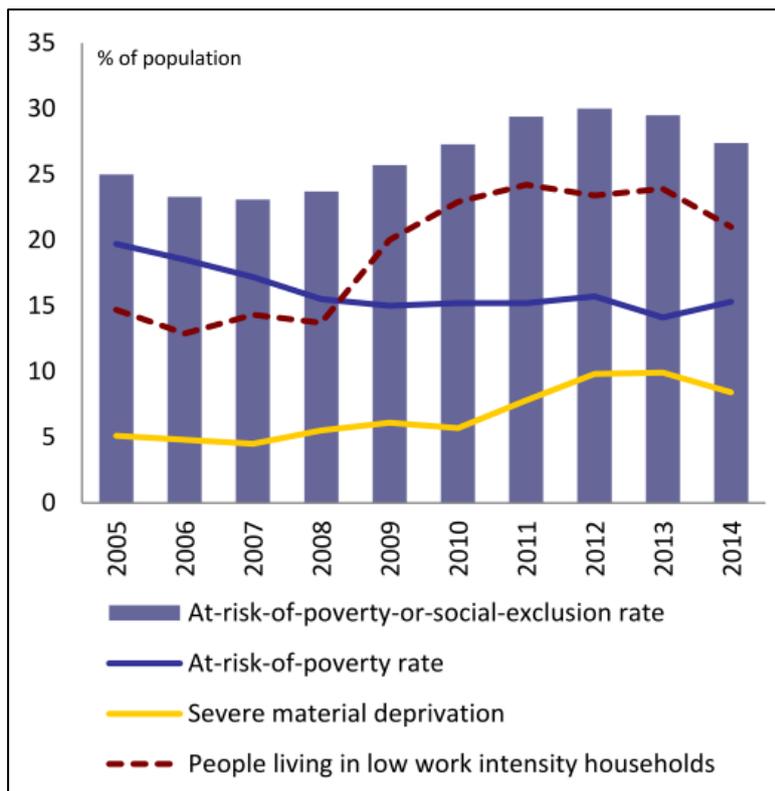


Abbildung 16: At Risk Of Poverty or social Exclusion (2005-2014)
 Quelle: Europäische Kommission 2016a, 58

Die Abbildung gibt sowohl die Entwicklung des AROPE-Indikators gesamt an, als auch die genaue Aufgliederung der einzelnen Komponenten. Die „At-risk-of-poverty rate“ zeigt an, wieviel Prozent der Bevölkerung mit weniger als 60 % des Medianeinkommens auskommen müssen. Die materielle Deprivation zeigt an, wie viele % der Bevölkerung sich bestimmte Ausgaben nicht leisten können, und die Linie „people living in low work intensity households“ betrifft jene Personen, die in Haushalten mit geringer Arbeitsintensität leben.

Die Entwicklung der AROPE-Rate (Balken) zeigt deutlich auf, dass der %-Anteil der gesamten Bevölkerung, der gefährdet ist, mit Eintritt der Finanz- und Wirtschaftskrise gestiegen ist. 2006 und 2007 lag der Wert bei ca. 23 % der Bevölkerung. Im Jahr 2012 wurde der bisherige Höchstwert von 30 % erreicht. Das bedeutet, dass fast ein Drittel der irischen Bevölkerung im Jahr 2012 durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedroht war. In den Jahren 2013 und 2014 ist der Anteil zwar wieder gesunken, er liegt jedoch immer noch über dem Niveau vor der Krise. Für das Jahr 2015 liegen leider noch keine Daten vor.

Bei der Betrachtung der drei einzelnen Komponenten sind die größten Steigerungsraten bei dem Anteil der Personen, die in Haushalten mit geringer Arbeitsintensität leben, zu verzeichnen. Ab 2009 kam es zu einem sprunghaften Anstieg des Indikators, der auch nach einem leichten Rückgang im Jahr 2014 weiterhin auf einem sehr hohen Niveau von über 20 % liegt. Bei der genaueren Betrachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Kapitel 6.2 wird auf diesen Aspekt noch näher eingegangen.

Auch der %-Anteil der materiellen Deprivation ist in den Jahren der Krise gestiegen. Von 2008 bis 2010 war der Anstieg noch relativ gering, in den Jahren 2012 und 2013 waren jedoch über 10 % der irischen Bevölkerung nicht in der Lage eine Reihe wichtiger Grundbedürfnisse zu befriedigen. Als wichtigster Einflussfaktor auf die materielle Deprivation wird in der Literatur die Arbeitslosigkeit in einem Land gesehen. Vor Allem die Langzeitarbeitslosigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle (Duiella/Turrini 2014, 10). Auf diese Aspekte wird in Kapitel 6.2 noch näher eingegangen.

Die at-risk-of-poverty rate (dunkelblaue Linie) alleine ist in den Jahren der Krise interessanterweise sogar gesunken. Der Wert lag im Jahr 2005 noch bei ca. 20 % und konnte bis 2014 auf 15 % reduziert werden. Diese Entwicklung hängt vermutlich mit den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst (siehe Kapitel 4.3) sowie dem allgemeinen Rückgang der Löhne in Irland (siehe Kapitel 5.3) zusammen. Wenn das Einkommen im Land insgesamt sinkt, sinkt auch der Schwellenwert von 60 % des Medianeinkommens auf ein geringeres Niveau. Somit werden möglicherweise weniger EinkommensbezieherInnen als relativ arm klassifiziert.

Die oben dargestellte Entwicklung zeigt also, dass die AROPE-Rate insgesamt während der Krise gestiegen ist, in den letzten Jahren jedoch wieder leicht gesunken. Das Niveau lag im Jahr 2014 dennoch bei über 25 % der Bevölkerung. Bei der Ermittlung des Indikators werden Sozialleistungen berücksichtigt. Ohne die Berücksichtigung der Sozialtransfers wären die AROPE-Raten in den Jahren 2010 bis 2014 bei über 50 % gelegen (Europäische Kommission 2016a, 9; Fitzgerald 2014, 12). Daraus wird ersichtlich, dass Sozialleistungen in Irland eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von Armut darstellen.

Da aus der oben dargestellten Entwicklung nicht zu erkennen ist, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, zeigt die nachfolgende Darstellung die Entwicklung für Männer und Frauen getrennt auf:

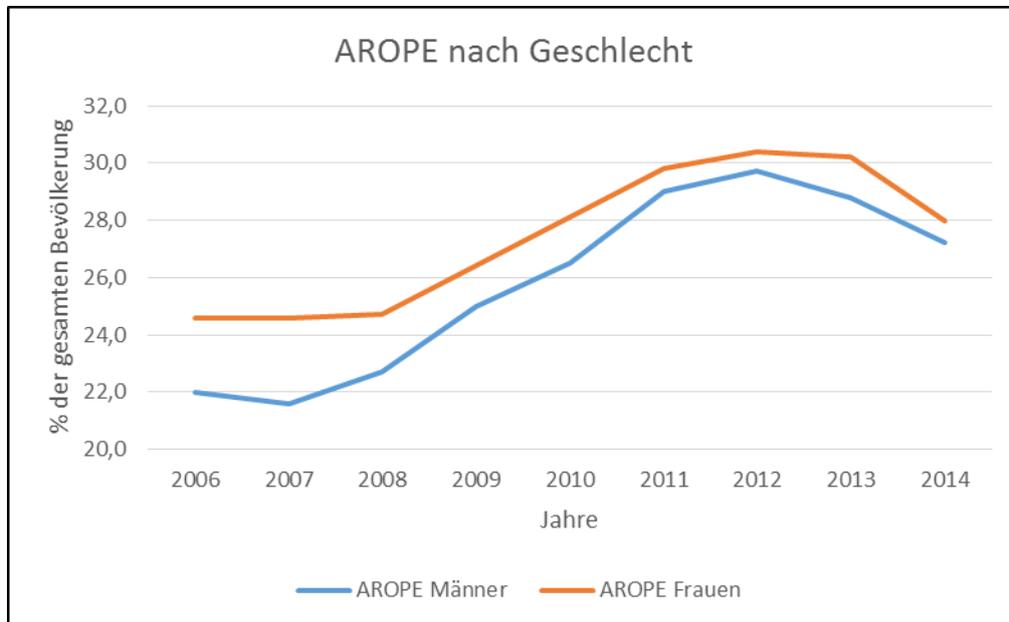


Abbildung 17: At Risk Of Poverty or social Exclusion nach Geschlecht (2006-2014)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Entwicklung zeigt auf, dass grundsätzlich Frauen in Irland stärker von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind als Männer. Jedoch hat sich der Abstand zwischen den beiden Linien mit Verlauf der Krise verringert. Während der Unterschied im Jahr 2006 noch bei 2,6 % lag, hat er sich im Jahr 2014 auf 0,8 % verringert. Der Anstieg der AROPE-Rate von Männern ist demnach stärker ausgefallen als jener für Frauen, beide Linien sind jedoch im Verlauf der Krise gestiegen. Eine sehr interessante Entwicklung zeigt auch die Analyse der at-risk-of-poverty-or-social-exclusion-Rate nach Altersgruppen auf:

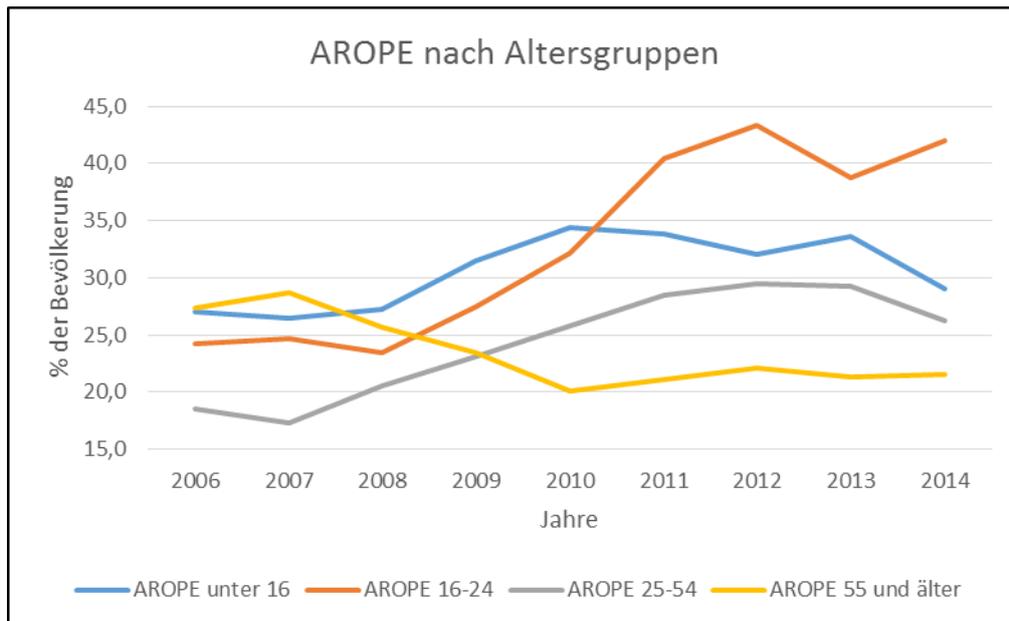


Abbildung 18: At risk of poverty or social exclusion nach Altersgruppen (2006-2014)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Analyse der Altersgruppen zeigt, dass die Bevölkerungsgruppe der 16- bis 24-Jährigen am Stärksten von gesteigener Armutsbedrohung betroffen ist. Die rote Linie in der Darstellung ist demnach von unter 25 % im Jahr 2006 auf über 43 % im Jahr 2012 gestiegen. Im Jahr 2013 kam es zu einem Rückgang, 2014 ist der Wert jedoch schon wieder gestiegen auf 42 %. Das bedeutet, dass über 40 % der irischen Bevölkerung zwischen 16 und 24 in den letzten Jahren von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren. Dieser extrem hohe Wert stellt eine große Herausforderung für die Zukunft Irlands dar. Interessant ist auch, dass im Jahr 2014 die Werte aller Altersgruppen gesunken oder gleich geblieben sind, nur jener Wert der 16- bis 24-Jährigen ist sogar gestiegen.

Auch in der Altersgruppe der unter 16-Jährigen kam es zu Steigerungen der Bedrohung durch Armut oder soziale Ausgrenzung. Der Spitzenwert von fast 35 % im Jahr 2010 konnte jedoch bis 2014 wieder auf unter 30 % gesenkt werden. Dennoch stellt auch dieser Wert immer noch ein sehr hohes Niveau dar.

Die Gefährdungsrate der 25- bis 54-Jährigen lag vor der Krise auf einem sehr niedrigen Niveau von unter 20 %. Auch hier kam es zu beträchtlichen Steigerungsraten, in den Jahren 2012 und 2013 wurden knapp 30 % erreicht. Im Jahr 2014 ist jedoch auch hier der Wert wieder gesunken.

Die einzige Altersgruppe, deren Bedrohung durch Armut oder soziale Ausgrenzung in den Jahren der Krise sogar unter das Niveau von vor der Krise gesunken ist, stellt die über 55-Jährigen dar. Der Wert lag vor der Krise im Jahr 2007 noch bei fast 29 %, während er im Jahr 2014 bei 21 % liegt. Seit dem Jahr 2010 kam es zwar zu leichten Steigerungsraten, jedoch war das Ausmaß der Steigerung in dieser Gruppe viel geringer als etwa bei den 16- bis 24-Jährigen. Die Gruppe der über-55-Jährigen ist deutlich weniger durch Arbeitslosigkeit betroffen und auch die Strukturanpassungsprogramme der irischen Regierung haben diese Gruppe Großteils verschont. Bezüglich der Bedrohung durch Armut oder soziale Ausgrenzung ist also zu sagen, dass die jüngere Bevölkerung Irlands (bis 24 Jahre) stärker von der Wirtschaftskrise getroffen wurde als die ältere Bevölkerung.

Bei genauerer Betrachtung der Situation für Kinder unter 18 Jahre ist auch die Einbeziehung des Bildungsabschlusses der Eltern sehr interessant. Die nachstehende Abbildung zeigt die at AROPE-Rate für Kinder unter 18, gegliedert nach dem Bildungsabschluss ihrer Eltern auf:

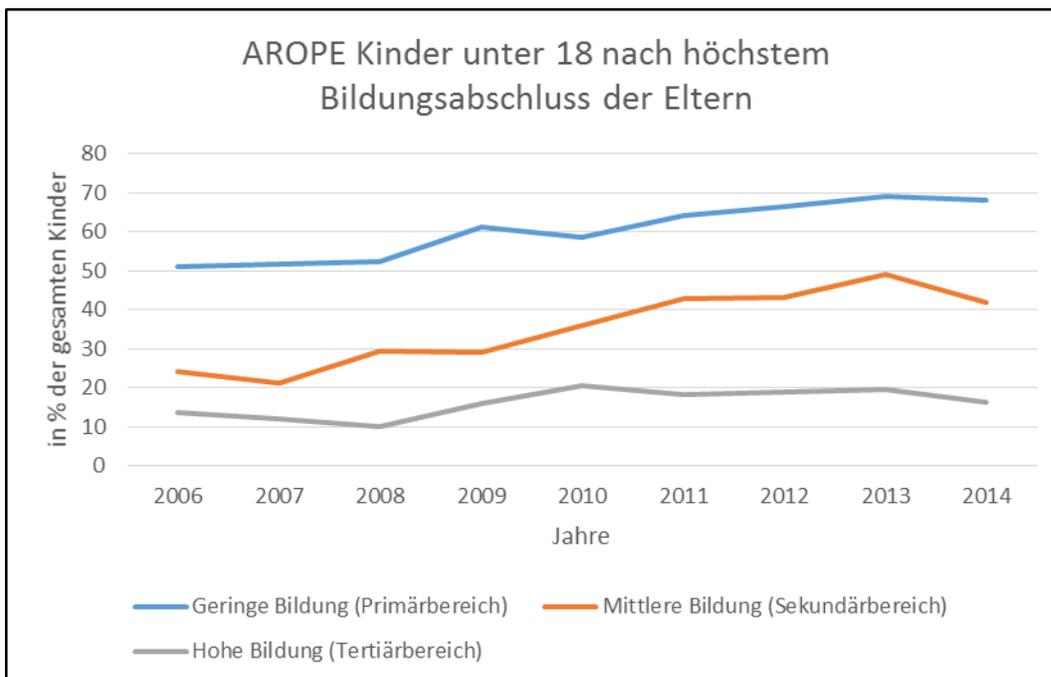


Abbildung 19: AROPE Kinder unter 18 nach Bildungsabschluss Eltern (2006-2014)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Wenig überraschend liegt die Armutsgefährdung jener Kinder am höchsten, deren Eltern einen geringen Bildungsabschluss haben, gefolgt von jenen Kindern, deren Eltern über einen Abschluss im Sekundärbereich verfügen. Am niedrigsten ist die at-risk-of-poverty-

or-social-exclusion-Rate bei Kindern, deren Eltern einen hohen Bildungsabschluss haben. Das Niveau der Armutsgefährdung der Kinder mit Eltern mit geringem Bildungsabschluss ist mit Werten von bis zu 70 % jedoch alarmierend. Der Wert ist im Vergleich zu vor der Krise um etwa 20 Prozentpunkte gestiegen. Eine nähere Betrachtung der Kinder, deren Eltern nur über einen geringen Bildungsabschluss verfügen, gegliedert nach Altersgruppen zeigt folgendes Bild:

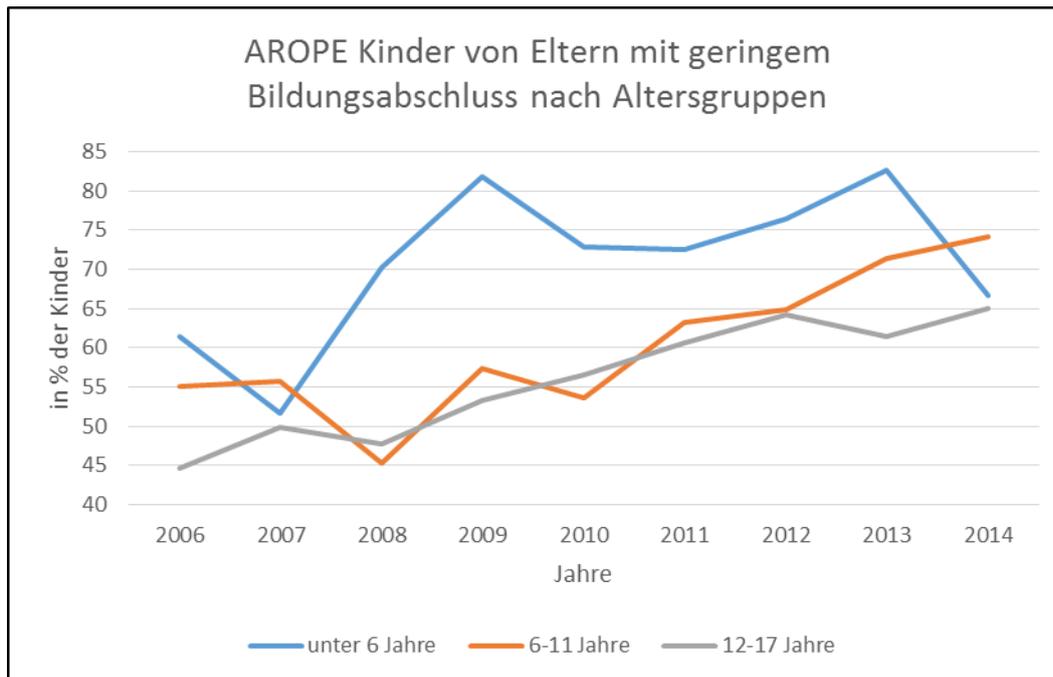


Abbildung 20: AROPE Kinder von Eltern mit geringem Bildungsabschluss (2006-2014)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die größten Veränderungen gab es bei der Altersgruppe der unter 6-Jährigen. Diese haben in den Jahren 2009 sowie 2013 Spitzenwerte von über 80 % erreicht. Im Jahr 2014 ging der Wert wieder zurück auf 67 %, was jedoch immer noch einen sehr kritischen Wert darstellt. Die Entwicklung der Armutsgefährdung der 6- bis 11-jährigen Kinder von Eltern mit geringem Bildungsabschluss ist seit 2008 fast kontinuierlich gestiegen und hat im Jahr 2014 einen Höchstwert von 74 % erreicht. Jüngere Kinder sind demnach stärker bedroht durch Armut oder soziale Ausgrenzung als ältere Kinder ab 12 Jahren.

Studien zufolge sind Kinder, die in Armut aufwachsen, durch vielfache Aspekte negativ in ihrer Entwicklung beeinflusst. Diese Aspekte schließen sowohl schlechte Wohnverhältnisse als auch weniger körperliche Betätigung und damit einhergehend häufig schlechtere Gesundheit ein. Die Eltern der Kinder können zum Teil wichtige Grundbedürfnisse

nicht befriedigen, zudem können sie ihren Kindern weniger Freizeitaktivitäten wie Kino oder Schwimmbad finanzieren. Dadurch werden diese Kinder von der Gesellschaft ausgeschlossen und zum Teil auch in der Schule diskriminiert. Dies hat sehr negative Auswirkungen auf ihre zukünftige Bildung sowie ihre beruflichen Aussichten. Durch diese negativen Zukunftsaussichten steigt die Anzahl derer, die Probleme mit der Polizei bekommen. Einen wichtigen Ausweg aus diesem Teufelskreis stellt für die Kinder, die in Armut aufwachsen, Bildung dar (Horgan 2011, 455ff).

In Irland sind Alleinerziehende besonders stark durch Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdet. Auf diese Gruppe wird in Kapitel 7.3 noch näher eingegangen. Eine weitere Gruppe, die einer besonders großen Armutsgefährdung ausgesetzt ist, stellen in Irland jene Personen dar, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind (Whelan, Maitre 2009, 105). Das nächste Kapitel widmet sich daher einer genaueren Analyse der Entwicklung von Arbeitslosigkeit in Irland.

6.2 Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote stellt den prozentualen Anteil der Arbeitslosen an der gesamten Erwerbsbevölkerung dar. Bei der Berechnung werden die Kriterien der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Demnach umfassen die Erwerbspersonen sowohl die Erwerbstätigen, als auch die Erwerbslosen. Arbeitslos ist nach Definition eine Person zwischen 15 und 74 Jahren, die ohne Arbeit ist, innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen könnte und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht hat (Eurostat 2016b online). Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Irland:

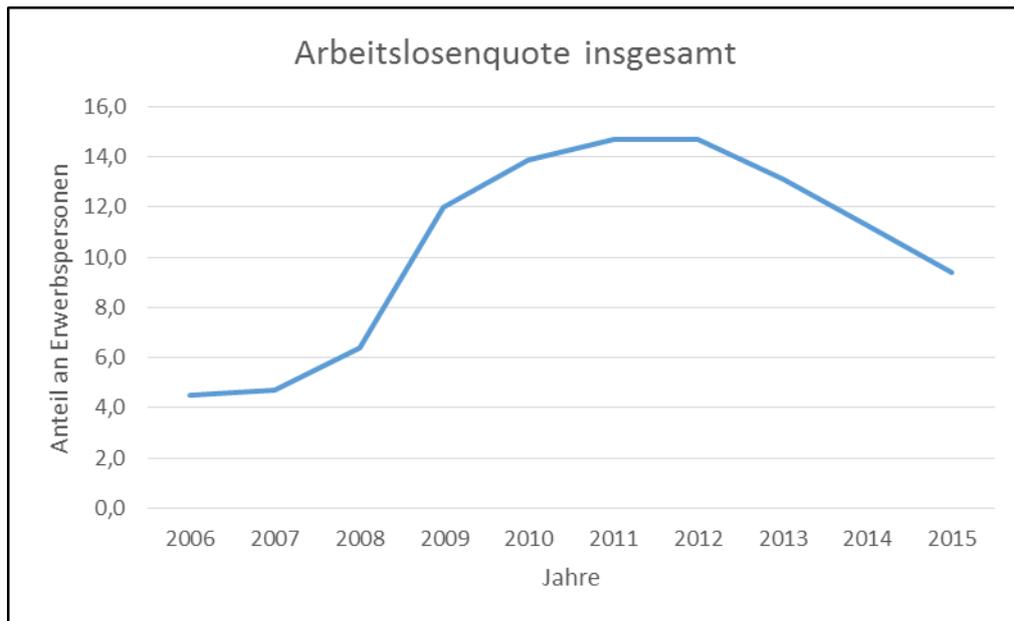


Abbildung 21: Arbeitslosenquote insgesamt (2006-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Arbeitslosenquote lag vor der Krise auf einem sehr niedrigen Niveau von unter 5 %. Ab dem Jahr 2009 ist sie jedoch sprunghaft angestiegen und hat in den Jahren 2011 und 2012 14,7 % erreicht. Ausgehend von diesem Hoch konnte der Anteil der Arbeitslosen zwar bis 2015 wieder bis auf 9,4 % reduziert werden, der Wert liegt jedoch immer noch deutlich über dem Niveau vor der Krise. Zudem ist die Reduktion der Arbeitslosenquote der letzten Jahre zum Teil auch auf Auswanderungs-Ströme zurückzuführen. Diese werden in Kapitel 6.3 noch näher analysiert. Einen weiteren Grund für den Rückgang der Arbeitslosenquote in den letzten Jahren könnte zudem die bereits in Kapitel 4.4 angesprochene Reduktion der Arbeitslosenunterstützung darstellen. Es besteht somit für Arbeitslose ein größerer Anreiz, möglichst schnell wieder eine Beschäftigung aufzunehmen, um die finanziellen Einbußen möglichst gering zu halten. Da aus der gesamten Entwicklung nicht abzulesen ist, welche geschlechtsspezifischen Unterschiede in Irland vorherrschen, zeigt die nachfolgende Grafik die Entwicklung der Arbeitslosenquote, getrennt nach Geschlecht, auf:

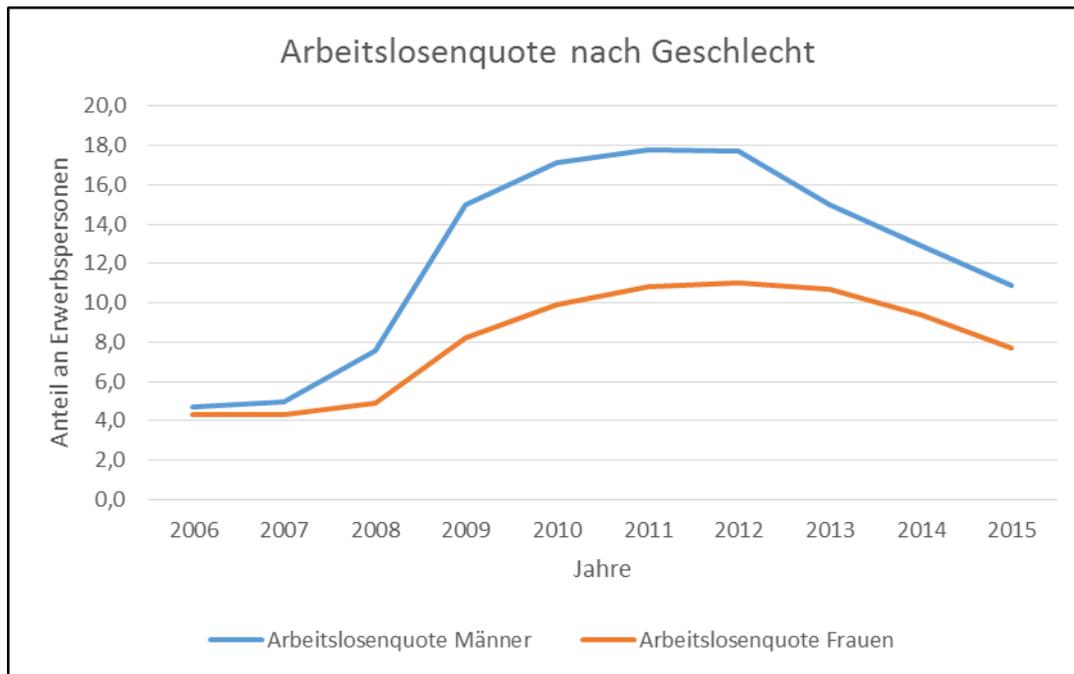


Abbildung 22: Arbeitslosenquote nach Geschlecht (2006-2015)
 Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Arbeitslosenquote der irischen Frauen und Männer lag in den Jahren 2006 und 2007 noch auf einem sehr ähnlichen Niveau. Während der Krise hat sich der Abstand jedoch deutlich erhöht. Die Arbeitslosenquote der Männer war in allen betrachteten Jahren höher als jene der Frauen. Sie ist von 4,7 % im Jahr 2006 auf fast 18 % in den Jahren 2011 und 2012 gestiegen. Ab dem Jahr 2013 ist sie zwar wieder gesunken, der Wert von 2015 mit 10,9 % liegt jedoch immer noch deutlich über den Werten vor der Krise. Auch bei der Arbeitslosenquote der Frauen kam es zu einer Steigerung, wenn auch nicht so stark wie bei den Männern. Der Anteil stieg von 4,3 % vor der Krise auf bis zu 11 % im Jahr 2011. Auch hier konnte in den letzten Jahren eine Verbesserung verzeichnet werden, der Wert des Jahres 2015 von 7,7 % ist jedoch wie bei den Männern über dem Niveau der Jahre 2006 und 2007. Die große Veränderung des Abstandes zwischen den Geschlechtern ist wohl auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen hat der Einbruch der Baubranche nach dem Boom vor Allem männliche Arbeiter betroffen. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und dem Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter (hauptsächlich Männer), die in der Baubranche beschäftigt sind (Whelan 2014, 429). Zum anderen liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen in Irland, in der Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen, im Jahr 2015 bei knapp 63 %. Über ein Drittel der irischen Frauen scheint demnach in der Entwicklung der Arbeitslosenquote gar nicht auf (Eurostat 2016b, online). Der Anteil an unbezahlter Arbeit, der von den irischen Frauen geleistet wird, ist deutlich höher als der Anteil der Männer. Laut einer von der OECD

durchgeführten Studie leisten Frauen in Irland im Durchschnitt täglich 4,9 Stunden unbezahlte Arbeit im Bereich der Hausarbeit und der Kinderbetreuung. Die irischen Männer kommen in dieser Studie nur auf 2,2 Stunden unbezahlte Arbeit pro Tag (OECD 2016, online). Da diese OECD-Studie nur für ein Jahr durchgeführt wurde lässt sich leider nicht sagen, ob es sich dabei um eine krisenbedingte Entwicklung handelt.

Eine Gruppe, die von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen ist, stellen die Jugendlichen (zwischen 15 und 24 Jahren) dar. Die Arbeitslosenquote der Männer in dieser Altersgruppe lag im Jahr 2012 bei einem Höchstwert von 36,0 %. Das bedeutet, dass mehr als ein Drittel der männlichen 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung im Jahr 2012 arbeitslos waren. Der Anteil lag in den Jahren vor der Krise bei unter 10 %. Im Jahr 2015 sind immer noch 24,0 % der männlichen Jugendlichen in Irland arbeitslos. Der Anteil der Frauen ist zwar geringer, betrug in den Jahren der Krise jedoch auch zwischen 18,0 % im Jahr 2015 und 24,0 % im Jahr 2012. Im Vergleich dazu liegen die Arbeitslosenquoten der 25- bis 74-Jährigen auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Auch hier liegt die Quote der Männer über jener der Frauen, der Spitzenwert der männlichen Arbeitslosen in der Altersgruppe der 25- bis 74-Jährigen wurde im Jahr 2012 mit 15,7 % erreicht. Im Jahr 2015 lag der Wert bei unter 10 % (Eurostat 2016b, online). Die Jugendlichen sind also in alarmierend großer Anzahl von Arbeitslosigkeit betroffen. Auf die Situation der Jugendlichen in Irland wird daher in Kapitel 7.1 noch näher eingegangen.

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquote ist es auch interessant, die Langzeitarbeitslosigkeit näher zu analysieren. Als Langzeitarbeitslos gelten dabei jene Personen, die seit mindestens 12 Monaten erwerbslos sind. Die Langzeitarbeitslosenquote entspricht dabei dem Anteil dieser Personen an der Erwerbsbevölkerung (Eurostat 2016b, online). Die Analyse der Langzeitarbeitslosigkeit ermöglicht einen Rückschluss darauf, ob Arbeitslosigkeit für die Betroffenen nur von kurzer Dauer vorherrscht oder länger andauert und somit die Berufs-Aussichten für die Zukunft erheblich erschwert. Die Analyse der Langzeitarbeitslosenquote für Irland zeigt folgendes Bild:

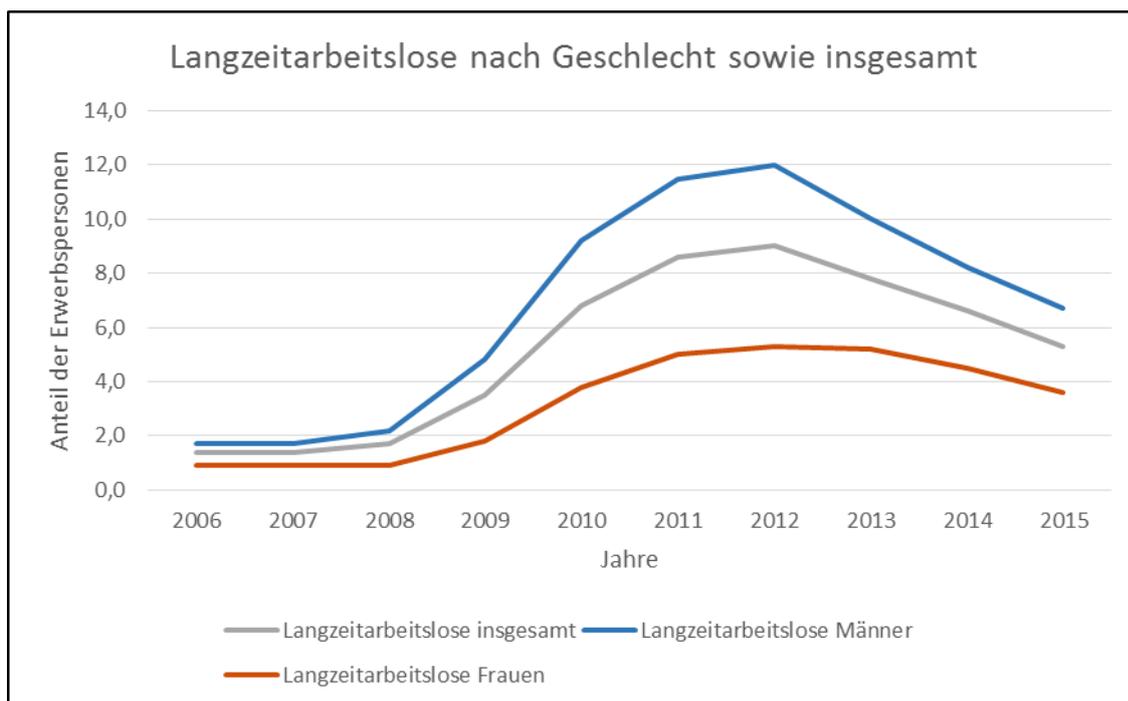


Abbildung 23: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht sowie insgesamt (2006-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b online

Die Langzeitarbeitslosenquote insgesamt (graue Linie) lag in den Jahren vor der Krise auf einem sehr niedrigen Niveau unter 2 %. Im Verlauf der Krise ist sie jedoch auf bis zu 9 % im Jahr 2012 angestiegen und erreichte im Jahr 2015 einen Wert von 5,3 %. Aus der Abbildung geht deutlich hervor, dass Männer stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind als Frauen. Lagen die Werte in den Jahren 2006 bis 2008 noch bei rund 2 % kam es zu einem Höchststand von 12 % im Jahr 2012. Das bedeutet, dass im Jahr 2012 12 % der männlichen irischen Erwerbsbevölkerung länger als 12 Monate arbeitslos war. Bis zum Jahr 2015 konnte der Wert der männlichen Langzeitarbeitslosen zwar wieder auf 6,7 % reduziert werden, dies stellt jedoch immer noch ein großes Problem Irlands dar. Auch bei der Langzeitarbeitslosenquote der Frauen kam es zu Steigerungen, jedoch in geringerem Ausmaß. Im Jahr 2015 waren 3,6 % der erwerbsfähigen Frauen langzeitarbeitslos.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen liegt weit über dem EU-Durchschnitt und stellt ein großes Problem für die Betroffenen dar. Durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit können Fähigkeiten verloren gehen, was die Aufnahme einer neuen Beschäftigung zusätzlich erschwert. Gemäß dem EU-Länderbericht für Irland ist auch diese Entwicklung auf den Einbruch der Baubranche zurückzuführen. Zahlreiche Arbeitslose,

die vorher im Bausektor gearbeitet haben, hatten demnach Probleme mit ihren Fähigkeiten aus der Baubranche Arbeit in anderen Sektoren zu finden (Europäische Kommission 2016a, 51). Aus diesem Grund haben zahlreiche Migranten, die in der Ära des Celtic Tigers nach Irland gekommen sind, das Land in den letzten Jahren wieder verlassen. Das nächste Kapitel analysiert daher die Migrationsströme nach und aus Irland genauer.

6.3 Migrationsströme

In einem ersten Schritt werden die gesamten Einwanderungen nach Irland sowie alle Auswanderungen aus Irland in den Jahren 2000 bis 2015 aufgezeigt. Die Summe der Einwanderungen abzüglich der Summe der Auswanderungen ergibt dabei die Nettomigration. Eine positive Nettomigration bedeutet, dass im jeweiligen Jahr mehr Personen nach Irland eingewandert sind als ausgewandert. Die Bevölkerung hat sich demnach erhöht. Eine negative Nettomigration bedeutet dagegen, dass mehr Personen das Land verlassen haben als eingewandert sind. Es kommt zu einer Reduktion der Bevölkerung. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Einwanderung, Auswanderung sowie der Nettomigration der letzten 16 Jahre für Irland auf:

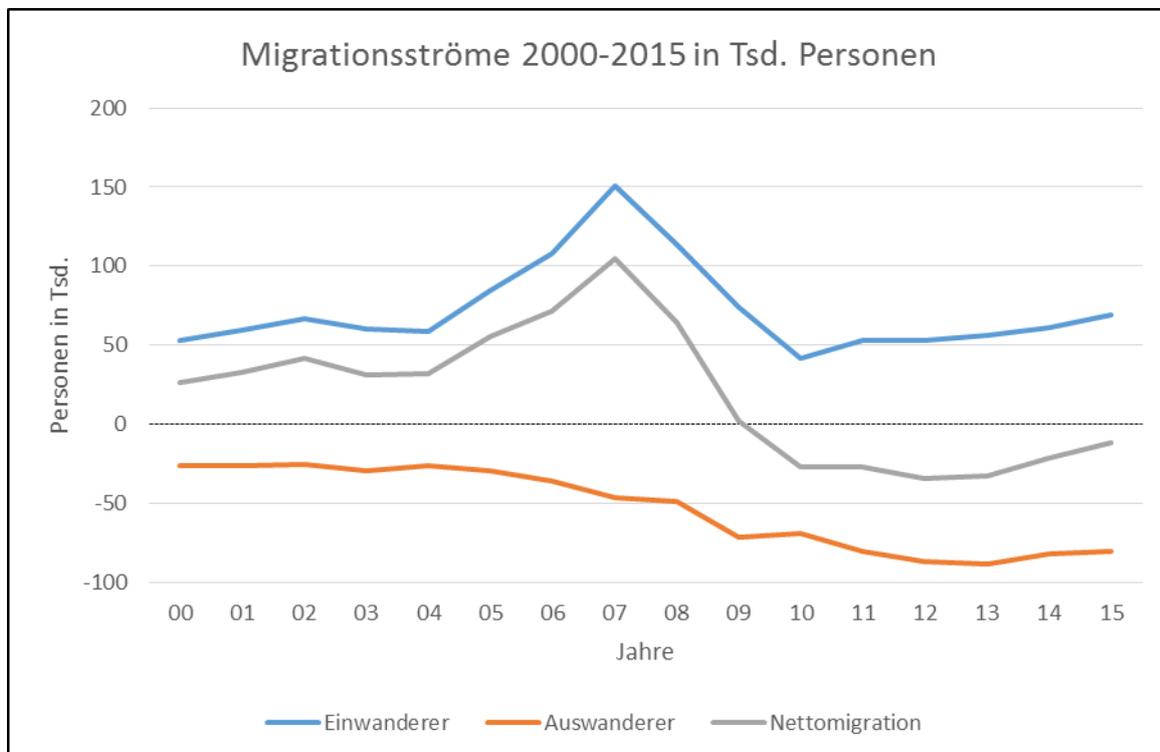


Abbildung 24: Migrationsströme (2000-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Central Statistics Office 2015b, online

Die Entwicklung der Nettomigration zeigt deutlich, dass bis zum Jahr 2008 deutlich mehr Personen nach Irland eingewandert sind als ausgewandert. Vor Allem im Jahr 2007

wurde eine positive Nettomigration von fast 105.000 Personen verzeichnet. Die Bevölkerung Irlands hat sich also aus diesem Titel um 105.000 Einwohner erhöht. Im Jahr 2009 waren die Ein- und Auswanderungen fast ausgeglichen, die Nettomigration ergab ein Plus von 1.700 Personen. In den folgenden Jahren 2010 bis 2015 war die Nettomigration stets stark negativ, die Bevölkerung hat sich also in diesen Jahren aufgrund von mehr Aus- als Einwanderungen verringert. Das größte Minus wurde im Jahr 2012 verzeichnet, mit mehr als 34.400 Personen. Im Jahr 2015 liegt die vom Central Statistics Office prognostizierte Nettomigration bei -11.600 Personen. Insgesamt hat Irland im Jahr 2015 über 4,6 Millionen Einwohner. Die Nettomigration beträgt also nur ein Minus von 0,25 % der gesamten Bevölkerung (Central Statistics Office 2015b, online).

Bei der Einwanderung nach Irland gab es in den Jahren 2000 bis 2015 große Unterschiede. Die höchste Zahl wurde im Jahr 2007 verzeichnet, wo über 151.000 Personen aus anderen Ländern nach Irland gekommen sind. Von 2008 bis 2010 kam es zu einem starken Rückgang der Einwanderungen, der niedrigste Wert lag dabei im Jahr 2010 bei 41.800 Personen. Ab 2011 kam es wieder zu einer leichten Steigerung der Einwanderungen, der prognostizierte Wert für 2015 liegt bei 69.300 Personen.

Die Anzahl der Auswanderer aus Irland hat sich in den Jahren der Krise erhöht. Vor der Krise lag der Wert Großteils bei unter 30.000 Personen, in den Jahren 2007 und 2008 kam es zu einer Steigerung auf knapp unter 50.000 ausgewanderte Personen. Ab dem Jahr 2009 stieg die Anzahl der Auswanderungen auf über 72.000, der Spitzenwert wurde im Jahr 2013 erreicht mit 89.000 Auswanderern aus Irland. Für das Jahr 2015 liegt die Prognose des Central Statistics Office bei knapp 81.000 Auswanderungen.

Ein Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Arbeitslosenquote in Irland und den Nettomigrationen in den Jahren 2013 bis 2015 kann nicht nachvollzogen werden, da aus den Daten nicht hervorgeht, ob die Auswanderer aus Irland vorher arbeitslos waren. Im Jahr 2013 waren um 34.000 Personen weniger arbeitslos als im Vorjahr, die Nettomigration betrug in diesem Jahr -33.000 Personen. In den Jahren 2014 und 2015 ist die Anzahl der arbeitslosen Personen im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr um 39.000 gesunken. Die Nettomigration lag 2014 bei -21.300 Personen und 2015 bei einem prognostizierten Minus von 11.600 Personen (Eurostat 2016b, online; Central Statistics Office 2015b, on-

line). Die Möglichkeit, dass ein Teil des Rückganges der Arbeitslosenquote durch Auswanderungen zu erklären ist, ist demnach gegeben. Die Nettomigration der Jahre 2013 bis 2015 liegt insgesamt bei einem Minus von 66.000, das Arbeitskräfteangebot in Irland hat sich also um 66.000 Personen reduziert. Dies entspricht fast einem Drittel der gesamten Arbeitslosen im Jahr 2015 (Eurostat 2016b, online; Central Statistics Office 2015b, online). Die Nettomigration scheint einen weiteren Anstieg der Arbeitslosen in Irland abgedeutet zu haben. Zu welchem Anteil ist aus den vorhandenen Daten leider nicht zu quantifizieren.

Nachdem die Arbeitslosenzahlen gezeigt haben, dass die Jugendlichen in Irland besonders stark betroffen sind, wird nun analysiert, ob diese Altersgruppe auch bei der Auswanderung spezifische Tendenzen aufzeigt. Da Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Frauen, zeigt die nachfolgende Grafik zuerst die Entwicklung der Nettomigration, getrennt nach Altersgruppen für Männer auf:

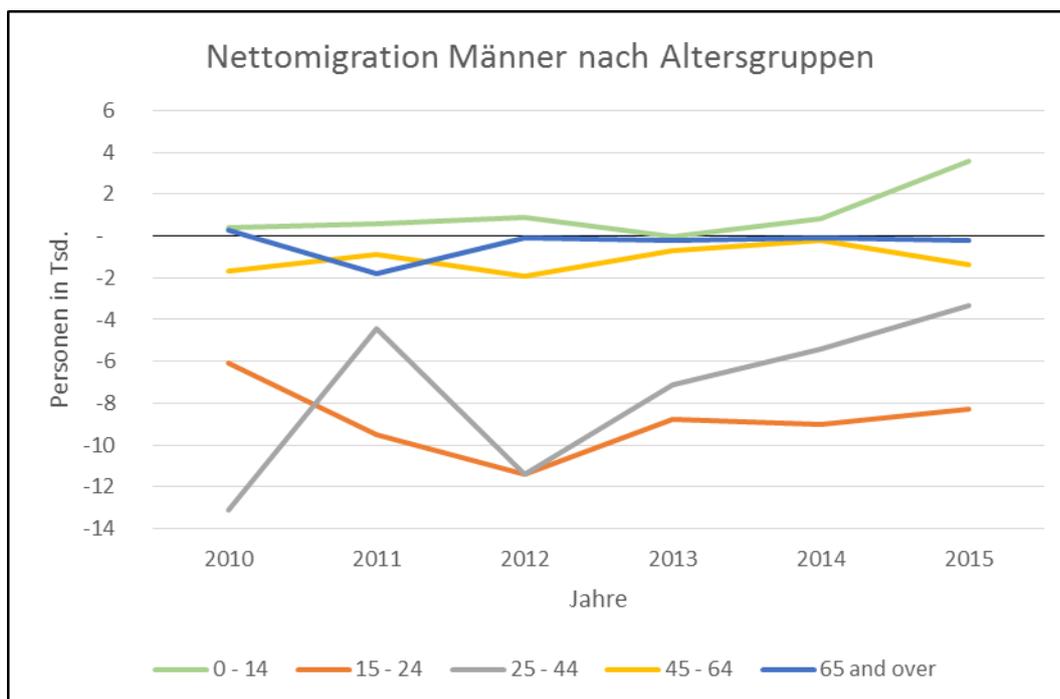


Abbildung 25: Nettomigration Männer nach Altersgruppen (2010-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Central Statistics Office 2015b, online

Die Entwicklung zeigt deutlich, dass vor Allem die Altersgruppen der 15- bis 24-Jährigen sowie der 25- bis 44-Jährigen die am stärksten negative Nettomigration verzeichnen. Das bedeutet, dass es in diesen Altersgruppen mehr Aus- als Einwanderungen gegeben hat und sich die Bevölkerung in diesen Gruppen somit reduziert hat. Die jugendlichen Männer

zwischen 15 und 24 Jahren weisen seit dem Jahr 2013 die negativste Entwicklung auf. Insgesamt liegt die Nettomigration dieser Gruppe, summiert über die Jahre 2010 bis 2015, bei -53.000 Personen. Im Vergleich dazu waren in den Jahren vor der Krise bei den 15- bis 24-Jährigen Männern Nettomigrationen von bis zu 20.000 Personen (im Jahr 2007) zu verzeichnen. Die höchste Zuwanderungsrate wurde im Jahr 2007 mit 28.900 jugendlichen Männern erreicht. Demgegenüber standen in den Jahren bis 2008 Auswanderungen dieser Gruppe von unter 10.000 Personen (Central Statistics Office 2012, online).

Die Nettomigration der Männer über alle Altersgruppen und Jahre summiert liegt bei einem Minus von 100.000 Personen. Die Jugendlichen stellen also mehr als die Hälfte der negativen Nettomigration dar. Die zweitgrößte Gruppe sind die Männer zwischen 25 und 44 Jahren mit einer Nettomigration über alle Jahre summiert von -45.000 Personen. Die Nettomigration der 0- bis 14-jährigen männlichen Kinder stellt die einzige positive Entwicklung in den betrachteten Jahren dar. Im Jahr 2015 sind um 3.600 mehr Kinder nach Irland eingewandert als ausgewandert. Die Betrachtung derselben Entwicklung für Frauen ergibt folgendes Bild:

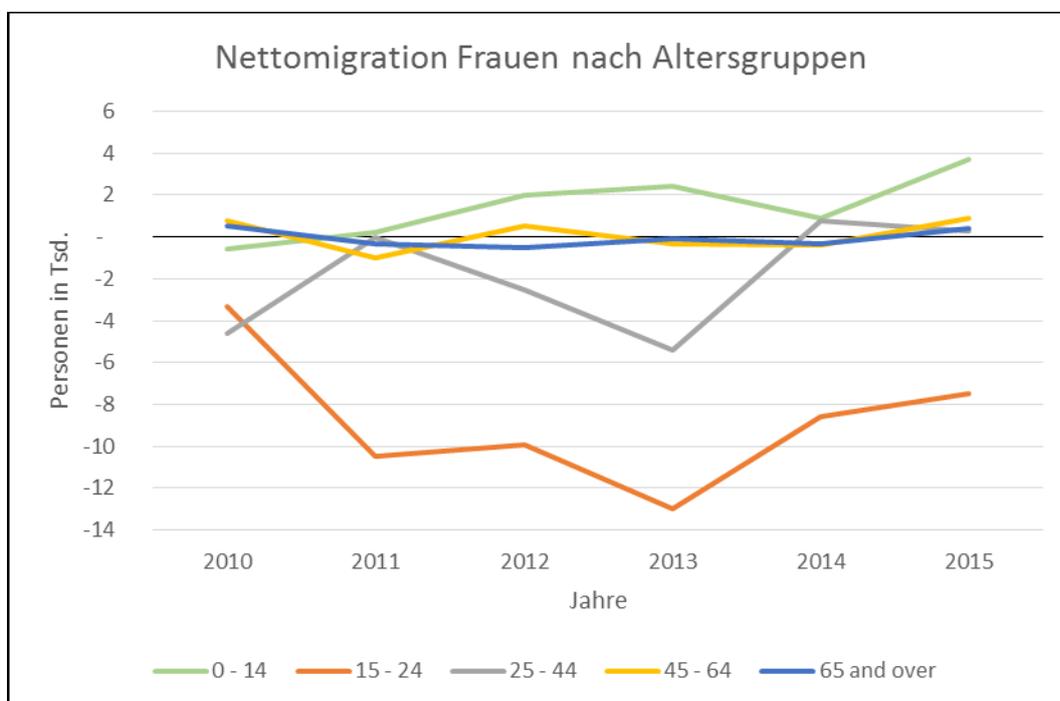


Abbildung 26: Nettomigration Frauen nach Altersgruppen (2010-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Central Statistics Office 2015b, online

Bei dieser Entwicklung zeigt sich noch deutlicher, dass die Gruppe der 15- bis 24-jährigen Frauen in besonders hohem Maß das Land verlassen hat. Die Nettomigration dieser Gruppe erreichte im Jahr 2013 ihren Höhepunkt mit einem Minus von 13.000 Personen. Insgesamt liegt die Nettomigration dieser Gruppe, summiert über die Jahre 2010 bis 2015, bei -53.000 Auswanderinnen. In den Jahren 2007 und 2008 wurden sehr hohe Zuwanderungen dieser Gruppe verzeichnet, mit bis zu 32.500 jugendlichen Zuwanderinnen im Jahr 2007. Demgegenüber standen vor der Krise geringe Auswanderungsraten dieser Gruppe von weniger als 9 % (Central Statistics Office 2012, online). Die Nettomigration der Frauen über alle Altersgruppen und Jahre summiert liegt bei einem Minus von 55.000 Personen. Die Jugendlichen stellen hier also einen Großteil der ausgewanderten Frauen dar. Auch bei den Frauen ist die stärkste positive Entwicklung der Nettomigration bei den Kindern von 0 bis 14 Jahren zu verzeichnen.

Ein interessanter Blick auf die Migrationsströme ergibt sich auch durch die Analyse der Nettomigration nach Herkunftsland. Die folgende Abbildung zeigt auf, wie sich die Nettomigration nach Herkunft entwickelt hat:

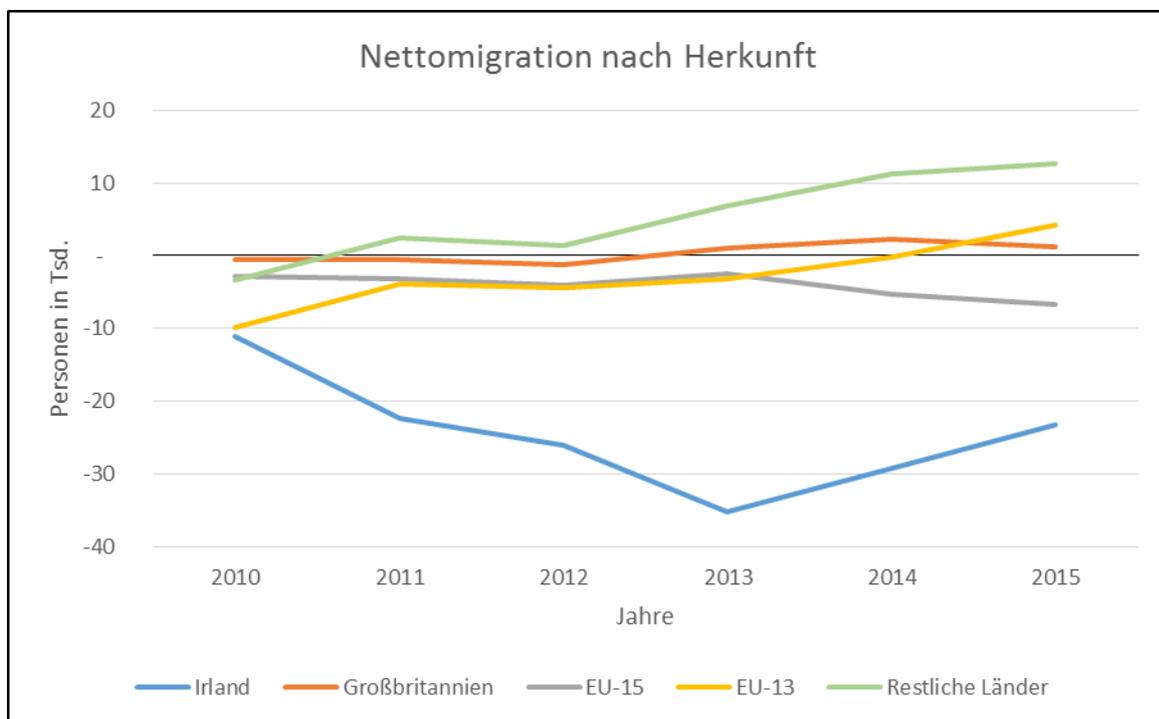


Abbildung 27: Nettomigration nach Herkunft (2010-2015)

Quelle: Eigene Darstellung nach Central Statistics Office 2015b, online

Die Linie der Personen mit irischer Herkunft (blaue Linie) zeigt die negativste Entwicklung auf, da mehr Personen mit irischer Staatsbürgerschaft das Land verlassen als wieder in

das Land einwandern. Die Stärke der Entwicklung ist jedoch über die Jahre der Krise sehr unterschiedlich. Der Höchstwert wurde im Jahr 2013 erreicht, wo die Nettomigration der Personen mit irischer Herkunft bei -135.000 lag. Die Einwanderungen aus beziehungsweise die Auswanderungen nach Großbritannien sind über den betrachteten Zeitraum fast gleich hoch. Stärkere Schwankungen in der Entwicklung gibt es bei der Nettomigration der EU-13 Länder (gelbe Linie). Diese Ländergruppe umfasst in der Statistik die zehn Länder, die am 01. Mai 2004 der EU beigetreten sind, sowie Bulgarien, Rumänien und Kroatien. Vor Allem in den Jahren vor der Krise wurden hier sehr starke Einwanderungsraten verzeichnet. In den Jahren 2005 bis 2009 sind insgesamt rund 218.600 Menschen aus diesen Ländern nach Irland ausgewandert (Central Statistics Office 2014, online). Mit Eintritt der Krise hat sich diese Zahl sehr deutlich reduziert. Die Einwanderungszahlen aus den EU-13-Ländern lagen in den Jahren 2010 bis 2014 bei rund 10.000 Personen pro Jahr, im Jahr 2015 bei 12.800. Die Nettomigration der EU-15-Länder (graue Linie) beinhaltet alle 15 EU-Länder, die vor der großen Erweiterungsrunde 2004 bereits Mitglieder der EU waren. Hier war die Nettomigration in all den betrachteten Jahren negativ, das bedeutet es sind mehr Iren in die EU-15-Länder ausgewandert als aus den Ländern eingewandert. Bei den restlichen Ländern (grüne Linie) zeigt sich eine positive Steigerung der Nettomigration, vor Allem ab dem Jahr 2013. Im Jahr 2015 sind um 13.000 mehr Menschen nach Irland gegangen als von Irland in die restlichen Länder ausgewandert sind. Zusammengefasst zeigt die Grafik, dass ein Großteil der Auswanderungen auf Personen mit irischer Staatsbürgerschaft zurückzuführen ist. Die Auswanderer haben Irland häufig in Richtung Großbritannien, USA, Australien oder Kanada verlassen (Barry 2014, 94). Zudem ist der Anteil der Einwanderungen aus den EU-13-Ländern im Vergleich zu den sehr hohen Werten vor der Krise stark zurückgegangen.

6.4 Gini-Koeffizient

Nach der Analyse der Migrationsströme widmet sich dieser Unterpunkt der Entwicklung von Ungleichheit in Irland. Ein Indikator, der häufig bei der Analyse von Armut berücksichtigt wird, ist der Gini-Koeffizient. Dabei wird das Maß der Ungleichverteilung von Einkommen analysiert, der Wert liegt zwischen 0 und 100. Ein Wert von 0 bedeutet absolute Gleichverteilung der Einkommen, während ein Wert von 100 aussagt, dass eine Person im Land über das gesamte Einkommen verfügt. Je niedriger der Gini-Koeffizient für ein Land ist, desto geringer ist die Ungleichverteilung (Statistische Ämter des Bundes und

der Länder 2015, online). Liegt der Wert sehr hoch ist zu vermuten, dass in dem betrachteten Land große Einkommensungleichheiten vorherrschen. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für Irland auf:

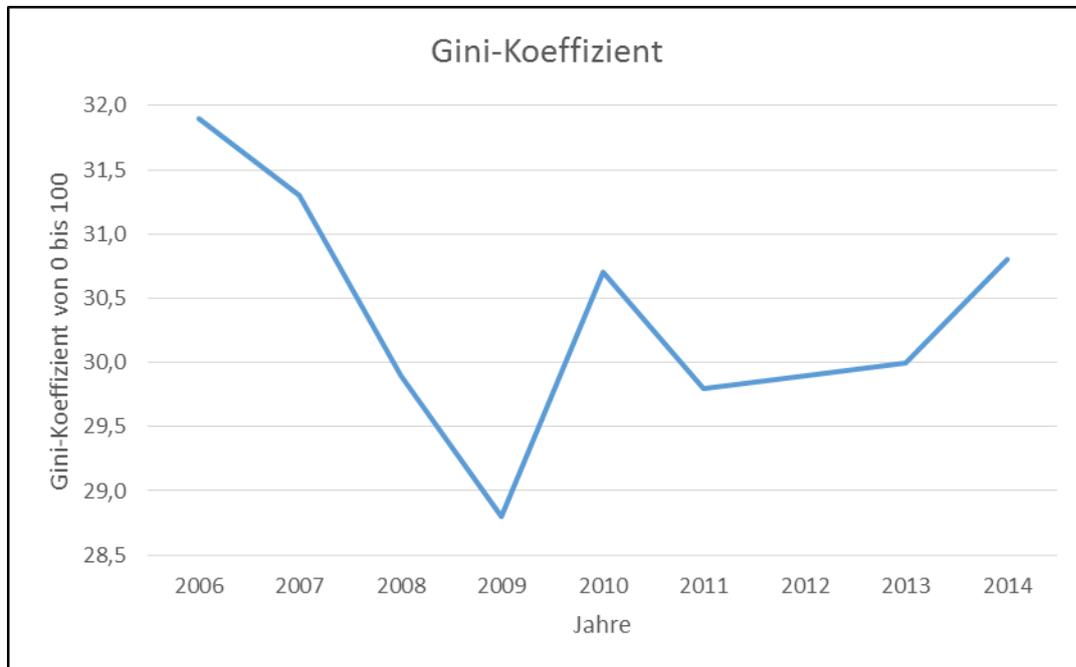


Abbildung 28: Gini-Koeffizient (2006-2014)

Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b, online

Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten zeigt für die betrachteten Jahre starke Schwankungen auf. Interessanterweise wurden in den Jahren vor der Krise sehr hohe Werte von über 31 erreicht. In den Jahren 2008 und 2009 kam es zu einem starken Rückgang des Indikators auf unter 29. Dieser Rückgang ist vermutlich verbunden mit dem Einbruch hoher Einkommen in Irland, vor allem im öffentlichen Sektor. Im Jahr 2010 wurde wieder ein Anstieg verzeichnet auf 30,7 und in den Jahren 2011 bis 2013 lag der Wert bei knapp unter 30. Im Jahr 2014 kam es wieder zu einem Anstieg der Ungleichverteilung, der Gini-Koeffizient Irlands lag bei 30,8.

Zum Vergleich: Der Durchschnittswert der EU-28-Länder lag im Jahr 2014 bei 30,9. Irland liegt hier also genau im europäischen Durchschnitt. Für die Entwicklung lässt sich sagen, dass die Gini-Koeffizienten der Jahre 2008-2014 unter den Werten von vor der Krise liegen. Die Wirtschaftskrise hat in Irland also dazu geführt, dass Einkommen weniger ungleich verteilt sind als zuvor. Dies ist vermutlich zu einem Teil auf die Kürzung der höheren Einkommen im öffentlichen Bereich zurückzuführen sowie auf die Einführung der Uni-

versal Social Charge. Diese neu eingeführte Steuer ist abhängig vom jeweiligen jährlichen Bruttoeinkommen zu entrichten. Zudem kam es in Irland in den Jahren der Krise auch in der Privatwirtschaft zu Kürzungen von sehr hohen Einkommen und aufgrund der Bankenkrise ist auch der Anteil an Kapitalgewinnen zurückgegangen (Woo et al. 2013, 4).

6.5 Zusammenfassung sozio-ökonomische Indikatoren

Die Entwicklung der sozio-ökonomischen Indikatoren zeigt vor Allem in den Jahren 2008 bis 2012 Großteils deutlich schlechtere Werte auf als in den Jahren vor der Krise verzeichnet wurden. So ist etwa die at-risk-of-poverty-or-social-exclusion-Rate von 23 % auf 30 % im Jahr 2012 gestiegen. Das bedeutet, dass im Jahr 2012 fast ein Drittel der irischen Bevölkerung durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedroht war. Die Armutsgefährdung von Frauen lag in allen betrachteten Jahren über jener der Männer, der Unterschied hat sich jedoch in den Jahren der Krise deutlich verringert. Bei der Analyse der Altersgruppen ergibt sich, dass vor Allem Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren am Stärksten durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedroht sind. Auch für die Gruppe der unter-16-Jährigen zeigen sich sehr negative Entwicklungen. Vor Allem Kinder unter 18 von Eltern, die nur über einen geringen Bildungsabschluss verfügen, werden stark benachteiligt. Die AROPE-Werte liegen hier in den Jahren 2013 und 2014 bei fast 70 %. Die Analyse zeigt, dass Bildung einen wichtigen Faktor für die Armutsgefährdung darstellt. Die gesamte Armutsgefährdung beziehungsweise Gefährdung durch soziale Ausgrenzung ist in den Jahren 2013 und 2014 zwar wieder gesunken, das Niveau liegt jedoch dennoch deutlich über den Werten der Jahre vor der Krise. Zudem zeigen einzelne Gruppen sehr alarmierende Entwicklungen auf. Zu beachten ist jedoch auch, dass die Armutsgefährdung ohne Berücksichtigung der sozialen Transferleistungen Irlands in den Jahren 2010 bis 2014 bei über 50 % gelegen wäre. Die Sozialleistungen stellen also in Irland eine wichtige Rolle in der Armutsbekämpfung und im sozialen Schutz dar (Barry 2014, 97; Europäische Kommission 2016a, 9; Fitzgerald 2014, 12).

Auch die Arbeitslosenquote ist in den Jahren der Krise stark angestiegen, von unter 5 % auf bis zu 14,7 % im Jahr 2012. Wie bei der AROPE-Rate konnten auch hier die Werte ab dem Jahr 2013 verbessert werden, liegen jedoch auch 2015 noch deutlich über den Werten der Jahre vor der Krise. Männer sind in Irland stärker von Arbeitslosigkeit betrof-

fen als Frauen. Ein besonderes Problem stellen die hohen Werte der Langzeitarbeitslosigkeit in Irland dar. Im Jahr 2012 waren 12 % der irischen Männer länger als 12 Monate arbeitslos. Auch bei der Arbeitslosigkeit sind Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren besonders stark betroffen. Die Arbeitslosenquote der Männer in dieser Altersgruppe lag im Jahr 2012 bei einem Höchstwert von 36,0 %. Die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen in Irland haben sich demnach in den Jahren der Krise deutlich verschlechtert. Hingegen wurde die ältere Bevölkerung über 55 Jahre weitgehend verschont. Die Armutsgefährdung hat sich für diese Gruppe in den Jahren der Krise sogar reduziert.

Die EU stellt Irland als positives Beispiel für die erfolgreiche Überwindung der Krise dar, weil sich ein Großteil der Werte insgesamt ab dem Jahr 2013 wieder verbessert hat. Die Reduktion der Arbeitslosigkeit wurde jedoch vermutlich zu einem Teil durch Auswanderungen erreicht. Die Nettomigration war ab dem Jahr 2011 negativ, das heißt jährlich haben mehr Personen Irland verlassen als eingewandert sind. Auch hier zeigen sich vor Allem in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen starke Abwanderungstendenzen, die Irland in Zukunft vor ein Problem stellen könnten. Das nächste Kapitel widmet sich daher besonders jenen Bevölkerungsgruppen, die von der Krise am schwersten getroffen wurden.

7 Am Stärksten betroffene Bevölkerungsgruppen

Wie die Analyse der sozio-ökonomischen Indikatoren ergeben hat, sind Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren sowie Kinder besonders stark durch die Wirtschaftskrise betroffen. In diesem Kapitel wird daher nochmals näher auf diese beiden demografischen Gruppen eingegangen. Weitere Gruppen, die von der Krise in Irland schwer getroffen wurden, stellen Alleinerziehende und Frauen dar. Auch diese Aspekte werden im Folgenden näher erläutert.

7.1 Jugendliche

Die Betrachtung der AROPE-Rate in Kapitel 6.1 hat gezeigt, dass die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen seit 2011 am Stärksten durch Armut oder soziale Ausgrenzung betroffen ist. In den Jahren der Krise kam es in dieser Altersgruppe zu stark negativen Entwicklungen. Im Jahr 2014 waren über 40 % der Jugendlichen in Irland durch Armut oder

soziale Ausgrenzung bedroht. Auch bei der Analyse der Arbeitslosenquote ist diese Bevölkerungsgruppe besonders negativ herausgestochen. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote, sowohl nach Geschlecht als auch insgesamt:

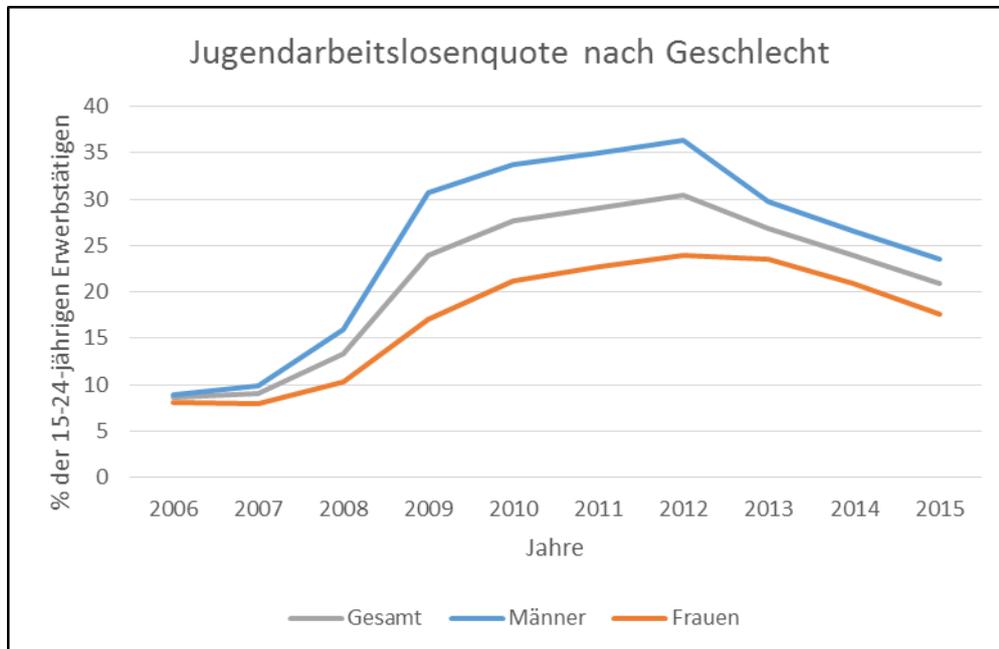


Abbildung 29: Jugendarbeitslosenquote nach Geschlecht sowie insgesamt (2006-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b, online

Die Abbildung zeigt deutlich, dass jugendliche Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Frauen. Der Spitzenwert der Männer im Jahr 2012 lag bei über 35 %. Das bedeutet, dass mehr als ein Drittel der männlichen 15- bis 24-jährigen Erwerbstätigen im Jahr 2012 arbeitslos waren. Auch bei den jugendlichen Frauen sind deutliche Steigerungsraten in den Jahren der Krise zu verzeichnen. Insgesamt hat sich die Jugendarbeitslosigkeit von unter 10 % im Jahr 2006 auf bis zu 30 % im Jahr 2012 erhöht. 2015 lag der Wert bei 21 % und somit immer noch mehr als doppelt so hoch als vor der Krise. Des Weiteren ist, wie in Kapitel 6.3 analysiert, ein Teil dieses Rückganges auf erhöhte Auswanderungsraten der Jugendlichen aus Irland zurückzuführen. So haben in den Jahren 2010 bis 2015 insgesamt 91.100 Männer sowie 104.600 Frauen zwischen 15 und 24 Jahren Irland verlassen. Die Nettomigration lag in den Jahren 2010 bis 2015 bei beiden Geschlechtern bei einem Minus von je 53.000 Personen (Central Statistics Office 2015b, online).

Eine weitere negative Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppe wird bei der Analyse der sogenannten *NEET's* ersichtlich. Dabei handelt es sich um nichterwerbstätige Jugendliche, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen (Eurostat 2016b, online). Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung sowohl insgesamt, als auch getrennt nach Geschlecht auf:

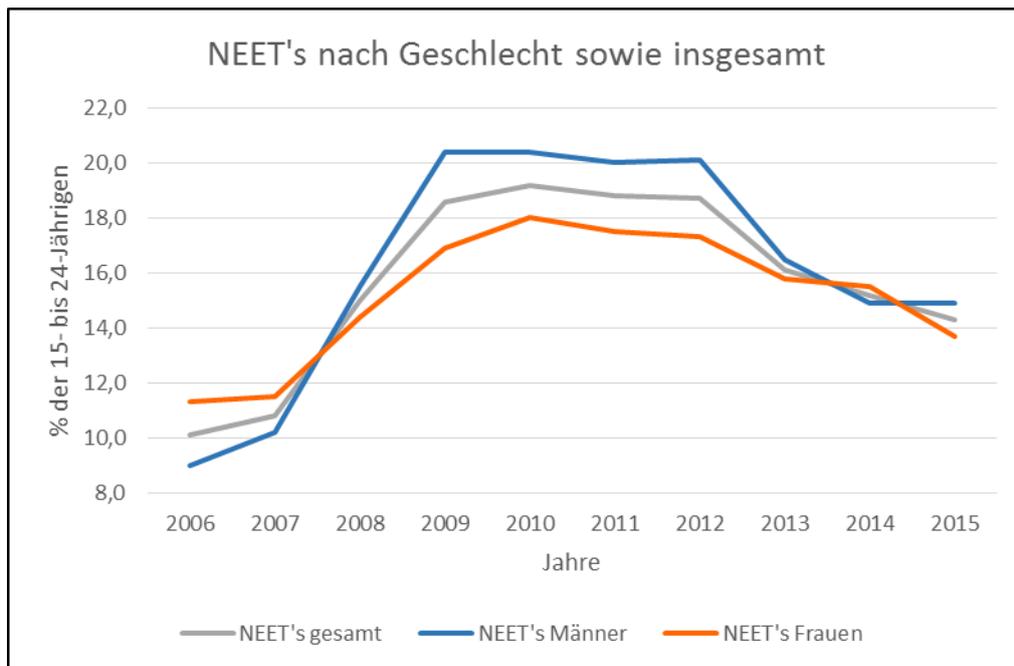


Abbildung 30: NEET's nach Geschlecht sowie insgesamt (2006-2015)
Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat 2016b, online

Es ist klar ersichtlich, dass sich auch hier die Werte in den Jahren der Krise, und vor Allem zwischen 2008 und 2012, sehr stark erhöht haben. Die Gesamtentwicklung (graue Linie) hat sich von 10 % im Jahr 2006 auf bis zu 19,2 % im Jahr 2010 fast verdoppelt. Ab dem Jahr 2013 kam es auch hier zu Rückgängen, der Anteil von 2015 liegt mit 14,3 % jedoch immer noch deutlich über dem Niveau von 2006. Das bedeutet, dass über 14 % der irischen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren weder erwerbstätig sind, noch an Bildung oder Fortbildungen teilnehmen. Der Durchschnittswert der EU-28-Länder betrug im Jahr 2015 12,0 % (Eurostat 2016b, online). Irland liegt hier also deutlich über dem Durchschnitt. Besonders negativ ist die Entwicklung auch hier bei den jugendlichen Männern. Der Anteil der nichterwerbstätigen Männer, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen, ist von 9 % im Jahr 2006 auf über 20 % in den Jahren 2009 bis 2012 gestiegen. Seitdem kam es zwar wieder zu einem Rückgang, der Wert für 2015 von 14,9 % ist jedoch immer noch sehr hoch. Auch bei den jugendlichen Frauen kam es in den Jahren der Krise zu einem Anstieg der NEET's. Im Jahr 2014 lag der Wert der Frauen

mit 15,5 % sogar über jenem Wert der Männer. War der Abstand der Frauen zu den Männern in den ersten Jahren der Krise noch relativ hoch, ist das Niveau im Jahr 2015 bei beiden Geschlechtern ähnlich hoch. Gerade für diese Gruppe der 15- bis 24-Jährigen, die weder erwerbstätig sind, noch an Bildung oder Weiterbildung teilnehmen, ist es sehr schwierig, den Einstieg oder Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu schaffen.

Einen positiven Trend in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen stellt die Entwicklung der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger dar. Der Anteil der Schulabgänger an der gesamten Bevölkerung zwischen 18 und 24 lag im Jahr 2008 bei 11,4 %. In den Jahren der Krise hat sich der Anteil kontinuierlich verringert und lag im Jahr 2015 bei 6,9 % (Eurostat 2016c, online). Diese positive Entwicklung hängt jedoch vermutlich mit den schlechten Aussichten für Jugendliche auf dem irischen Arbeitsmarkt zusammen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam mit der geringen Arbeitslosenunterstützung (siehe Kapitel 4.4) für unter 25-Jährige führen möglicherweise dazu, dass ein frühzeitiger Abbruch der Schule oder Ausbildung für die Jugendlichen immer weniger lukrativ erscheint.

7.2 Kinder

Die Unter-16-Jährigen stellen die am zweitgrößten durch Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdete Altersgruppe in Irland dar, gleich nach den Jugendlichen. Die Werte lagen in den Jahren der Krise zumeist bei über 30 %, im Jahr 2014 knapp darunter. Ein niedriger Bildungsabschluss der Eltern wirkt sich besonders negativ auf die Armutsgefährdung beziehungsweise Gefährdung der sozialen Ausgrenzung der Kinder aus (siehe Kapitel 6.1). Bei den Unter-6-Jährigen, deren Eltern über einen geringen Bildungsabschluss verfügen, lag der Spitzenwert der AROPE-Rate im Jahr 2013 bei über 80 %. Auch der Anteil der Kinder, die in Haushalten leben, welche unter materieller Deprivation leiden, ist verhältnismäßig hoch. Im Jahr 2013 lebten 15 % der 6- bis 10-Jährigen in Haushalten, die nicht in der Lage sind eine Reihe wichtiger Grundbedürfnisse zu befriedigen. Im Jahr 2014 ist dieser Wert jedoch wieder gesunken auf unter 9 % (Eurostat 2016b, online).

Die materielle Deprivation hängt sehr stark mit der Erwerbsintensität der im Haushalt lebenden Personen zusammen. Je geringer die Erwerbsintensität, desto höher ist im Normalfall die materielle Deprivation. Der Anteil der 0- bis 17-Jährigen, die in erwerbslosen

Haushalten leben, lag im Jahr 2012 in Irland bei über 20 %. In diesem Jahr wurde auch der Höhepunkt der Arbeitslosenquote in Irland erreicht. Der Anteil von über 20 % der Kinder in Erwerbslosenhaushalten stellte im Jahr 2012 den höchsten Wert aller 28 EU-Mitgliedsländer dar (Darvas et al. 2014, 34). Im Jahr 2014 ist der Wert zwar gesunken, lag jedoch immer noch bei hohen 16 % und stellte damit den zweithöchsten Wert in der EU dar (Europäische Kommission 2016a, 57).

Bei der Kinderbetreuung liegt Irland vor Allem bei der Betreuung von mehr als 30 Stunden in der Woche weit hinter dem EU-Durchschnitt. In der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen erhalten nur 23 % der irischen Kinder eine Betreuung, die über 30 Stunden pro Woche hinausgeht. Im EU-28-Schnitt liegt der Wert bei 49 % der Kinder. Auch bei den 7- bis 12-Jährigen setzt sich dieser Trend fort. So sind 49 % der irischen Kinder dieser Altersgruppe in wöchentlicher Betreuung von über 30 Stunden, während es im EU-28-Schnitt 63 % sind. Die Werte lagen jedoch auch in den Jahren vor der Krise unter dem EU-Durchschnitt (Eurostat 2016b, online).

Der Anteil der Sozialausgaben Irlands für Familien mit Kindern in % des BIP ist von 3,4 % im Jahr 2009 auf 2,8 % im Jahr 2013 gesunken (Europäische Kommission 2016a, 83). Aufgrund der negativen Entwicklung der aufgezeigten Indikatoren wie Armutsgefährdung oder materielle Deprivation wurde im Jahr 2016 eine im Jahr 2015 vorgenommene Kürzung des monatlichen Kindergeldes wieder rückgängig gemacht (Europäische Kommission 2016a, 77). Die %-Anteile des BIP für Sozialausgaben für Familien mit Kindern liegen für die Jahre 2014 und 2015 leider noch nicht vor.

Auch die Europäische Kommission geht in ihrem Länderbericht 2016 sowie in den länderspezifischen Empfehlungen für Irland auf die Problematik der hohen Kinderarmut ein. Durch die Einführung und Ausweitung von Aktivierungspolitiken soll die Arbeitsintensität der Haushalte erhöht werden und die hohe Kinderarmut adressiert. Es sollen vermehrt Anreize für die Beschäftigung geschaffen werden und der Entzug von Unterstützungszahlungen soll erleichtert werden. Die länderspezifischen Empfehlungen zeigen zudem auf, dass die Kinderbetreuungskosten in Irland mit die höchsten der EU sind. Die Empfehlung ist daher die Zurverfügungstellung von qualifizierten und dennoch leistbaren Vollzeit-Betreuungsplätzen für Kinder (Europäische Kommission 2016b, 4ff). Wie diese Betreuungsplätze geschaffen werden sollen wird von der Kommission nicht näher erläutert.

7.3 Alleinerziehende

Eine weitere Gruppe, die sehr stark durch Armut gefährdet ist, stellen die Alleinerziehenden in Irland und deren Kinder dar. Alleinerziehende wiesen bereits vor der Krise sehr hohe Armutsgefährdungsraten auf. Umso stärker wurde die in Kapitel 4.2 erläuterte Reform des One Parent Family Payments kritisiert. Durch die Reduktion der Altersgrenzen der Kinder und den Übergang von One Parent Family Payment-Beziehern zu Arbeitslosengeld-Beziehern kam es für zahlreiche Alleinerziehende zu finanziellen Einbußen. Die Reform führe demnach dazu, dass noch weniger Geld zur Verfügung steht, um die teure Kinderbetreuung zu finanzieren. Dadurch ist es für Alleinerziehende schwieriger, einen mit der Kindererziehung vereinbaren Beruf zu finden, da häufig nur Teilzeitstellen mit geringer Bezahlung angeboten werden. Das geringe Einkommen führt dazu, dass die hohen Kosten für Kinderbetreuung ein noch größeres Problem darstellen. Die Alleinerziehenden wären dadurch in Zukunft noch mehr von Armut betroffen (Barry 2014, 93).

Der Anteil der durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedrohten Haushalte von Alleinerziehenden in Irland lag im Jahr 2014 mit 62,5 % weit über dem EU-Durchschnitt von 48,2 % (Europäische Kommission 2016b, 5). Bereits vor der Krise lagen die AROPE-Werte für Alleinerziehende in Irland weit höher als jene für die restlichen Haushalte. Im Jahr 2008 waren die Armutsraten der irischen Alleinerziehenden EU-weit die höchsten, gefolgt von Estland und der Tschechischen Republik. Eine im Jahr 2009 durchgeführte Analyse der Armut in Irland im Vergleich zu Europa kam zu dem Ergebnis, dass Alleinerziehende in Irland die schlechtesten Bedingungen hinsichtlich Armut aufweisen (Whelan, Maitre 2009, 105). Ebenso liegen die Werte der relativen Armut (also Haushalte mit einem Einkommen von unter 60 % des Medianeinkommens) für Alleinerziehende weit höher als für andere Haushalte. Während die Armutsgefährdung der gesamten Haushalte im Jahr 2014 bei 15,6 % lag, liegt jene für Alleinerziehende bei 34,4 % (Eurostat 2016b, online).

Auch die EU weist in ihren länderspezifischen Empfehlungen auf die Problematik der Alleinerziehenden hin. Demnach sind die Betreuungskosten für Alleinerziehende in Irland EU-weit die höchsten und die Beschäftigungsintensität dieser Bevölkerungsgruppe ist nur sehr gering (EU-Kommission 2016b, 4f). In den konkreten Empfehlungen wird jedoch nicht mehr auf die prekäre Situation der Alleinerziehenden in Irland eingegangen.

Irland stellt mit einem Anteil von 24,3 % an Alleinerziehenden nach den USA das OECD-Land mit der zweitgrößten Alleinerziehenden-Rate dar (OECD 2011, 28). Der Anteil der alleinerziehenden Männer in Irland beträgt 13,5 %. Demnach sind über 86 % der Alleinerziehenden in Irland Frauen (onefamily.ie 2016, online).

7.4 Frauen

Die at-risk-of-poverty-or-social-exclusion-Rate liegt für Frauen in Irland höher als für Männer, der Abstand zwischen den Geschlechtern hat sich jedoch im Laufe der Krise verringert. Der Wert für 2014 liegt bei den Frauen bei über 28 %, für Männer knapp darunter. Die Arbeitslosenquote ist bei Frauen deutlich geringer als jene der Männer. Der Anteil der arbeitslosen Frauen lag vor der Krise bei 4,3 % und im Jahr 2015 bei 7,7 %. Bei der Analyse der Migrationsströme hat sich jedoch gezeigt, dass zwischen den Jahren 2010 und 2015 die Nettomigration bei einem Minus von 55.000 Frauen lag. Ohne die zahlreichen Auswanderungen läge die Arbeitslosenquote von Frauen vermutlich höher.

Bei der Betrachtung der sozio-ökonomischen Indikatoren sieht es also so aus, als wären Frauen nicht wesentlich stärker von der Krise getroffen als Männer. Es gibt jedoch einige Entwicklungen, die auf das Gegenteil hindeuten. Die schwierige Situation für Alleinerziehende trifft wie bereits erwähnt vor Allem Frauen. Zudem haben sich die Beschäftigungsraten der irischen Frauen in den Jahren der Krise reduziert. Die folgende Abbildung zeigt die Beschäftigungsraten in den Jahren 2004, 2007 und 2014 für Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen auf:

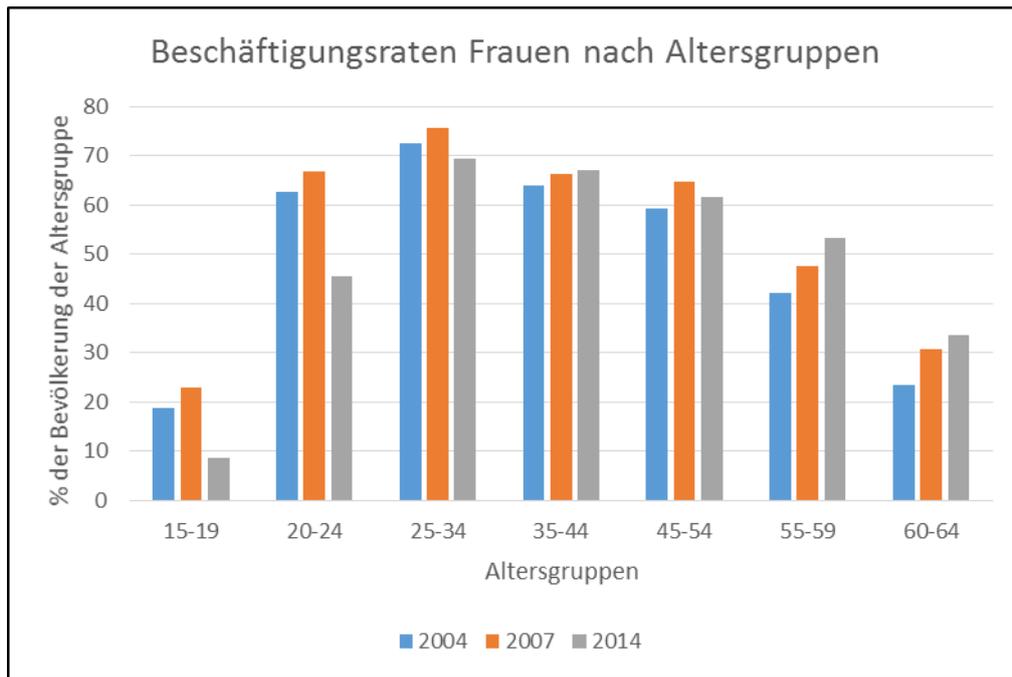


Abbildung 31: Beschäftigungsraten Frauen nach Altersgruppen (2004, 2007, 2014)
Quelle: Eigene Darstellung nach Barry 2014, 95

Die Beschäftigungsraten im Jahr 2014 sind vor Allem bei den jüngeren Arbeitnehmerinnen zwischen 15 und 34 Jahren gesunken. Der größte Rückgang ist auch hier bei den Jugendlichen bis 24 Jahre zu verzeichnen. Bei den älteren Arbeitnehmerinnen ab 45 Jahren haben sich die Beschäftigungsraten sogar erhöht. Insgesamt ist die Beschäftigungsrate der Frauen über alle Altersgruppen vom Jahr 2004 mit 56,1 % auf 60,7 % im Jahr 2007 beträchtlich gestiegen, bis 2014 jedoch wieder stark gesunken auf 55,9 %. Sie liegt somit sogar knapp unter dem Niveau von 2004 (Barry 2014, 95). Barry sieht einen Grund dafür in der Veränderung der Europäischen Beschäftigungsstrategie zwischen 1998 und 2020. In den Jahren 1998 bis 2002 war die Geschlechtergleichheit eines der grundlegenden Prinzipien dieser EU-Strategie, ein besonderer Fokus lag dabei auf der Steigerung der Beschäftigungsraten von Frauen. In den Jahren 2003 bis 2005 wurde das Thema der Geschlechtergleichheit auf alle Politikbereiche ausgeweitet und somit weiter gestärkt. Zwischen 2005 und 2009 gab es keine neuen Richtlinien zur Geschlechtergleichheit, diese wurde nur in der Präambel erwähnt. In den Europa 2020-Zielen, die 2010 für das Jahr 2020 formuliert wurden, wird das Thema marginalisiert, das Gender Mainstreaming auf alle Politikbereiche wird gar nicht mehr erwähnt (Barry 2014, 84ff).

Nachdem das Thema auf EU-Ebene also in den Jahren der Krise deutlich an Bedeutung verloren hat, standen auch weniger Gelder für die Förderung von Frauen zur Verfügung. In Irland wurde in den Jahren vor der Krise stark in die Erhöhung der Beschäftigungsraten

und die Gleichstellung von Frauen investiert. Durch die hohen Schulden und den damit verbundenen Sparkurs wurden jedoch zahlreiche öffentliche Einrichtungen zur Förderung der Geschlechtergleichheit umstrukturiert. So wurde etwa das Budget für den *National Women's Council* gekürzt, andere öffentliche Einrichtungen wurden sogar gänzlich geschlossen (Barry 2014, 83).

Durch Budgetkürzungen in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Pflege wurden in den Jahren der Krise vermehrt Frauen in Teilzeitarbeit gedrängt, da der Anteil der unbezahlten Arbeit für sie gestiegen ist. Dadurch haben sich nicht nur die Einkommen der betroffenen Frauen erheblich reduziert, sondern dies wirkt sich auch negativ auf zukünftige Pensionsansprüche aus (Barry 2014, 88). Bereits in den Jahren vor der Krise war rund ein Drittel der Erwerbstätigen Frauen in Irland in Teilzeitbeschäftigung. Bis zum Jahr 2014 ist dieser Anteil weiter gestiegen, auf 35 %. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass Frauen in Irland einen Großteil der unbezahlten Betreuung und Pflege übernehmen, da es zu wenig öffentliche Unterstützungsleistungen seitens des Staates gibt (Barry 2015, 16).

Auch bei den Einkommen liegen Frauen in Irland hinter den Männern zurück. Irland liegt bei den OECD-Ländern an zweiter Stelle was die Anzahl der BezieherInnen von Niedriglöhnen betrifft. Auch hier sind Großteils Frauen betroffen. Der Einkommensunterschied ist bei den jungen Frauen noch gering, steigert sich jedoch im Alter. So verdienten im Jahr 2012 die Unter-35-jährigen Frauen 90 % der Gehälter der Männer, während es in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen Frauen nur 71,5 % waren und in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen sogar nur 61,4 % (Barry 2015, 9).

Die Analyse hat gezeigt, dass Jugendliche, Kinder und Alleinerziehende seit Beginn der Krise besonders stark armutsgefährdet sind. Die Wirtschaftskrise hat sich zudem auf die weibliche Bevölkerung Irlands negativ ausgewirkt. Eine negative Auswirkung der Krise auf Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in Irland ist deutlich erkennbar. Ob und zu welchem Anteil jedoch die in Kapitel 4 erläuterten Anpassungsprogramme und Budgetkürzungen zu diesen Entwicklungen beigetragen haben, lässt sich in dieser Arbeit nicht beantworten. Ein unmittelbarer Zusammenhang der Strukturanpassungsprogramme und der Entwicklungen von Armut oder Arbeitslosigkeit lässt sich in dieser Arbeit nicht herstellen. Auch die Frage, ob die seit dem Jahr 2013 verbesserten Werte auf Anpassungen

der irischen Regierung zurückzuführen sind, lässt sich nicht eindeutig klären. Das nächste Kapitel widmet sich daher der Frage, wie der Zusammenhang zwischen Strukturanpassungsprogrammen und Armut in der einschlägigen Literatur diskutiert wird.

8 Zusammenhänge zwischen Strukturanpassungsprogrammen und Armut

Auf die Wirtschaftskrise in Europa wurde vielfach mit Haushaltskonsolidierung oder Strukturreformen reagiert. Unter Haushaltskonsolidierung sind Sparmaßnahmen zu verstehen, die dazu führen sollen das Haushaltsdefizit zu stabilisieren und die Staatsverschuldung langfristig zu verringern. Die Staatsausgaben sollen dabei reduziert werden und die Staatseinnahmen erhöht. Strukturreformen sollen dabei helfen, die Ausgaben zu reduzieren. Durch Umstrukturierungen der öffentlichen Verwaltung, zum Beispiel im Bereich der Gesundheit, sollen Kosten gesenkt werden und gleichzeitig durch die Einführung neuer Prozesse die Effizienz und Qualität der Leistung erhöht werden. Sowohl die Haushaltskonsolidierung als auch die Durchführung von Strukturreformen werden von der EU seit dem Jahr 2010 mit dem europäischen Semester stark forciert. Der Schuldenstand der öffentlichen Hand als auch das Haushaltsdefizit sind wichtige Indikatoren, die jährlich von der EU-Kommission beobachtet werden (siehe Kapitel 5). In den länderspezifischen Empfehlungen werden den jeweiligen Regierungen häufig Strukturreformen sowie Kostensenkungen angeraten (Hermann 2015, 17ff). Wie sich diese Lösungskonzepte auf die Entwicklung von Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit auswirken wird in der einschlägigen Literatur sehr kontrovers diskutiert. In diesem Kapitel werden die unterschiedlichen Ansichten in drei Gruppen zusammengefasst und erläutert. Die Vertreter der ersten Gruppe sind dabei der Ansicht, dass Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen Armut und Ungleichheit steigern, und sich somit negativ auf die Bevölkerung auswirken. Die zweite Gruppe besagt hingegen, dass ein Zusammenhang nicht nachweisbar ist und die Auswirkungen stark von der Zusammensetzung der Sparprogramme abhängen. Die Vertreter der dritten Gruppe zeigen hingegen die Vorteile der Lösungskonzepte für Wirtschaft und Bevölkerung auf.

8.1 Haushaltskonsolidierung steigert Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit

Im Auftrag des IWF wurden im Jahr 2013 zwei Studien durchgeführt, die die Konsequenzen von Konsolidierungsmaßnahmen auf die Verteilung in der EU bewerten sollten (Ball et al. 2013 sowie Woo et al. 2013). Diese zwei Studien sowie weitere, vom IWF unabhängige Untersuchungen, haben folgende Ergebnisse hervorgebracht:

Armut: Die Haushaltskonsolidierung geht in vielen Fällen mit einem Anstieg der Armut einher (Ball et al. 2013, 3). Die jüngere Bevölkerung ist davon stärker betroffen als die Älteren (Darvas et al. 2014, 7). Vor Allem der Anteil der Bevölkerung, der unter materieller Deprivation leidet, hat sich in den Jahren der Krise in allen EU-Ländern (außer Rumänien) erhöht (Hermann 2015, 38).

Ungleichheit: Die Haushaltskonsolidierung erhöht die Einkommens-Ungleichheit im betroffenen Land. Im Schnitt geht eine Konsolidierung in Höhe von einem Prozent des BIP mit einem Anstieg des Gini-Koeffizienten von 0,4 bis zu 0,7 % über die ersten zwei Jahre einher (Woo et al. 2013, 3). In Irland ist die Ungleichheit in den ersten Jahren der Krise gesunken, was Großteils auf sinkende Top-Einkommen zurückzuführen war. Mit Intensivierung der Konsolidierungsmaßnahmen hat sich die Ungleichheit jedoch wieder erhöht (siehe Gini-Koeffizient Kapitel 6.4) (Woo et al. 2013, 4). Der Ungleichheit kann der Studie zufolge durch höhere Sozialtransfers entgegengewirkt werden. Demnach führt eine Erhöhung der Sozialtransfers im Ausmaß von einem Prozent des BIP zu einer Reduktion von Ungleichheit im Ausmaß von 0,2 bis 0,7 % (Woo et al. 2013, 16).

Arbeitslosigkeit: Die Haushaltskonsolidierung geht in vielen Fällen mit einem Anstieg von Arbeitslosigkeit einher. Ungefähr 15 bis 20 % der steigenden Ungleichheit aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen sind auf die gestiegenen Arbeitslosenraten zurückzuführen (Woo et al. 2013, 2f). Eine Steigerung der Arbeitslosenquote um 1 % führt im Schnitt zu einem Anstieg der Ungleichheit um 0,3 bis zu 0,8 % (Woo et al. 2013, 17). Es besteht ein sehr starker Zusammenhang zwischen Konsolidierungsmaßnahmen und Arbeitslosigkeit. Je höher die Sparmaßnahmen und Reformen ausfallen, desto negativer wirkt sich dies auf die Arbeitslosenquoten aus (Darvas et al. 2014, 56). Die Haushaltskonsolidierung führt zudem in den meisten Fällen zu einer signifikant steigenden und lang

anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit. Je länger eine Person arbeitslos ist, desto negativer sind die Auswirkungen auf die aktuelle Situation als auch auf die zukünftigen Perspektiven der Betroffenen (Ball et al. 2013, 10).

Die Autoren dieser Studien kommen außerdem zu dem Ergebnis, dass die Haushaltskonsolidierung sich negativ auf das BIP-Wachstum des betroffenen Landes auswirkt. Die Sparmaßnahmen und Reformen hätten demnach in der Realität nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Die Wirtschaftsleistung in den Krisenländern liegt auch im Jahr 2014 noch unter jenem Niveau von 2008 (Darvas et al. 2013, 56; Hermann 2015, 36). Insgesamt hat sich gezeigt, dass Haushaltskonsolidierung kurz- und mittelfristig die Ungleichheit erhöht, zu sinkenden Löhnen führt und Langzeitarbeitslosigkeit mittelfristig erhöht (Ball et al. 2013, 3f). Wie stark diese negativen Auswirkungen jedoch sind, hängt von der Zusammensetzung der Konsolidierungsmaßnahmen ab. In Irland war das Konsolidierungspaket stark ausgabenbasiert, was sich negativ auf die Ungleichheit auszuwirken scheint (Woo et al. 2013, 19f).

8.2 Zusammenhang nicht nachweisbar, Zusammensetzung ausschlaggebend

Einen direkten Zusammenhang zwischen den Konsolidierungsmaßnahmen und Armut herzustellen ist sehr schwierig, da die Auswirkungen der Sparmaßnahmen nicht isoliert werden können von anderen Faktoren, welche Armut und Ungleichheit beeinflussen. Armut wird von vielen verschiedenen Aspekten wie Bildung, Alter, Familienstruktur, Sozialtransfers oder Wirtschaftsleistung der Region beeinflusst. Die Auswirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen betreffen nur einen Teil dieser Aspekte, weshalb ein kausaler Zusammenhang zwischen den Lösungskonzepten und der Entwicklung der at-risk-of-poverty-or-social-exclusion-Rate nicht herstellbar ist (Darvas et al. 2014, 9 und 53).

Die Zusammensetzung der Konsolidierungspakete spielt eine wichtige Rolle für die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Bevölkerung. Ausgabenbasierte Maßnahmen, die hauptsächlich Kürzungen der öffentlichen Ausgaben betreffen, scheinen Ungleichheit zu erhöhen, während steuerbasierte Maßnahmen diesen Effekt nicht zeigen. Natürlich hängt es auch hier davon ab, wie die erhöhten Steuer-Einnahmen des Staates sich auf die Bevölkerung verteilen. Ein progressives Steuersystem mit unterschiedlichen Steuersätzen für unterschiedlich hohe Einkommen sowie zielgerichtete Sozialtransfers können die

negativen Effekte der Konsolidierungsmaßnahmen für die Bevölkerung teilweise eindämmen. Grundsätzlich ist jedoch zu sagen, dass sehr umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen, die über 1,5 % des BIP betragen, sich negativ auf die Ungleichheit im jeweiligen Land auswirken (Woo et al. 2013, 3).

Der IWF-Bericht aus dem Jahr 2010 argumentiert, dass Haushaltskonsolidierung zwar kurzfristig die wirtschaftliche Leistung eines Landes reduziert und die Arbeitslosigkeit erhöht, diese Effekte jedoch durch sinkende Zinssätze, sinkende Preise und dadurch erhöhte Nettoexporte abgeschwächt werden. Laut IWF ist ein Konsolidierungsprogramm schmerzvoller für die Bevölkerung, wenn es rein auf Steuererhöhungen basiert. Diese ändern nichts an der Wettbewerbsfähigkeit des Landes und haben dadurch keinen Einfluss auf die Exporte (IWF 2010, 93).

Einen wichtigen Anteil an der Höhe der Auswirkungen der Konsolidierungsprogramme stellen die sozialen Transferleistungen des Staates dar. Über diesen Hebel hat eine Regierung die Möglichkeit, die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung oder einzelne Bevölkerungsgruppen zu reduzieren. Die Veränderungen der Sozialausgaben stehen in zahlreichen Ländern in keiner Relation zu den Sparmaßnahmen. In diesem Bereich wurde vergleichsweise wenig eingespart, was darauf hindeutet, dass die Regierungen versucht haben die sozialen Auswirkungen der Krise zumindest einzudämmen (Darvas et al. 2014, 26 und 61f). Auch in Irland wären laut Barry die AROPE-Raten der letzten Jahre ohne den sozialen Transfers noch weit höher gelegen. Hier zeigt sich der positive Effekt staatlicher Eingriffe auf die Reduktion von Armut (Barry 2014, 97).

8.3 Lösungskonzepte wirken sich positiv aus

Das wichtigste Ziel der Konsolidierungsprogramme und Strukturreformen ist der Abbau von Staatsschulden. In Irland, aber auch in anderen EU-Ländern, kam es im Zuge der Strukturanpassungsprogramme zu einer Reform des öffentlichen Dienstes, um die Staatsausgaben zu senken. Es kam zum Abbau von Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie zu Lohnkürzungen. Eine zweite Möglichkeit, um Schulden abzubauen, ist die Erhöhung von Steuern. Irland hat in diesem Zuge eine neue Einkommensteuer eingeführt, die Universal Social Charge (siehe Kapitel 4.1). Aus Sicht marktliberaler Konzepte ist es zudem wichtig, die Arbeitsmärkte zu reformieren und somit die Flexibilität der Arbeitskräfte zu erhöhen (Hermann 2015, 27ff).

Die Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission hat im Jahr 2012 einen Bericht zu Arbeitsmarktreformen vorgelegt, der unter anderem folgende Maßnahmen enthält:

- Die Senkung des gesetzlichen und tarifvertraglich festgelegten Mindestlohns soll die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Landes erhöhen.
- Tarifverträge sollen reduziert werden, um den Unternehmen mehr Flexibilität zu gewährleisten.
- Das Tarifvertragssystem soll dezentralisiert werden. Unternehmen sollen also mehr Möglichkeiten bekommen von Branchen-Vereinbarungen abzuweichen.
- Die Förderung von Maßnahmen, die zu einer generellen Reduzierung der Lohnsetzungsmacht von Gewerkschaften führen (Europäische Kommission 2012, 103f).

Diese Reformen sollen die Flexibilität von Löhnen und Preisen erhöhen sowie die Heterogenität zwischen den Euro-Ländern verringern. Dadurch könne das Funktionieren des europäischen Währungsraumes verbessert werden. Eine hohe Flexibilität der Arbeits- und Produktmärkte ermöglicht es demnach, in der Zukunft schneller auf ökonomische Schocks zu reagieren. Die Strukturreformen führen dieser Überlegung nach zu offeneren Märkten, mehr Wettbewerbsintensität, höhere Arbeitsanreize und größere Ressourcenflexibilität und damit letztendlich zu Wirtschaftswachstum (Matthes 2015, 106f). Die von der EU in den länderspezifischen Empfehlungen vorgeschlagenen und von den Regierungen durchgeführten Reformen hätten in den letzten Jahren bereits zu Erfolgen geführt. Vor allem in den Krisenländern Griechenland, Spanien, Portugal und Italien hat sich die flexiblere Lohnpolitik bereits niedergeschlagen. Die unterdurchschnittliche Lohnentwicklung in diesen Ländern führt zu größerer Lohnflexibilität auf betrieblicher Ebene und dadurch zu einem geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zudem wurde ein Beschäftigungsaufbau der KMU's verzeichnet. Insgesamt sehen die Vertreter des Marktliberalismus ihre Idee der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnanpassungen in der Praxis bestätigt (Matthes 2015, 112f). Die Strukturreformen haben demnach die Flexibilität von Löhnen und Preisen erhöht und somit den Strukturwandel erleichtert. Sie verbessern zudem die Funktionsfähigkeit der Währungsunion, weil sich die Länder einander angleichen und schneller auf wirtschaftliche Entwicklungen reagieren können. Zusätzlich erhöhen die Strukturreformen die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Das BIP in den vormaligen Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Portugal ist im Jahr 2014 stärker gewachsen als der EU-Durchschnitt (Matthes 2015, 113).

Wie bereits in Kapitel 2.2.1 erläutert kann aus dieser Perspektive Armut durch Wirtschaftswachstum, das angebotsseitig erwirkt werden soll, behoben werden. Durch einen Abbau von staatlichen Eingriffen kann das Angebot an Waren erhöht werden, was zu sinkenden Preisen führt (Kohl 2003, 13f; Brodbeck 2005, 66ff). Durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, einer Reduktion von Sozialleistungen um Anreize für die Arbeitsaufnahme zu schaffen sowie durch Steuererleichterungen für Unternehmen soll ein Aufschwung der Wirtschaft erreicht werden, was theoretisch zu einem erhöhten Warenangebot sowie steigenden Einkommen der Bevölkerung führen soll (Chang 2007, 3ff).

Für Irland hat sich diese Überlegung allerdings nur zum Teil bewahrheitet. Einhergehend mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, der bis dato vor Allem auf eine Zunahme der Exporte zurückzuführen ist, haben sich zwar einzelne Indikatoren wie AROPE oder Arbeitslosenquote reduziert, ihr Niveau liegt jedoch dennoch weiterhin über den Werten aus den Jahren vor der Krise. Zudem sind einzelne Bevölkerungsgruppen besonders stark durch die Krise betroffen und konnten bisher kaum von den sehr hohen Steigerungsraten des BIP in den letzten Jahren profitieren (siehe Kapitel 6 und 7).

9 Zusammenfassung

Irland wurde von der weltweiten Wirtschaftskrise sehr schwer getroffen. Während die Jahre vor der Krise durch sehr hohe Wachstumsraten und sehr geringe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet waren, ist das BIP in den Jahren 2008 bis 2010 stark gesunken. Ab 2011 kam es wieder zu einem leichten Anstieg, 2014 konnte erstmals ein ähnlich hohes Niveau wie 2007 erreicht werden. Im Jahr 2015 konnte das irische BIP jedoch einen Rekordwert von über 255,8 Milliarden Euro erzielen, was einer realen Wachstumsrate im Vergleich zum Vorjahr von 7,8 % entspricht. Die EU sieht daher Irland als Musterbeispiel für die erfolgreiche Überwindung der Krise an.

Irland hätte demnach durch fiskalpolitische Maßnahmen sowie Strukturreformen den wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt (Forschungsfrage 1). Als fiskalpolitische Maßnahme wurden die Staatseinnahmen durch die Einführung einer neuen Einkommenssteuer, der *Universal Social Charge*, erhöht. Zusätzlich wurden die Staatsausgaben reduziert durch eine Reformierung des *One Parent Family Payments* für Alleinerziehende sowie durch eine Senkung der maximalen Arbeitslosenunterstützung. Im öffentlichen Dienst kam es zu Lohnkürzungen aller Bediensteten sowie zu einem Stellenabbau von insgesamt 28.000 Stellen zwischen 2008 und 2012. In Irland wurden in den Jahren der Krise nur wenige nennenswerte Strukturreformen durchgeführt, am Stärksten betroffen waren dabei die Bereiche Bildung und Gesundheit. Auch hier wurde jedoch mehr mit Budgetkürzungen als mit echten Reformen gearbeitet. Die Lösungskonzepte werden mithilfe marktliberaler Ansichten argumentiert. So führt dieser Ansicht nach zum Beispiel die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zu einem höheren Anreiz der Arbeitslosen, möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. In Irland war der Arbeitsmarkt bereits vor der Krise stark dereguliert, weshalb hier keine weiteren nennenswerten Eingriffe mehr nötig waren. Ein flexibler Arbeitsmarkt führt demnach zu größerer Flexibilität der Unternehmer und zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Durch geringe Löhne können die Preise von Gütern und Dienstleistungen gering gehalten werden, wodurch wiederum die Exporte steigen. Die Lösungskonzepte sollten Irland vor Allem dabei helfen, das Haushaltsdefizit zu verringern sowie die Wirtschaft anzukurbeln.

Die deskriptive Analyse ausgewählter makroökonomischer Indikatoren (Forschungsfrage 2) hat gezeigt, dass die Wirtschaftsleistung Irlands vor Allem im Jahr 2015 sehr stark gestiegen ist. Ein Großteil dieses Aufschwunges ist jedoch auf gestiegene Warenexporte

zurückzuführen. Die größten Abnehmer irischer Waren sind Belgien, Großbritannien und die USA. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Irlands ist aufgrund der hohen Exportraten jedoch stark abhängig von der weltweiten Wirtschaftslage und somit weiterhin sehr krisenanfällig. Die Analyse außen- und binnenwirtschaftlicher Ungleichgewichte hat gezeigt, dass Irland in einigen Bereichen die von der EU vorgegebenen Grenzwerte nicht einhalten kann. Vor Allem hohe Schuldenstände des privaten als auch des öffentlichen Sektors führen dazu, dass Irland auch im Jahr 2016 zu jenen Ländern zählt, die von der EU unter besonderer Beobachtung stehen. Grundsätzlich wird die Entwicklung Irlands jedoch seitens der EU als sehr positiv angesehen.

Die makroökonomischen Indikatoren weisen Großteils auf eine Verbesserung der Situation in Irland in den letzten Jahren hin. Ob sich diese Verbesserung jedoch auch auf die Bevölkerung auswirkt, wurde anhand sozio-ökonomischer Indikatoren dargestellt (Forschungsfrage 3). Sowohl die at-risk-of-poverty-or-social-exclusion-Rate als auch die Arbeitslosigkeit in Irland sind bis 2012 stark gestiegen. In den Jahren 2013 und 2014 haben sich die Anteile zwar wieder verringert, sie liegen jedoch immer noch über den Werten der Jahre vor der Krise. Vor Allem bei der gesunkenen Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Jahren ist zu beachten, dass es hohe Auswanderungsraten aus Irland gab, die für einen Teil dieser Reduktion verantwortlich sein könnten.

Die Analyse der sozio-ökonomischen Indikatoren hat gezeigt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders negativ durch die Krise beeinflusst wurden (Forschungsfrage 3). Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren sind am Stärksten durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedroht und weisen sehr hohe Arbeitslosenraten auf. Auch für die Gruppe der unter-16-Jährigen zeigen sich sehr negative Entwicklungen. Vor Allem Kinder unter 18 von Eltern, die nur über einen geringen Bildungsabschluss verfügen, werden stark benachteiligt. Auch Alleinerziehende stehen in Irland vor einer sehr schwierigen Situation. Der Anteil der durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedrohten Haushalte von Alleinerziehenden in Irland lag im Jahr 2014 mit 62,5 % weit über dem EU-Durchschnitt von 48,2 %. Durch die Reform des *One Parent Family Payments* kam es für viele Alleinerziehende zu finanziellen Einbußen. Die sehr hohen Kosten für Kinderbetreuung in Irland treffen die Alleinerziehenden damit besonders stark. Ein Großteil der Alleinerziehenden sind

Frauen. Die Beschäftigungsraten von Frauen in Irland sind allgemein in den letzten Jahren gesunken, auch hier sind die Jugendlichen besonders stark betroffen. Der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern hingegen steigert sich mit dem Alter.

Da es nicht Ziel dieser Arbeit war, einen kausalen Zusammenhang zwischen den Lösungskonzepten und der Entwicklung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit herzustellen, wurden zum Abschluss Ansichten aus der einschlägigen Literatur aufgezeigt (Forschungsfrage 4). Die Vertreter der ersten Gruppe sind dabei der Ansicht, dass Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen Armut und Ungleichheit steigern, und sich somit negativ auf die Bevölkerung auswirken. Die zweite Gruppe besagt hingegen, dass ein Zusammenhang nicht nachweisbar ist und die Auswirkungen stark von der Zusammensetzung der Sparprogramme abhängen. Die Vertreter der dritten Gruppe zeigen hingegen die Vorteile der Lösungskonzepte für Wirtschaft und Bevölkerung auf.

Für Irland ist zu sagen, dass die negativen Entwicklungen der Jahre 2008 bis 2012 seitdem wieder etwas verbessert wurden. Ob dies nun auf die Lösungskonzepte der irischen Regierung, Auswanderungen oder den wirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen ist, kann nicht eindeutig festgestellt werden. Bei der Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen wird jedoch ersichtlich, dass vor Allem die hohe Kinderarmut und die schlechten Perspektiven für Jugendliche Irland in Zukunft vor ein Problem stellen könnten. Auf diese Probleme geht auch die EU in ihren länderspezifischen Empfehlungen für Irland ein. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation werden jedoch nicht gegeben. Es bleibt zu beobachten, wie Irland mit diesen Herausforderungen umgehen wird.

10 Abstract

Irland wurde von der Wirtschaftskrise sehr hart getroffen und musste auf Rettungskredite der EU und des IWF zurückgreifen. Ab dem Jahr 2010 wurden in Irland verstärkt Strukturanpassungsprogramme vorgenommen, um das Defizit zu verringern und die Staatseinnahmen zu erhöhen. In den Jahren 2014 und 2015 hat Irland das größte Wirtschaftswachstum aller EU-Mitgliedsländer erzielt und wird von der Europäischen Union daher als Musterschüler in der Bewältigung der Krise propagiert. Das Ziel dieser Arbeit ist es darzustellen, in welchen Bereichen Strukturanpassungen durchgeführt wurden. Zudem wird anhand der Entwicklung makroökonomischer Indikatoren aufgezeigt, wie sich die wirtschaftliche Situation Irlands in den letzten Jahren entwickelt hat. Da diese Indikatoren wenig Rückschluss auf die Situation der Bevölkerung in Irland geben, werden ausgewählte sozio-ökonomische Indikatoren wie die von der EU definierte At-Risk-Of-Poverty-or-Social-Exclusion-Rate (AROPE), die Arbeitslosenquote und der Gini-Koeffizient als Messgröße für Ungleichheit dargestellt. Basierend auf diesen Indikatoren lässt sich erkennen, welche demografischen Gruppen besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen waren. Als Methoden für diese Arbeit wurden eine umfassende Literaturrecherche sowie eine detaillierte Analyse statistischer Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat und des irischen Central Statistics Office durchgeführt.

Die wichtigsten Erkenntnisse dieser Arbeit zeigen zusammengefasst folgendes Bild: Irland hat zur Bewältigung der Krise die Staatseinnahmen erhöht durch die Einführung einer neuen Einkommensteuer. Zeitgleich wurden die Staatsausgaben gesenkt durch Kürzungen von Unterstützungsleistungen sowie Reformen im öffentlichen Dienst. Argumentiert wurden diese Anpassungen mit marktbefürwortenden Argumenten, wonach wirtschaftlicher Aufschwung durch angebotsseitige Maßnahmen erreicht werden kann und zur Verbesserung des Wohlstandes der gesamten Bevölkerung beiträgt. Tatsächlich hat sich ein Großteil der makroökonomischen Indikatoren Irlands seit dem Jahr 2013 deutlich verbessert, allem voran wurde in den Jahren 2014 und 2015 das EU-weit größte Wirtschaftswachstum erzielt. Die Analyse der sozio-ökonomischen Indikatoren deutet jedoch darauf hin, dass diese positive Entwicklung bei der Bevölkerung noch nicht angekommen ist. Die Armuts- und Arbeitslosenraten liegen trotz Rückgängen seit dem Jahr 2013 weiterhin deutlich über jenen Werten der Jahre vor der Krise. Einzelne demografische Gruppen wie Jugendliche und Alleinerziehende sind stark von Armut, sozialer Ausgrenzung

und Arbeitslosigkeit betroffen. Die Krise hat sich zudem negativ auf die weibliche Bevölkerung Irlands und deren Beschäftigung ausgewirkt. Vor Allem Kinder sind in Irland sehr stark durch Armut und soziale Ausgrenzung gefährdet. Zudem stellen die hohen Kinderbetreuungskosten in Irland eine große Herausforderung, vor Allem für Alleinerziehende, dar. Es bleibt zu beobachten, wie Irland mit diesen sozialen Herausforderungen in Zukunft umgehen wird.

Ireland was among the European countries most severely affected by the economic crisis and needed financial aid from the EU and the IMF (International Monetary Fund). In order to reduce the deficit and increase public revenues, a series of reforms was started in 2010. According to the EU, these reforms helped turn Ireland into the fastest growing economy in the European Union in 2014 and 2015. The purpose of this paper is to show which areas were affected by the reforms and how selected macroeconomic as well as socio-economic indicators had developed in past years. As the economic indicators do not include factors such as poverty or inequality, the At-Risk-Of-Poverty-or-social-Exclusion-rate (AROPE) and the Gini coefficient are shown in this paper. Based on these indicators, the demographic groups most severely affected by the crisis can be identified. A wide-ranging literature research as well as statistical data from Eurostat and the Irish Central Statistics Office have been used to gather data essential for this paper.

The most important findings show the following: In order to tackle the financial crisis the Irish government introduced a new tax on incomes, the Universal Social Charge. Additionally, Ireland tried to reduce public spending by reforming social benefits and reorganizing public sector employment. The Irish government argued that these reforms were needed in order to improve the economic performance, which would in turn lead to benefits for society. In reality, the Irish GDP (gross domestic product) performed well and reached high growth rates. However, these positive developments did not really reach society. While the rates of poverty and unemployment fell from the year 2013, they still remain high above the pre-crisis levels. Especially teenagers and lone parents are most severely hit by poverty, social exclusion and unemployment. The financial crisis also negatively affected women in Ireland and their employment activities. Most notably children are exposed to especially high risks of poverty and social exclusion. The comparatively high costs of childcare in Ireland pose big problems, particularly for lone parents. The future will show how Ireland is going to manage all these social challenges.

Literaturverzeichnis

- Ball, Laurence et al. (2013): The Distributional Effects of Fiscal Consolidation. IMF Working Paper 13/151
- Barry, Ursula (2015): The Policy on Gender Equality in Ireland. Update 2015. In-depth analysis for the FEMM Committee for the Directorate General for internal policies (policy department C: citizen's rights and constitutional affairs) PE 536.450
- Barry, Ursula (2014): Gender perspective on the economic crisis: Ireland in an EU context. In: Gender, Sexuality & Feminism Vol. 1, No. 2, December 2014, S. 82-103
- Brodbeck, Karl-Heinz (2005): Ökonomie der Armut. Erschienen in: Sedmak, Clemens (Hg.): Option für die Armen, Freiburg-Basel-Wien 2005, S. 59-80
- Burke, Sara et al. (2014): Indicators of health system coverage and activity in Ireland during the economic crisis 2008-2014 – From 'more with less' to 'less with less'. In: Health Policy 117(2014), S. 275-278
- Chang, Ha-Joon (2007): Bad Samaritans. The myth of Free Trade and the secret history of Capitalism. Bloomsbury Press 2007
- Darvas, Zsolt et al. (2014): Austerity and Poverty in the European Union. Study for Directorate General for internal policies (policy department A: economic and scientific policy)
- Drudy, Patrick/Collins, Micheál (2011): Ireland: from boom to austerity. In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 2011, 4, 339–354
- Duiella, Matteo/Turrini, Alessandro (2014): Poverty developments in the EU after the crisis: a look at main drivers. In: Ecfm Economic Brief Issue 31, Mai 2014
- Europäische Kommission (2016a): Country Report Ireland 2016. Commission Staff Working Document. SWD(2016) 77 final
- Europäische Kommission (2016b): Recommendation for a Council Recommendation on the 2016 national reform programme of Ireland and delivering a Council opinion on the 2016 stability programme of Ireland. COM(2016) 328 final
- Europäische Kommission (2016c): European Economic Forecast Spring 2016. Institutional Paper 025, May 2016

- Europäische Kommission (2013): Economic Adjustment Programme for Ireland. Autumn 2013 Review. Occasional Paper 167
- Europäische Kommission (2012): Labour Market Developments in Europe 2012, European Economy 5, Brüssel
- Fitzgerald, John (2014): Ireland's recovery from crisis. In: CESifo Forum 2/2014 (June), S. 8-13
- Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Brosig, Magnus (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick. FORBA-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien
- Hermann, Christoph (2015): Strukturelle Reformen in Europa: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. FORBA-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien
- Horgan, Goretti (2011): The Making of an Outsider: Growing Up in Poverty in Northern Ireland. In: Youth & Society 43 (2), S. 453-467
- Irische Regierung (2008): Social Welfare and Pensions Act 2008
- Irische Regierung (2012): Social Welfare and Pensions Act 2012
- IWF (2010): Chapter 3. Will it Hurt? Macroeconomic Effects of Fiscal Consolidation. In: World Economic Outlook. a survey by the staff of the International Monetary Fund, S. 93-122
- Kohl, Richard (2003): Globalisation, Poverty and Inequality. OECD Development Centre
- Labour Research Department (2012): The wrong target – How governments are making public sector workers pay for the crisis. Second updated version.
- Matthes, Jürgen (2015): Krisenländer: Relevanz von Strukturreformen für Wachstum und Währungsraum. In: Wirtschaftsdienst 2015, Vol. 2, S. 106-113
- OECD (2011): Families are changing. In: Doing better for families, OECD Publishing. DOI:10.1787/9789264098732-3-en
- Redmond, Paul (2013): A Survey of the Benefit System in Ireland. Public.Policy.ie March 2013
- Regan, Aidan (2016): Debunking myths: Why austerity and structural reforms have had little to do with Ireland's economic recovery. In: The London School of Economics and Political Science

- Robbins, Geraldine/Lapsley, Irvine (2014): The success story of the Eurozone crisis? Irelands austerity measures. In: Public Money & Management, 34:2, S. 91-98
- Schröder, Christoph (2013): Armut in Europa. In: IW-Trends Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 40. Jahrgang, Heft 1/2013
- Schweighofer, Johannes (2012): Makroökonomische Ungleichgewichte aus verteilungspolitischer Sicht. Die Diskussionen zum EU-Scoreboard am Beispiel von Leistungsbilanzen und Lohnstückkosten. In: Kurswechsel 1/2012, S. 60-73
- Thomas, Steve/Burke, Sara/Barry, Sarah (2014): The Irish health-care system and austerity: sharing the pain. In: www.thelancet.com Vol. 383, 3 May 2014, S. 1544-1545
- United Nations (2015): Millennium Development Goals Report 2015
- Whelan, Karl (2014): Ireland's Economic Crisis: The Good, The Bad and The Ugly. In: Journal of Macroeconomics 39 (2014) S. 424-440
- Whelan, Christopher/Maitre, Bertrand (2009): Poverty in Ireland in Comparative European Perspective. In: Soc Indic Res (2010) 95, S. 91–110
- Woo, Jaejoon et al. (2013): Distributional Consequences of Fiscal Consolidation and the Role of Fiscal Policy: What Do the Data Say? IMF Working Paper WP/13/195

Internetquellen:

- Bundeszentrale für politische Bildung (2010) online: Globale Ungleichheiten. <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67430/globale-ungleichheiten>. Aufgerufen am 15.04.2016
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008) online: Steigende Ungleichheiten zwischen den Ländern. <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67432/zwischen-den-laendern>. Aufgerufen am 15.04.2016
- Central Statistics Office (2016) online: Goods Exports and Imports. December 2015. <http://www.cso.ie/en/releasesandpublications/er/gei/goodsexportsandimportsdecember2015/>. Aufgerufen am 27.07.2016
- Central Statistics Office (2015a) online: International Trade in Services 2014. <http://www.cso.ie/en/releasesandpublications/er/its/internationaltradeinservices2014/>. Aufgerufen am 27.07.2016

- Central Statistics Office (2015b) online: Population and Migration Estimates. April 2015. <http://www.cso.ie/en/releasesandpublications/er/pme/populationandmigrationestimatesapril2015/>. Aufgerufen am 03.08.2016
- Central Statistics Office (2014) online: Immigrants (Thousand) by country of origin. http://www.cso.ie/multiquicktables/quickTables.aspx?id=pea18_1. Aufgerufen am 03.08.2016
- Central Statistics Office (2012) online: Population and Migration Estimates April 2012. http://www.cso.ie/en/media/csoie/releasespublications/documents/population/2012/popmig_2012.pdf. Aufgerufen am 16.09.2016
- ClareDaly TD (2012) online: Budget will do long term harm to Irish Education. <http://claredaly.ie/budget-will-do-long-term-harm-to-irish-education/>. Aufgerufen am 17.07.2016
- Department of Social Protection (2016) online: Rates of Payment 2016. <http://www.welfare.ie/en/Pages/Jobseekers-supports.aspx>. Aufgerufen am 17.07.2016
- Die Welt (2015) online: Weltbank: Extreme Armut sinkt unter 10 Prozent. <http://www.welt.de/newsticker/news1/article147212170/Weltbank-Extreme-Armut-sinkt-unter-zehn-Prozent.html>. Aufgerufen am 14.06.2016
- EUR-Lex (2015) online: Bedingungen für die Einführung des Euro (Konvergenzkriterien). <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV%3Aec0013>. Aufgerufen am 02.08.2016
- Europäische Kommission (2014) online: Armut und soziale Ausgrenzung. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=751>. Aufgerufen am 15.04.2016
- Europäische Kommission (2016a) online: Europäisches Semester 2016: Das Winterpaket im Überblick. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-334_de.htm. Aufgerufen am 24.07.2016
- Europäische Kommission (2016b) online: MIP Scoreboard. http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/macroeconomic_imbalance_procedure/mip_scoreboard/index_en.htm. Aufgerufen am 24.07.2016
- Eurostat (2015) online: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/National_accounts_and_GDP/de. Aufgerufen am 24.07.2016

Eurostat (2016a) online: VMU Indikatoren. <http://ec.europa.eu/eurostat/web/macroeconomic-imbances-procedure/indicators>. Aufgerufen am 20.07.2016

Eurostat (2016b) online: Datenbank. <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>. Aufgerufen am 25.07.2016

Eurostat (2016c) online: Leitindikatoren: Scoreboard Europa 2020. <http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators/europe-2020-strategy/headline-indicators-scoreboard>. Aufgerufen am 05.08.2016

Gabler Wirtschaftslexikon (o.J.) online: Verwendungsrechnung. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/verwendungsrechnung.html>. Aufgerufen am 25.07.2016

Independent.ie (2014) online: Ireland's most hated tax: Universal Social Charge. <http://www.independent.ie/irish-news/politics/irelands-most-hated-tax-universal-social-charge-30804972.html>. Aufgerufen am 15.07.2016

Independent.ie (2015) online: More than 30000 families will lose lone-parent payment in July. <http://www.independent.ie/irish-news/news/more-than-30000-families-will-lose-loneparent-payment-in-july-31004488.html>. Aufgerufen am 16.07.2016

Irish Examiner (2015) online: Budget 2016: Education spending plans outlined. <http://www.irishexaminer.com/budget2016/budget2016-latest/budget-2016-education-spending-plans-outlined-700570.html>. Aufgerufen am 17.07.2016

Lexikon der Nachhaltigkeit (2015) online: Bruttoinlandsprodukt und die Kritik daran. https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/bruttoinlandsprodukt_und_die_kritik_daran_1819.htm. Aufgerufen am 24.07.2016

OECD (2016) online: Employment: Time spent in paid and unpaid work, by sex. <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=54757>. Aufgerufen am 02.08.2016

OECD (2015) online: In It Together. Why Less Inequality Benefits All. <http://www.oecd.org/social/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all-9789264235120-en.htm>. Aufgerufen am 13.07.2016

onefamily.ie (2016) online: Facts & Figures. <https://onefamily.ie/policy-campaigns/facts-figures/>. Aufgerufen am 05.08.2016

Revenue (2016) online: Universal Social Charge (USC). <http://www.revenue.ie/en/tax/usc/>. Aufgerufen am 15.07.2016

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015) online: Armut und soziale Ausgrenzung. A.3 Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A3gini-koeffizient.html>. Aufgerufen am 04.08.2016

The Irish Times (2016) online: Lone-parent groups urge reversal of change in payments. <http://www.irishtimes.com/news/social-affairs/lone-parent-groups-urge-reversal-of-change-in-payments-1.2271507>. Aufgerufen am 16.07.2016

Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildung 1: Entwicklung Lohnstückkosten in Krisenländern 2005-2014 | 16 |
| Abbildung 2: Entwicklung der wöchentlichen Arbeitslosenunterstützung (Maximum) | 17 |
| Abbildung 3: Kosten, die im Gesundheitsbereich auf die Haushalte übertragen werden | 19 |
| Abbildung 4: Entwicklung des BIP in Mio. Euro (2006-2015) | 24 |
| Abbildung 5: Verwendungsrechnung BIP in Mio. Euro (2006-2015) | 25 |
| Abbildung 6: Exporte und Importe in Mio. Euro (2006-2015) | 26 |
| Abbildung 7: Exporte und Importe getrennt in Güter und Dienstleistungen in Mio. Euro (2006-2015) | 27 |
| Abbildung 8: Leistungsbilanzsaldo in % des BIP (2006-2015) | 30 |
| Abbildung 9: Nettoauslandsvermögensstatus in % des BIP (2006-2015) | 31 |
| Abbildung 10: Nominale Lohnstückkosten 3-Jahres-Veränderung in % (2006-2015) | 32 |
| Abbildung 11: Schuldenstand des Privatsektors in % des BIP (Q1 2003 - Q1 2015) | 33 |
| Abbildung 12: Schuldenstand des öffentlichen Sektors in % des BIP (2006-2015) | 34 |
| Abbildung 13: Verbindlichkeiten des Finanzsektors (2006-2014) | 35 |
| Abbildung 14: Haushaltsdefizit/-überschuss in % des BIP (2006-2015) | 36 |
| Abbildung 15: Staatsausgaben und –einnahmen in Mio. Euro (2006-2015) | 37 |
| Abbildung 16: At Risk Of Poverty or social Exclusion (2005-2014) | 40 |
| Abbildung 17: At Risk Of Poverty or social Exclusion nach Geschlecht (2006-2014) | 42 |
| Abbildung 18: At risk of poverty or social exclusion nach Altersgruppen (2006-2014) | 43 |
| Abbildung 19: AROPE Kinder unter 18 nach Bildungsabschluss Eltern (2006-2014) | 44 |
| Abbildung 20: AROPE Kinder von Eltern mit geringem Bildungsabschluss (2006-2014) | 45 |
| Abbildung 21: Arbeitslosenquote insgesamt (2006-2015) | 47 |
| Abbildung 22: Arbeitslosenquote nach Geschlecht (2006-2015) | 48 |
| Abbildung 23: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht sowie insgesamt (2006-2015) | 50 |
| Abbildung 24: Migrationsströme (2000-2015) | 51 |
| Abbildung 25: Nettomigration Männer nach Altersgruppen (2010-2015) | 53 |
| Abbildung 26: Nettomigration Frauen nach Altersgruppen (2010-2015) | 54 |
| Abbildung 27: Nettomigration nach Herkunft (2010-2015) | 55 |
| Abbildung 28: Gini-Koeffizient (2006-2014) | 57 |
| Abbildung 29: Jugendarbeitslosenquote nach Geschlecht sowie insgesamt (2006-2015) | 60 |
| Abbildung 30: NEET's nach Geschlecht sowie insgesamt (2006-2015) | 61 |
| Abbildung 31: Beschäftigungsraten Frauen nach Altersgruppen (2004, 2007, 2014) | 66 |
| | |
| Tabelle 1: Übersicht der makroökonomischen Ungleichgewichte | 23 |